

■ WACHSTUM IM JAHRESVERLAUF STETIG VERLANGSAMT

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 2001

Die österreichische Wirtschaft verlor 2001 neuerlich an Dynamik. Im III. und IV. Quartal 2001 ergab sich saisonbereinigt jeweils ein Rückgang gegenüber der Vorperiode. Nach vorläufigen Berechnungen betrug das Wirtschaftswachstum 2001 1%; dies war der niedrigste Jahreswert seit 1993 (+0,4%). Neben dem internationalen Konjunkturunbruch wirkten die Krise in der Bauwirtschaft und die Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte nachfragedämpfend.

Nachdem die Weltwirtschaft im Jahr 2000 kräftig expandiert hatte, wurde ihre Dynamik im Jahr 2001 erheblich gedämpft. Das Wachstum verringerte sich in den OECD-Ländern von 3,8% im Jahr 2000 auf nur rund 1%. Diese Abschwächung wurde bereits Mitte 2000 eingeleitet und hielt bis Ende 2001 an.

Besonders drastisch fiel die Abkühlung in den USA aus. Der jahrelange Boom wurde Mitte 2000 – ausgelöst durch den Erdölpreisschub, den hohen Außenwert des Dollars, den Verfall der Aktienkurse und die Überinvestitionen im Informationstechnologiebereich – von einer deutlichen Verlangsamung abgelöst, und im II. Quartal 2001 trat die Wirtschaft in eine Rezession ein. Die Terroranschläge vom 11. September trafen die USA in einer labilen Konjunktursituation; die massiv gegensteuernde Wirtschaftspolitik stimulierte jedoch den privaten und öffentlichen Konsum so stark, dass sich die Dynamik im IV. Quartal wieder beschleunigte. Das reale BIP der USA überstieg im Jahr 2001 das Niveau des Vorjahres um 1,2%.

WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die japanische Wirtschaft konnte sich auch 2001 nicht aus den nun schon seit Jahren andauernden Problemen befreien und geriet abermals in eine Rezession. Im IV. Quartal wurde ein Rückgang des realen BIP von 1,2% (nach -0,5% im III. Quartal) verzeichnet. Auch die auf die Produktion von Informations- und Telekommunikationstechnologie spezialisierten südostasiatischen Volkswirtschaften traf die Abkühlung der Weltwirtschaft empfindlich, die Investitionsnachfrage nach diesen Produkten setzte in den USA aus und wurde in Japan und Europa gedrosselt.

Die Abschwächung der Konjunktur in den USA beeinträchtigte die über intensive Außenhandelsverbindungen mit diesem Wirtschaftsraum verflochtenen Volkswirtschaften Mittelamerikas mehr als Südamerika. In Argentinien trug hauptsächlich die Währungsbindung gegenüber dem Dollar zu der nun seit bereits drei Jahren herrschenden Rezession bei. Gegen Ende des Jahres musste die Hartwährungspolitik aufgegeben werden, da die schlechte Wirtschaftslage Unruhen in der Bevölkerung ausgelöst hatte.

Auch die Volkswirtschaften in Ost-Mitteuropa litten unter der Schwäche der internationalen Konjunktur. Mit Ausnahme Polens wurde in dieser Region die Verringerung des Außenbeitrags aber durch eine robuste Steigerung der Konsum- und Investitionsnachfrage abgefangen. Damit konnte der Aufholprozess gegenüber der EU abgeschwächt fortgesetzt werden.

Im Jahr 2001 ließ die Konjunkturdynamik in Westeuropa unter dem Eindruck der beträchtlichen Rohölverteuerung merklich nach. Trotz der geringen Handelsverflechtungen zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken hinterließ der Abschwung in den USA in der EU rasch seine Spuren. Hatte das BIP zu Jahresanfang noch leicht expandiert, so verringerte es sich im IV. Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,1%. In der Euro-Zone fiel dieser Rückgang mit -0,2% etwas stärker aus. Im Jahr 2001 betrug das Wachstum in der EU 1,7%, im Euro-Raum 1,6%. Deutlich schlug sich der Verlust an Dynamik im Außenhandel und den Bruttoanlageinvestitionen nieder. Die erhebliche Dämpfung beider Aggregate im Jahresverlauf resultierte sowohl aus Investitionskürzungen der multinationalen Konzerne aus den USA als auch aus der Skepsis der europäischen Investoren angesichts der Entwicklung der Weltwirtschaft. Neben der Industrie, die üblicherweise von einem Konjunkturabschwung besonders betroffen ist, zeigten sich in der Euro-Zone auch im Bauwesen und im Einzelhandel negative Reaktionen auf das schwierige wirtschaftliche Umfeld. Zudem wurde die Nachfrage nach einigen Dienstleistungen empfindlich gedämpft. Dies gilt vor allem für die Softwareproduktion und vorgelagerte unternehmensnahe Dienstleistungen. Im Transportbereich kamen zu den Nachfrageeinbußen aufgrund der gebremsten Außenhandelsaktivität die Probleme in der Luftfahrt hinzu. Medienanbieter verzeichneten einen Rückgang der Werbeeinnahmen, und der Geschäftsgang der Finanzdienstleister wurde durch die schwache Börsenperformance wesentlich beeinträchtigt.

Die Eintrübung fiel in den einzelnen EU-Ländern recht unterschiedlich aus. Während das Wachstum in Deutschland und Österreich 2001 mit nur 0,6% bzw. 1% weit unter dem Durchschnitt der EU-Länder blieb, wuchsen jene Volkswirtschaften, in denen sich die private Nachfrage robuster entwickelte, kräftiger (z. B. Frankreich und Großbritannien mit rund +2%).

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	+3,1	-3,8	+ 4,3	+1,1
Bergbau ¹⁾	-2,7	+2,3	+11,9	-0,7
Sachgütererzeugung	+4,5	+3,4	+ 7,2	+1,5
Energie- und Wasserversorgung	+3,5	+3,8	+ 3,3	-0,8
Bauwesen	+3,4	+2,4	+ 0,4	-2,7
Handel ²⁾	+3,9	+3,1	+ 3,8	-0,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+3,6	+3,2	+ 4,1	+6,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+5,2	+1,6	+ 1,5	+1,5
Kreditinstitute und Versicherungen	+3,1	-1,8	+ 9,8	-0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+3,5	+3,7	+ 2,1	+2,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+1,9	+1,0	+ 0,9	-1,7
Sonstige Dienstleistungen	+2,8	+0,6	+ 4,1	+1,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+3,6	+2,1	+ 4,1	+0,8
Bruttoinlandsprodukt	+3,5	+2,8	+ 3,0	+1,0
Primärsektor	+3,1	-3,8	+ 4,3	+1,1
Sekundärsektor	+4,1	+3,2	+ 5,2	+0,3
Tertiärsektor	+3,4	+1,8	+ 3,6	+1,1

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Der Rohölpreisverfall und die Konjunkturabkühlung dämpften den Preisauftrieb in Westeuropa. Nachdem die Teuerungsrate im Euro-Raum seit Anfang 2001 schrittweise auf einen Höchststand von 3,4% im Mai gestiegen war, verflachte die Inflation im weiteren Jahresverlauf, vor allem dank der merklichen Verbilligung von Energie gegenüber dem Vorjahr. Hingegen wurden Lebensmittel teurer – insbesondere weil aufgrund der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche die Verbraucherpreise von Fleisch und Milchprodukten stiegen. Obwohl der Preisauftrieb ab dem Frühjahr 2001 deutlich nachließ, ergab sich für die Jahresinflationsrate mit 2,7% ein höherer Wert als im Jahr zuvor (2,4%). Damit liegt die Inflation in der Euro-Zone bereits seit zwei Jahren über dem von der Europäischen Zentralbank mittelfristig als Obergrenze der Preisstabilität erachteten Wert von 2%.

Da die Variablen des Arbeitsmarktes üblicherweise mit Verzögerung auf Konjunkturschwankungen reagieren, fiel die Arbeitslosenquote in der EU 2001 mit 7,6% günstiger aus als im Vorjahr (8,1%). Allerdings ist aufgrund dieses Nachhinkens mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2002 zu rechnen, der sich bereits Ende 2001 ankündigte.

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM 2. HALBJAHR 2001 GESCHRUMPT

Auch in Österreich erlahmte die Konjunktur. Zudem geriet die Baubranche in eine Strukturkrise, und Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wirkten zusätzlich nachfragedämpfend. Im Jahresverlauf verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. Im III. und IV. Quartal ging das saisonbereinigte reale BIP sogar zurück; nach der in den USA gebräuchlichen Definition wäre dies als Rezession zu bezeichnen. Für den Durchschnitt des Jah-

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Konsumausgaben insgesamt	+2,8	+2,6	+ 2,1	+0,9	
Private Haushalte ¹⁾	+2,8	+2,7	+ 2,5	+1,3	
Staat	+2,8	+2,2	+ 0,9	-0,2	
Bruttoinvestitionen	+3,6	+2,2	+ 3,6	-2,6	
Bruttoanlageinvestitionen	+3,4	+1,5	+ 5,1	-1,5	
Ausrüstungen	+5,2	+4,0	+11,7	-1,2	
Bauten	+1,3	-0,7	+ 0,3	-2,2	
Vorratsveränderung ²⁾ in Prozentpunkten	+0,1	+0,2	- 0,3	-0,3	
	Mrd. €	1,26	1,60	0,99	0,45
Inländische Verwendung	+2,7	+2,8	+ 2,5	+0,1	
Exporte	+7,9	+8,7	+12,2	+5,5	
Importe	+5,9	+8,8	+11,1	+3,6	
Außenbeitrag in Prozentpunkten	+0,8	-0,0	+ 0,5	+1,0	
Bruttoinlandsprodukt	+3,5	+2,8	+ 3,0	+1,0	

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

res 2001 ergab sich somit trotz der regen Wirtschaftsaktivitäten zu Jahresbeginn ein realer Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von nur 1%. Dies ist die niedrigste Wachstumsrate seit 1993 (+0,4%).

Die Unternehmen disponierten ihre Investitionen sehr zurückhaltend, und auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte entwickelte sich wesentlich schwächer als in den Jahren zuvor (real +1,3%). Auf dem Arbeitsmarkt schlug sich die Konjunkturertrübung mit erheblicher Verzögerung nieder. Nach einem stetigen Rückgang in den vergangenen Jahren erhöhte sich die Arbeitslosenquote 2001 wieder.

Die Ursachen dieses deutlichen Abschwungs lagen nur zum Teil im internationalen Konjunkturrückgang begrün-

Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2001	2001
	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	210,70	+2,9
Minus Exporte	110,01	+7,1
Plus Importe	110,79	+5,9
Inländische Verwendung	211,48	+2,3
Konsumausgaben insgesamt	161,65	+3,2
Private Haushalte ¹⁾	121,09	+3,6
Staat	40,56	+2,1
Bruttoinvestitionen	48,56	-1,9
Bruttoanlageinvestitionen	48,10	-0,9
Ausrüstungen	19,88	-1,6
Bauten	26,47	-0,7
Vorratsveränderung ²⁾	0,45	
Statistische Differenz	1,27	

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Verteilung des Nettonationaleinkommens

	2001	2001
	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	110,50	+ 3,3
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	73,69	+ 1,6
Produktionsabgaben minus Subventionen	26,51	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt	210,70	+ 2,9
Primäreinkommen an die übrige Welt	18,73	+ 8,2
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	15,97	+10,7
Bruttonationaleinkommen	207,94	+ 3,0
Minus Abschreibungen	30,58	+ 3,7
Nettonationaleinkommen	177,36	+ 2,8
Laufende Transfers an die übrige Welt	3,16	+ 2,8
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,31	+ 1,2
Verfügbares Nettonationaleinkommen	176,51	+ 2,8

det: Der private Konsum wuchs mit real +1,3% nur etwa halb so stark wie im Vorjahr. Hatten 2000 die Steuerreform und das „Familienpaket“ die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte begünstigt, so wirkten die fiskalischen Maßnahmen des Jahres 2001 und der Anstieg der Verbraucherpreise dämpfend auf die real verfügbaren Einkommen und den Konsum. Die erfolgreiche Rückführung des öffentlichen Haushaltsdefizits erforderte eine Drosselung des öffentlichen Konsums um real 0,2% (2000 +0,9%).

Aufgrund der Eintrübung der Wirtschaftsaussichten nahm die Bereitschaft der heimischen Unternehmen zu Ausrüstungsinvestitionen empfindlich ab. Die Nachfrage nach Maschinen, Elektrogeräten und Fahrzeugen wuchs merklich schwächer als im Vorjahr, die Ausrüstungsinvestitionen unterschritten damit das – hohe – Vorjahresergebnis real um 1,2% (neben der guten Konjunktur hatte 2000 auch die Abschaffung des Investitionsfreibetrags mit Jahresende die Nachfrage angekurbelt: +11,7%).

Das seit langem schwierigste Jahr verzeichnete die Bauwirtschaft. Zu der notwendigen Rückführung der Überkapazitäten im Wohnbau kam die sehr zurückhaltende Auftragsvergabe der öffentlichen Hand. Dadurch war die Wertschöpfung des Sektors um rund 2,7% niedriger als im Vorjahr, was sich in einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft niederschlug. Die Bauinvestitionen gingen real um 2,2% zurück (Wohnbau –3,2%, Nichtwohnbau –1,4%).

Die Dynamik der Exporte i. w. S. blieb angesichts der internationalen Konjunkturabschwächung mit real +5,5% überraschend hoch, lag aber deutlich unter den Wachstumsraten des Vorjahres (+12,2%). Kräftig gesteigert wurde die Ausfuhr in die erdölproduzierenden Länder und nach Fernost. Die Ausfuhr von Waren nahm real um 4,6% zu, jene von Dienstleistungen – dank der starken Expansion der Tourismusexporte – um 7,4%. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Export- und Importentwicklung wuchs die Einfuhr mit real +3,6% ebenfalls viel geringer als 2000 (+11,1%). Der

Warenimport erhöhte sich um real 3,8%, die Dienstleistungseinfuhr um 3,1%. Der Außenbeitrag war auch nominell positiv, womit das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2001 abermals verringert wurde (nach vorläufiger Rechnung von -5,7 Mrd. € auf -4,8 Mrd. €).

PRODUKTIONSRÜCKGANG IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG UND IM BAUWESEN

Weit unter dem Vorjahresniveau blieb 2001 die reale Wertschöpfung vor allem im Bauwesen (-2,7% nach +0,4% im Jahr zuvor) und in der öffentlichen Verwaltung (-1,7% nach +0,9%), aber auch die Produktion der Banken und Versicherungen nahm um knapp 1% ab, nachdem sie im Jahr 2000 noch um 9,8% expandiert hatte. Die Schwäche des privaten Konsums sowie der Import- und Exporttätigkeit beeinträchtigte den Geschäftsgang des Handels, die reale Wertschöpfung stagnierte. In der Sachgüterproduktion, die gegenüber Konjunkturschwankungen besonders empfindlich ist, verringerte sich der Zuwachs der Wertschöpfung im Jahresverlauf immer weiter, im IV. Quartal lag die Produktion bereits unter dem Vorjahresniveau. Dank der günstigen Entwicklung im 1. Halbjahr stieg aber die Wertschöpfung im Jahresdurchschnitt um 1,5%. Eine beträchtliche Wertschöpfungssteigerung verzeichnete nur das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, das von der kräftigen Nachfrage nach Tourismusleistungen profitierte. Mit real +6,5% wurde das gute Ergebnis des Jahres 2000 übertroffen.

ARBEITSLOSIGKEIT 2001 WIEDER ERHÖHT

Auf den österreichischen Arbeitsmarkt wirkte sich die Konjunkturabschwächung mit erheblicher Verzögerung aus. Erst zur Jahresmitte kam der Beschäftigungszuwachs zum Stillstand, gegen Jahresende begann die Beschäftigtenzahl leicht zu sinken. Im Jahresdurchschnitt 2001 betrug der Anstieg 0,4%. Dabei dürfte vor allem die Ausweitung der Teilzeitarbeitsplätze einen stärkeren Rückgang verhindert haben, während die Zahl der Vollzeitstellen abnahm. Auf die ungünstige Auftragslage reagierten die Unternehmen – in jenen Branchen, in denen dies möglich war – mit Kurzarbeit. Da sich das Arbeitskräfteangebot beträchtlich ausweitete, zeigte sich die Konjunkturdämpfung wesentlich deutlicher in einer Steigerung der Arbeitslosenquote (laut herkömmlicher Berechnungsmethode von 5,8% auf 6,1%, nach EU-Definition von 3,7% auf 3,9%), die den stetigen Rückgang der vergangenen Jahre ablöste. Am stärksten war die Baubranche betroffen.

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Arbeitsmarktangebot</i>				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,7
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 1,1	+ 0,6	± 0,0	+ 0,7
Arbeitslosenquote ³⁾	+ 7,2	+ 6,7	+ 5,8	+ 6,1
<i>Arbeitsmarktnachfrage</i>				
Erwerbstätige	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte (ohne Bezieher von Karenzgeld)	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,4
Beschäftigte Sachgütererzeugung ⁴⁾	+ 0,1	- 0,7	± 0,0	+ 0,2
Ausländische Arbeitskräfte	- 0,1	+ 2,6	+ 4,4	+ 3,0
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	+ 0,2	- 2,0	± 0,0	+ 0,7
Erwerbsquote (brutto) ⁵⁾ in %	45,6	45,7	45,6	45,8
Erwerbsquote ⁶⁾ in %	67,6	67,6	67,3	67,5
<i>Arbeitsstückkosten⁷⁾</i>				
Gesamtwirtschaft	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 2,0
Sachgütererzeugung	- 1,7	- 1,5	- 5,1	+ 0,9
<i>Arbeitsproduktivität</i>				
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,5	+ 0,8
Sachgüterproduktion				
Je Beschäftigten ⁴⁾	+ 4,4	+ 4,2	+ 7,1	+ 1,3
Je geleistete Stunde	+ 4,3	+ 5,5	+ 7,2	+ 0,8

¹⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld), Selbständige und Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld) und Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁵⁾ Unselbständige, Selbständige und Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – ⁶⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

PREISAUFTRIEB LÄSST IN DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE NACH

Die Inflation beschleunigte sich in Österreich im Jahr 2001 abermals (auf 2,7%). In der ersten Jahreshälfte schlug sich nach wie vor die Energieverteuerung nieder, und auch die Verbraucherpreise von Fleisch und Milchprodukten stiegen aufgrund von BSE und Maul- und Klauenseuche erheblich. Nach einem Höchststand der Inflationsrate im Mai von 3,4% ließ der Preisdruck kontinuierlich nach, insbesondere weil Energie nun merklich billiger wurde. Gebremst wurde der Abwärtstrend durch die kräftige Verteuerung von Agrarsaisonprodukten. Zum Jahresende betrug die Inflationsrate nur mehr 1,9%. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex laut EU weist für Österreich eine Jahresinflationsrate 2001 von 2,3% aus. Damit gehörte Österreich nach Frankreich (+1,8%) zu den preisstabilsten Ländern in der Euro-Zone; die Niederlande (+5,1%), Portugal (4,4%) und Irland (4%) verzeichneten 2001 den stärksten Preisauftrieb.

KONSOLIDIERUNG DES STAATSHAUSHALTS, ABER STEIGERUNG DER ABGABENQUOTE

Die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ließen das Maastricht-konforme Budgetdefizit des Gesamtstaates gemessen am nominellen BIP 2001 abermals deutlich zurückgehen. Nachdem im Jahr zuvor noch ein Fehlbetrag von 1,5% ausgewiesen worden war, ergab sich im Jahr 2001 nach vorläufigen Berechnun-

Preise und Einkommen

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,8
Exportpreise Waren	+ 0,2	- 0,6	+ 2,2	+ 1,3
Importpreise Waren	- 0,5	- 0,1	+ 3,5	+ 2,0
Weltmarktrohstoffpreise (Euro-Basis) ¹⁾	-21,0	+17,0	+51,7	- 8,5
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	+ 0,4	- 0,4	- 1,0	- 0,6
Waren	+ 0,7	- 0,4	- 1,2	- 0,6
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,3
Je Beschäftigten	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8

¹⁾ HWWA-Index, bis 1998 Schillingbasis. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

gen sogar ein leichter Überschuss von 0,1% (ohne die Ausgliederung der Bundesimmobiliengesellschaft aus dem Staatssektor). Ermöglicht wurde dies durch die unerwartet hohen Eingänge an Einkommensteuern: Angesichts der neu eingeführten Pflicht zur Verzinsung von

Die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ließen das Budgetdefizit des Gesamtstaates gemessen am nominalen BIP abermals deutlich zurückgehen. Nachdem im Jahr zuvor noch ein Fehlbetrag von 1,5% ausgewiesen worden war, ergab sich im Jahr 2001 ein leichter Überschuss von 0,1%. Gleichzeitig stieg damit jedoch die Abgabenquote auf einen Höchstwert von 45,5% (+1,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Steuerrückständen beglichen viele Unternehmen ihre Körperschaft- und Einkommensteuerschuld nicht nur des vergangenen, sondern auch des laufenden Jahres. Die stark einnahmenseitig gestaltete Sanierung des Staatshaushaltes hatte einen Anstieg der Abgabenquote auf einen Höchstwert von 45,5% zur Folge (+1,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Statistik: Christine Kaufmann

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+8,4	+7,0	+15,6	+6,8
Real	+8,1	+7,7	+13,1	+5,4
Importe, Waren				
Nominell	+6,6	+6,7	+14,7	+5,0
Real	+7,1	+6,9	+10,9	+2,9
Terms-of-Trade	+0,7	-0,4	- 1,2	-0,6
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)	Mrd. €	-4,90	-5,05	- 5,24
in % des BIP		-2,6	-2,6	-2,6
Leistungsbilanzsaldo (Accrual) ¹⁾	Mrd. €	-4,68	-6,33	- 5,71
in % des BIP		-2,5	-3,2	- 2,8

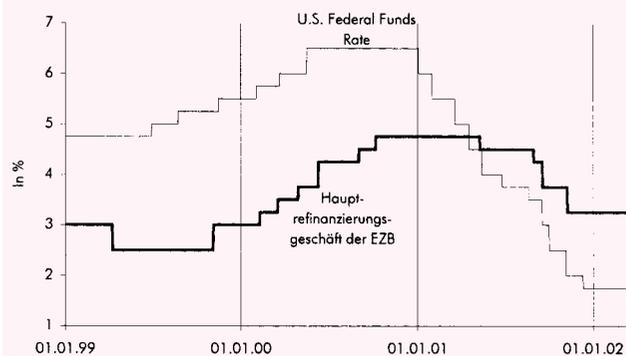
Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ 2001: Schätzung des WIFO.

AKKORDIERTE GELDPOLITIK VERKÜRZT REZSSION UND STÄRKT GLOBALE FINANZMARKTSTABILITÄT

Nach der Ostasien- und Russlandkrise im Jahr 1998 wurde die Stabilität und Effizienz des internationalen Finanzsystems 2001 erneut auf eine Bewährungsprobe gestellt. Die – unerwartet starke – globale Wachstumsabschwächung, eine alle führenden Aktienmärkte erfassende Baisse, der Staatsbankrott in Argentinien sowie die Terroranschläge vom 11. September mit anschließenden Kriegshandlungen bedeuteten die bisher größte Herausforderung für die Schockabsorptionfähigkeit des internationalen Finanzmarktgefüges. Die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des globalen Finanzsystems erforderte unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen vor allem ein hohes Maß an Koordination und Abstimmung der geld- und liquiditätspolitischen Maßnahmen der führenden Zentralbanken (USA, Europäische Währungsunion und Japan).

Nach den Terroranschlägen vom 11. September konnte eine drohende Liquiditätsverknappung im internationalen Bankensystem – mit gravierenden Auswirkungen auf den Zahlungsverkehr und die internationale Kreditverflechtung – durch mehrere akkordierte liquiditätssichernde Maßnahmen der Federal Reserve, der EZB und der Bank of Japan vermieden werden. Eine rasche Deckung des erhöhten Dollar-Liquiditätsbedarfs der europäischen Banken unmittelbar nach den Terroranschlägen wurde u. a. durch Devisenswap-Vereinbarungen zwischen Federal Reserve und EZB maßgeblich erleichtert. Die Reduktion des Mindestbietungssatzes für das Hauptrefinanzierungsgeschäft des Eurosystems um je-

Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: Federal Reserve Board, EZB.

weils 50 Basispunkte im September und November 2001 ist ebenfalls in engem Zusammenhang mit den besonderen Liquiditätserfordernissen nach dem 11. September zu sehen. Sie wurde nahezu zeitgleich mit den Leitzinssenkungen der Federal Reserve (um ebenfalls jeweils 50 Basispunkte) durchgeführt.

STABILITÄTSRISIKO DURCH REZESSION, TERRORANSCHLÄGE UND ARGENTINIEN-KRISE

Anfang 2001 reagierten die internationalen Finanzmärkte auf den sich bereits deutlich abzeichnenden globalen Konjunkturerbruch und erste Anzeichen einer Krise in Argentinien und der Türkei mit erhöhter Aufmerksamkeit. Im Februar 2001 geriet die türkische Lira unter erheblichen Abwertungsdruck, nachdem Zweifel an der Stabilität des türkischen Bankensystems eine Kapitalflucht ausgelöst hatten. Zweifel an der Reformfähigkeit der argentinischen Regierung ließen im März 2001 die Zinsspannen für argentinische Staatstitel innerhalb kurzer Zeit auf das Doppelte ihres Vormonatsniveaus steigen. In beiden Fällen entstanden jedoch keine negativen Folgewirkungen für andere aufstrebende Volkswirtschaften.

Zur Jahresmitte gerieten beide Länder trotz IWF-Stützungsprogrammen erneut unter Druck, zusätzlich war ein überraschend hohes Haushaltsdefizit Ursache einer Regierungskrise in Polen. Obgleich der „Fall-out“ dieser Ereignisse die Währungen anderer aufstrebender Volkswirtschaften nachhaltiger in Mitleidenschaft zog, blieb die Ausbreitung der Turbulenzen räumlich und zeitlich begrenzt. Selbst die Staatskrise in Argentinien erhöhte die Risikoscheu der Investoren gegenüber vergleichbaren Volkswirtschaften der Region (z. B. Brasilien) nur unwesentlich. Vor allem die Bereitschaft der international tätigen Banken, ihre Engagements sorgfältiger als anlässlich der bisherigen Finanzkrisen nach den spezifischen Länderrisiken zu bewerten, trug wesentlich zur Deeskalierung und regionalen Eindämmung der Krisenherde bei.

Dabei erwiesen sich der seit der Russlandkrise verstärkte Einsatz moderner Methoden im Risikomanagement und eine höhere Risikovorsorge durch die international tätigen Banken als marktstabilisierend. Neue Instrumente im Bereich des Kreditrisikotransfers eröffneten insbesondere den großen Finanzintermediären bisher ungenutzte Möglichkeiten der Risikominimierung. Die in der Argentinienkrise involvierten Großbanken aus den USA und Spanien, aber auch aus Deutschland und Frankreich mit überdurchschnittlichem Türkei-Obligo konnten mit Hilfe dieser neuen Risikosteuerungsmethoden ihre Verluste ausreichend antizipieren und damit in bewältigbaren Grenzen halten. Der Konkurs des Energiekonzerns Enron in den USA – u. a. ausgelöst durch missglückte (und

Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlagefazität	Spitzenrefinanzierungsfazität	Hauptrefinanzierungsgeschäft		Basiszinssatz ¹⁾	Referenzzinssatz ²⁾
			Mengentender	Zinstender		
	In %					
1. Jänner 1999	2,00	4,50	3,00	–	2,50	4,75
4. Jänner 1999 ²⁾	2,75	3,25	3,00	–	2,50	4,75
22. Jänner 1999	2,00	4,50	3,00	–	2,50	4,75
9. April 1999	1,50	3,50	2,50	–	2,00	3,75
5. November 1999	2,00	4,00	3,00	–	2,50	4,25
9. Februar 2000	2,25	4,25	3,25	–	2,50	4,25
17. März 2000	2,50	4,50	3,50	–	3,00	4,75
28. April 2000	2,75	4,75	3,75	–	3,00	4,75
9. Juni 2000	3,25	5,25	4,25	–	3,75	5,50
28. Juni 2000	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
1. September 2000	3,50	5,50	–	4,50	3,75	5,50
6. Oktober 2000	3,75	5,75	–	4,75	4,25	6,00
11. Mai 2001	3,50	5,50	–	4,50	4,25	6,00
31. August 2001	3,25	5,25	–	4,25	3,75	5,50
18. September 2001	2,75	4,75	–	3,75	3,25	5,00
9. November 2001	2,25	4,25	–	3,25	2,75	4,50

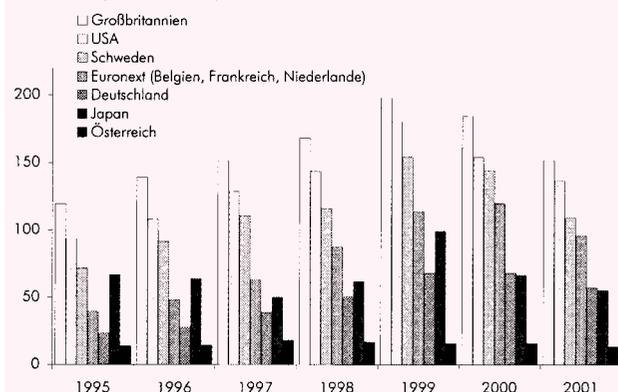
Q: OeNB. – ¹⁾ Früher Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB. – ²⁾ Übergangsregelung bis 21. Jänner 1999.

häufig intransparente) Kreditrisikotransfergeschäfte – unterstreicht jedoch die hohe Fragilität und beschränkte Effizienz dieses noch jungen und großteils unregulierten Derivatemarktes.

RASCHE ZINSSENKUNGEN ENTLASTEN ANGESPANNTE FINANZLAGE PRIVATER SCHULDNER IN DEN USA UND EUROPA

Bis zu den Terroranschlägen am 11. September senkte die Federal Reserve zur Abfederung des Wachstumseinbruchs in den USA ihren Zielzinssatz für Taggeld in sieben Schritten von 6,5% zu Jahresbeginn auf 3,5%. Der EZB-Rat vollzog die Trendwende zu einer expansiveren Geldpolitik im Mai, als sich auch für das Eurosystem eine deutliche Wachstumsverlangsamung abzuzeichnen begann; er lockerte seine bis dahin straffe Zinspolitik durch zwei Zinssenkungsschritte im Ausmaß von jeweils 25 Basispunkten (11. Mai und 31. August). Die Leitzinssätze in Großbritannien und Japan zogen in ähnlicher zeitlicher Abfolge nach.

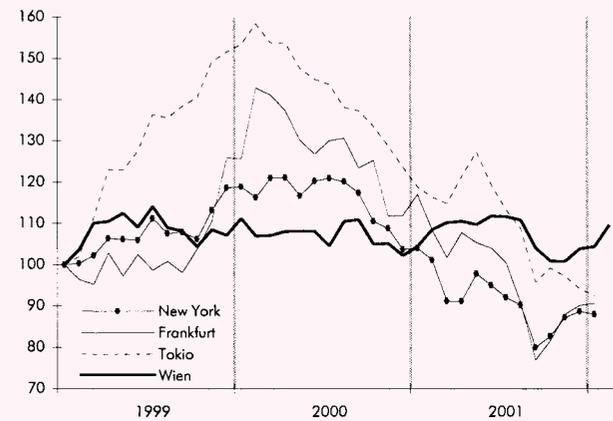
Börsenkapitalisierung in % des BIP



Q: FIBV, OECD.

Internationale Börsenindizes

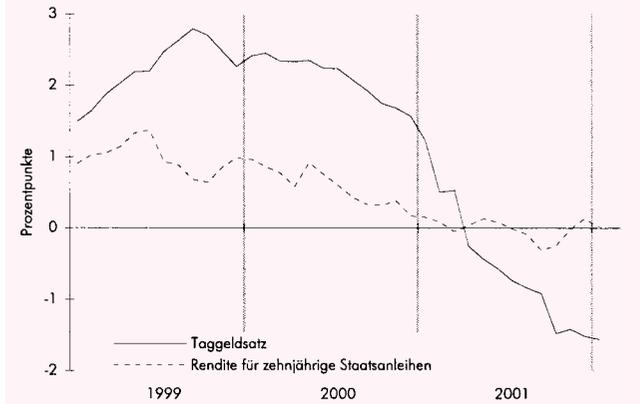
Jänner 1999 = 100



Q: IFS.

Im Spätsommer 2001 überwog die Meinung, dass das Ausmaß der Zinssenkungen nicht nur ausreiche, um eine weitere Konjunkturabschwächung in den führenden Industriestaaten zu verhindern, sondern auch eine sehr solide geldpolitische Basis für eine rasche Belebung der Weltkonjunktur biete. Dieser Optimismus wurde durch den zunehmend steileren Verlauf der Zinsstrukturkurven vor allem in den USA und im Euro-Währungsgebiet gestärkt. Die Zinssenkungen der Federal Reserve und der

Zinsdifferenzen zwischen den USA und dem Euro-Raum

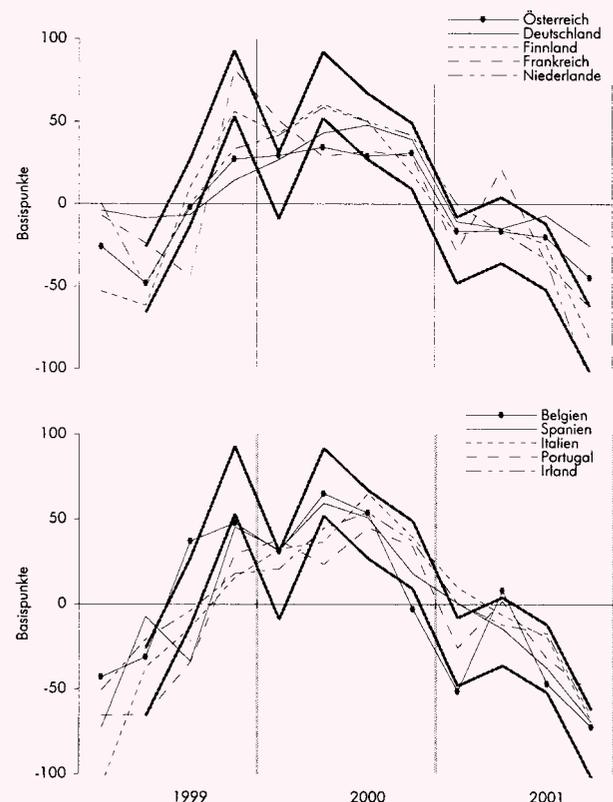


Q: OeNB.

EZB hatten zwar einen entsprechenden Rückgang der Zinssätze im kurzfristigen Bereich zur Folge, die langfristigen Renditen verloren jedoch nur geringfügig an Höhe. Dies wurde als Zeichen des Vertrauens der Marktteilnehmer in eine rasche Erholung der Wirtschaft bzw. als Zeichen erhöhter konjunkturbedingter Inflationserwartungen gedeutet. Auf den wichtigsten Aktienmärkten hatte sich jedoch die Stimmung zur Jahresmitte durch eine Reihe von Gewinnwarnungen führender Unternehmen nachhaltig verdüstert; die leichte Belebung seit dem Frühjahr 2001 brach abrupt ein, und die seit Mitte 2000 erfolgten Kurskorrekturen setzten sich fort.

Zinssatzänderungen für Unternehmenkredite

Im Vergleich zur Bandbreite von ± 20 Basispunkten des Dreimonats-EURIBOR auf Quartalsbasis

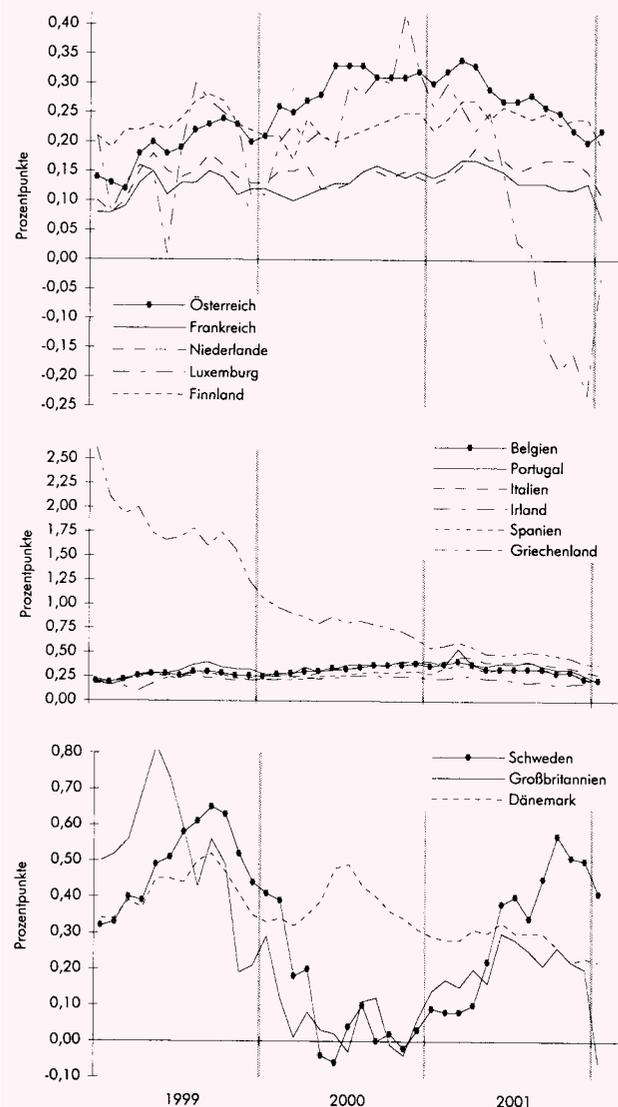


Q: EZB.

Nach dem 11. September schwanden die Erwartungen auf eine baldige Trendumkehr. Der rasche und entschlossene Einsatz stabilisierender liquiditätspolitischer Maßnahmen – die Federal Funds Rate sank bis Dezember auf das niedrigste Niveau seit mehr als vierzig Jahren (1,75%), der Leitzinssatz im Eurosystem wurde im November auf 3,25% zurückgenommen – verhinderte zwar gravierendes Marktversagen, die zum Teil dramatischen Kurseinbrüche auf den internationalen Aktienmärkten in den Wochen nach den Terroranschlägen konnten jedoch nicht abgewendet werden. In den USA verzeichneten die Börsen die mit Abstand kräftigsten Verluste – vor allem die NASDAQ mit -31% im III. Quartal –, und auch in Europa und Asien waren die Rückschläge überdurchschnittlich hoch. Die Marktkapitalisierung an den europäischen Börsen sank 2001 um 718 Mrd. €. Die privaten Haushalte erlitten in den USA allein im III. Quartal 2001 kursbedingte Vermögensverluste im Ausmaß von 1.100 Mrd. \$. Die Wiener Börse war hingegen einer der wenigen Finanzplätze, die sich gegenüber diesen Störungen als relativ resistent erwiesen. Die Kursverluste fielen gering aus, der Wiener Aktienmarkt war allerdings auch von der internationalen Kursrally der Vorjahre unbeeinflusst geblieben.

Die Banken hatten in den USA, aber auch im Eurosystem bereits seit Jahresbeginn ihre Kreditkonditionen für Kommerz- und Privatkunden ohne größere Verzögerungen dem Abwärtstrend der Geldmarktzinssätze ange-

Renditedifferenzen zu Deutschland für Staatspapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren



passt. Die Leitzinssenkungen nach den Terroranschlägen wirkten damit für private Schuldner sofort entlastend. Dies erleichterte die angespannte Finanzlage der privaten Haushalte und Unternehmen vor allem in den USA spürbar; Solvenz und Kreditwürdigkeit der Schuldner blieben damit trotz – im langfristigen und internationalen Vergleich – hoher Verschuldung und hoher Portfolioverluste im Wesentlichen erhalten.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September wurden auch auf den Märkten für festverzinsliche Anleihen deutliche Kursgewinne beobachtet. Die Renditen sanken in den USA und im Euro-Währungsgebiet unter 5%, der geringe Renditevorsprung der USA gegenüber dem Euro-Währungsgebiet für zehnjährige Staatsanleihen blieb jedoch im Wesentlichen bestehen. Die positive Renditedifferenz der Staatspapiere der meisten Euro-Länder (auch Österreichs) gegenüber deutschen Staatsanleihen verringerte sich hingegen 2001 geringfügig.

FINANZMÄRKTE ENDE 2001 WIEDER OPTIMISTISCHER

Noch vor Jahresende waren bereits auf nahezu allen führenden Finanzmärkten erste Anzeichen einer Entspannung und beginnenden Konsolidierung zu erkennen. Auf den Aktienmärkten wurden die Verluste des III. Quartals durch Kursgewinne gegen Ende 2001 teilweise kompensiert; die Renditen auf den Rentenmärkten zogen ebenfalls wieder an. Diese Entwicklung hat sich seit Jahresbeginn 2002 weiter gefestigt, sodass sich trotz hoher Unsicherheit und weiterhin expansiver Ausrichtung der Geldpolitik der führenden Industriestaaten die Erwartung einer raschen Überwindung des Konjunkturtiefs vor allem in den USA und Europa als zunehmend marktbestimmend erweist.

Die erhebliche Liquiditätsausweitung im Eurosystem, insbesondere nach dem 11. September, dürfte keine langfristigen Risiken für die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet bergen. Das starke Wachstum der Geldmenge M3 seit September ist vor allem auf die – angesichts der beträchtlichen Marktunsicherheit nach den Terroranschlägen – erhöhte Nachfrage nach kurzfristigen liquiden Anlageformen zurückzuführen. Ende 2001 verlor es bereits deutlich an Dynamik (+0,3% im Vormonatsvergleich gegenüber einem Durchschnittswert von +0,8% in den drei Monaten zuvor). Allerdings könnte einer der Gründe für die Dämpfung des Geldmengenwachstums im Dezember ein erheblicher Rückfluss von Banknoten aus dem Ausland vor der Euro-Bargeldumstellung mit Anfang 2002 gewesen sein. Ebenso könnten verrechnungstechnische Abwicklungsmodalitäten im Zusammenhang mit dem Verkauf der Euro-Startpakete an Unternehmen einen geringfügigen Rückgang des Bargeldumschlags und der kurzfristigen Einlagen im Dezember bewirkt haben.

Die Euro-Bargeldeinführung verlief in allen 12 Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion planmäßig. Der Erstausstattungsbedarf an Banknoten für das gesamte Euro-Währungsgebiet betrug 15 Mrd. Stück im Gesamtwert von 635 Mrd. €. Der Schilling blieb noch bis Ende Februar 2002 offizielles Zahlungsmittel.

GEDÄMPFTES WACHSTUM DER ÖSTERREICHISCHEN BANKEN

Konjunkturabkühlung und trübe Stimmung auf den Wertpapiermärkten prägten 2001 die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der österreichischen Banken. Die Bilanzsumme der in Österreich tätigen Banken expandierte mit +4,5% deutlich schwächer als im Vorjahr (+7,3%). Dieses Ergebnis ist jedoch durch Umstrukturierungen im Bereich des Auslandsgeschäftes der Bank Austria bzw. der HypoVereinsbank erheblich (nach unten) verzerrt. Davon ist auch die ausgewiesene Entwick-

Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	1999	2000	2001	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mrd. €			1999	2000	2001
Aktiva						
Sichteinlagen	30,1	34,5	37,3	+18,5	+14,4	+ 8,2
Termineinlagen	16,3	18,3	24,1	+51,1	+12,5	+31,8
Spareinlagen	122,3	119,7	125,4	+ 2,1	- 2,1	+ 4,8
Bauspareinlagen	14,5	15,1	15,3	- 0,1	+ 3,6	+ 1,6
Fremdwährungseinlagen	3,1	3,3	2,7	-71,1	+ 7,3	-19,1
Eigene Inlandemissionen an Nichtbanken	58,7	64,7	67,6	+10,9	+10,2	+ 4,5
Auslandsaktiva	131,3	157,8	156,3	+18,6	+20,2	- 0,9
Passiva						
Inländische Wertpapiere	43,0	42,9	4,6	+11,1	- 0,1	- 5,5
Anteilswerte	14,6	15,6	15,5	+63,7	+ 7,1	- 0,9
Festverzinsliche Wert- papiere	28,4	27,3	25,1	- 4,6	- 3,8	- 8,1
Direktkredite	210,8	224,9	232,8	+ 5,2	+ 6,7	+ 3,5
An den öffentlichen Sektor	28,0	28,7	28,3	- 6,9	+ 2,5	- 1,6
An Unternehmen	119,7	128,1	131,6	+ 6,5	+ 7,1	+ 2,7
An Private Haushalte	53,8	59,2	62,8	+10,3	+10,0	+ 6,1
Euro-Kredite	177,7	185,4	190,5	+ 1,0	+ 4,3	+ 2,7
Fremdwährungskredite	33,1	39,5	42,3	+35,6	+19,4	+ 7,2
Auslandspassiva	147,2	174,7	173,7	+16,0	+18,7	- 0,6
Bilanzsumme	524,6	562,7	587,7	+ 9,1	+ 7,3	+ 4,5

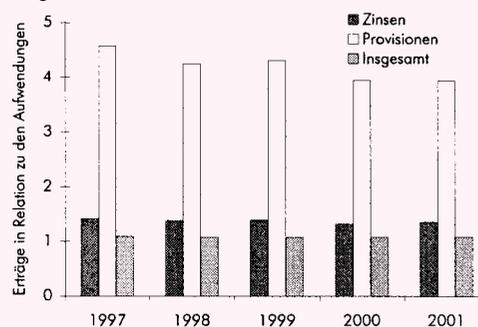
Q: OeNB.

lung der Auslandsaktivitäten der österreichischen Banken betroffen.

Ein authentisches Bild des schwierigen Geschäftsjahres für die österreichische Kreditwirtschaft vermitteln hingegen Entwicklung und Struktur der Aktiva und Passiva. Die Konjunkturschwäche dämpfte vor allem das Kreditgeschäft beträchtlich. Die Kredite an Unternehmen und private Haushalte expandierten im Vergleich mit den Vorjahren nur mäßig (+2,7% bzw. +6,1%), der öffentliche Sektor verringerte sogar seine Kreditverpflichtungen (-1,6%). Das bisher stark wachsende Fremdwährungskreditgeschäft verlor 2001 ebenfalls wesentlich an Dynamik. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Bestand der insgesamt vergebenen Direktkredite erhöhte sich nur mehr geringfügig auf 18,2% (2000 17,6%). Während die Nachfrage nach Yen-Krediten – nicht zuletzt durch die Wechselkursentwicklung begünstigt – hoch blieb, kam das mit mehr als der Hälfte aller Fremdwährungsausleihungen bedeutendere Franken-Kreditgeschäft durch die Aufwertung der Denominationswährung zum Stillstand.

Die Entwicklung der Passiva war 2001 von der für Phasen erhöhter Unsicherheit typischen Präferenz für sichere und liquide Veranlagungsformen geprägt. Die Einlagen insgesamt (Sicht-, Termin-, Spar- und Fremdwährungseinlagen) stiegen mit +7,8% deutlich stärker als in den Vorjahren. Die Spareinlagen verzeichneten mit +4,8% einen seit vielen Jahren nicht erreichten Zuwachs. Der Anstieg der Mittelaufbringung durch eigene Emissionen fiel nicht zuletzt aufgrund der ungünstigen Kapitalmarktlage mit +4,5% hingegen niedriger aus als in den Vorjahren.

Ertrags- und Aufwandsrelationen im Kredit- und Provisionsgeschäft



Q: OeNB.

Das ungünstige konjunkturelle Umfeld und die sehr unsichere Marktlage ließen den österreichischen Banken nur geringen Spielraum zur Verbesserung ihrer Erträge. Das Betriebsergebnis wurde 2001 dennoch dank der positiven Wende im IV. Quartal gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesteigert (+1,3%). Der Zuwachs des Nettozinsenertrags (+5,2%) ist zu einem erheblichen Teil auf die durch die niedrigen Geldmarktzinssätze außerordentlich günstige Refinanzierungssituation zurückzuführen.

Die steigende Bedeutung des Investmentbanking hat in den letzten Jahren die Abhängigkeit der Ertragsituation der österreichischen Banken vom jeweiligen Marktumfeld auf den Finanzmärkten stark erhöht. Das Wertpapierprovisionsgeschäft wurde zu einer der wichtigsten, aber auch unsichersten Ertragskomponenten der österreichischen Banken. Die adverse Marktlage schlug sich 2001 in einem markanten Rückgang des Nettoprovisionsertrags aus Wertpapiergeschäften im Ausmaß von -16,9% gegenüber dem Vorjahr nieder (2000 +39,3%) und war damit maßgebend für das mäßige Gesamtergebnis.

Die Entwicklung des Personalaufwands entlastete die angespannte Ertragslage nicht. Der Zuwachs übertraf 2001 mit +4,5% deutlich die mäßigen Steigerungen der Vorjahre. Die Zahl der Beschäftigten im österreichischen Bankwesen stieg 2001 um 1.302, gemessen an Vollzeitäquivalenten um 158. Der Sachaufwand erhöhte sich durch Investitionen in IT- und Kommunikationsanlagen ebenfalls kräftig (+7,5%).

Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken

	Mrd. €	Eigenmittel		Bemessungsgrundlage	
		In % der Bemessungsgrundlage	In % der Bilanzsumme	Mrd. €	In % der Wertpapier- und Direktkredite
1995	22,91	11,8	5,9	193,56	88,0
1996	25,19	12,3	6,1	204,42	88,9
1997	28,79	12,9	6,6	222,55	93,3
1998	33,22	14,3	6,9	233,08	94,1
1999	35,16	13,9	6,7	252,43	95,6
2000	37,43	13,8	6,7	270,52	97,3
2001	41,98	14,6	7,1	287,83	101,5

Q: OeNB.

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2000 I. bis III. Quartal	2001 I. bis III. Quartal
	Mrd. €							
Leistungsbilanz	- 4,5	- 4,2	- 5,8	- 4,7	- 6,3	- 5,7	- 4,2	- 3,4
Güter	- 4,9	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 3,4	- 3,0	- 2,0	- 1,4
Dienstleistungen	3,4	3,5	0,9	2,1	1,6	1,0	0,9	1,5
Einkommen	- 1,7	- 0,7	- 1,3	- 1,8	- 2,7	- 2,4	- 1,9	- 2,3
Laufende Transfers	- 1,3	- 1,4	- 1,5	- 1,7	- 1,9	- 1,3	- 1,3	- 1,1
Vermögensübertragungen	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,3
Kapitalbilanz	5,0	3,8	5,4	5,5	6,6	5,6	3,9	1,3
Direktinvestitionen	0,6	1,9	0,6	1,6	- 0,3	6,5	0,7	0,8
Im Ausland	- 0,8	- 1,5	- 1,8	- 2,5	- 3,1	- 3,6	- 2,4	- 2,1
In Österreich	1,4	3,4	2,4	4,1	2,8	10,2	3,0	2,9
Portfolioinvestitionen	7,3	- 1,6	1,4	5,9	- 2,6	1,1	6,0	0,3
Ausländische Wertpapiere	- 2,1	- 6,4	- 8,8	-10,1	-27,2	-28,3	-23,1	-16,9
Inländische Wertpapiere	9,4	4,8	10,2	16,0	24,7	29,4	29,0	17,2
Sonstige Investitionen	- 2,1	4,0	0,0	0,7	7,9	- 2,9	- 3,8	- 2,4
Finanzderivate	0,2	0,3	0,8	0,2	- 0,4	0,0	0,6	0,5
Offizielle Währungsreserven	- 1,0	- 0,8	2,6	- 2,9	2,0	0,8	0,5	2,0
Statistische Differenz	- 0,4	0,4	0,4	- 0,5	0,0	0,6	0,6	2,4

Q: OeNB.

Die schwierige Konjunkturlage im In- und Ausland machte 2001 eine wesentlich höhere Risikovorsorge für Kredite notwendig als im Jahr 2000. Der Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit 2,22 Mrd. € veranschlagt. Vorsorgen für Argentinien- und Türkei-Engagements sind jedoch aufgrund des begrenzten Obligos von untergeordneter Bedeutung: Das Kreditobligo österreichischer Banken betrug Ende September 2001 in Argentinien 73 Mio. \$ und in der Türkei 323 Mio. \$.

Die österreichischen Banken verbesserten 2001 ihre Eigenmittelausstattung um 4,55 Mrd. €; der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme stieg damit auf 7,1%.

DEUTLICHER RÜCKGANG DES LEISTUNGSBI-LANZDEFIZITS ERWARTET

Das Defizit in der österreichischen Leistungsbilanz (auf Transaktions- bzw. Accrual-Basis) war in den ersten drei Quartalen 2001 mit 3,4 Mrd. € bedeutend niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In der Teilbilanz „Güter und Dienstleistungen“ ergab sich sogar ein leichter Überschuss (0,1 Mrd. €). Eine kräftige Zunahme des Defizits in der Einkommensbilanz dämpfte jedoch das Ergebnis; sie wurde durch höhere Abflüsse aus der Position „Einkommen aus Portfolioinvestitionen“ verursacht, eine Folge der kräftigen Zunahme der Wertpapierkäufe durch Ausländer in den Vorjahren. Das Passivum der laufenden Transfers verringerte sich hingegen leicht gegenüber dem Vorjahr.

Diese Entwicklung der Güter- und Dienstleistungsbilanz ist vor dem ungünstigen konjunkturellen Hintergrund des Jahres 2001 besonders bemerkenswert. Trotz der deutlichen internationalen Konjunkturschwäche stiegen die österreichischen Warenexporte laut Cash-Bilanz der OeNB um 9%, die Warenimporte hingegen um nur 7,2%. Der Reiseverkehrsüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr etwas vergrößert.

Die Nettozuflüsse über die Kapitalverkehrsbilanz fielen 2001 viel schwächer aus als in den Vorjahren. In den ersten drei Quartalen 2001 erreichten sie mit 1,3 Mrd. € ein Drittel der Nettokapitalimporte im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese ungewöhnliche Entwicklung ist ausschließlich auf schwache Portfolioaktivitäten zurückzuführen. Die Nettokapitalimporte durch Portfolioinvestitionen blieben 2001 mit 0,3 Mrd. € weit unter dem Vorjahresergebnis von 6 Mrd. €, obgleich die österreichischen Anleger netto in wesentlich geringerem Umfang als im Vorjahr ausländische Wertpapiere erwarben. Die Abnahme des Forderungsaufbaus durch Inländer ist vor allem auf das abflauende Interesse an Produkten ausländischer Fondsgesellschaften zurückzuführen. Noch stärker rückläufig (17,2 Mrd. € 2001 gegenüber 29 Mrd. € 2000) waren jedoch die Nettokäufe inländischer Wertpapiere durch Ausländer. Hauptverantwortlich dafür war der Nettorückkauf von Geldmarktpapieren.

Die Direktinvestitionen verliefen trotz trüber Konjunktur in beiden Richtungen sehr lebhaft, wobei die passiven Direktinvestitionen mit 2,9 Mrd. € die aktiven um 0,8 Mrd. € übertrafen.

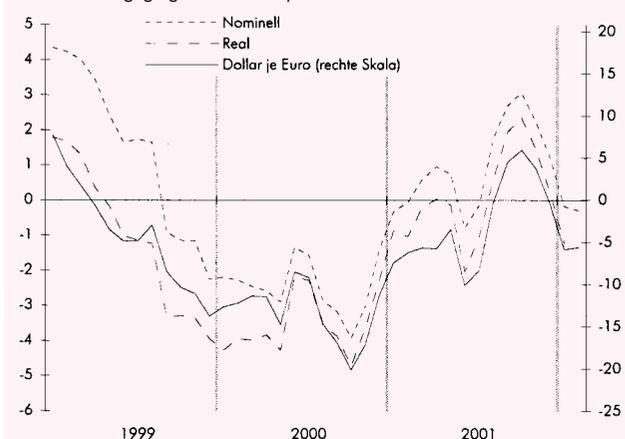
Die offiziellen Währungsreserven verringerten sich in den ersten drei Quartalen 2001 um 2 Mrd. €.

NUR GERINGE BEWEGUNG DER WECHSEL-KURSE

Die Finanzkrise in Argentinien, die zunehmende Verschlechterung der makroökonomischen Indikatoren in den USA und nicht zuletzt der Rückgang des Zinsniveaus in den USA nährten zur Jahresmitte 2001 die Erwartung eines deutlichen Nachgebens des Dollars gegenüber anderen wichtigen Währungen. Tatsächlich verlor der Dollar zwischen Juni und August gegenüber dem Euro

Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

6,4%, gegenüber dem japanischen Yen 3,6% an Wert. In Europa trübte sich die Konjunktur aber ab Jahresmitte ebenfalls rasch ein; dies und die Terroranschläge vom 11. September hatten rasch eine stabile Seitwärtsbewegung des Dollars zur Folge, die bis Jahresende bestimmend blieb. Im Jahresabstand wertete der Dollar gegenüber dem Euro um 3% auf, die Parität zwischen Schweizer Franken und Euro veränderte sich ebenfalls um 3% zugunsten des Franken. Gegenüber dem japanischen Yen und der schwedischen Krone gewann der Euro hingegen deutlich an Boden (8,7%).

Die Entwicklung der wechselkursbedingten Wettbewerbsposition eines Landes wird authentischer durch effektive, d. h. die spezifischen Handelsverflechtungen eines Landes berücksichtigende Wechselkursindizes als durch bilaterale Wechselkurse abgebildet. Der nominell-effektive Wechselkursindex für Österreich signalisiert für 2001 eine geringfügige Aufwertung gegenüber den Währungen der Handelspartner im Ausmaß von etwa 1%; unter Berücksichtigung der länderspezifischen Preisentwicklung zeigt der real-effektive Wechselkursindex einen Anstieg von nur 0,1%. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft blieb demnach unter Berücksichtigung von Wechselkurs- und Inflationsentwicklung gegenüber den Handelspartnern im Jahr 2001 im Wesentlichen unverändert.

Franz R. Hahn
Statistik: Christa Magerl

INTERNATIONALE KONJUNKTUR-SCHWÄCHE BREMST EXPORTDYNAMIK

Der Wachstumseinbruch in allen großen Wirtschaftsräumen – mit Deutschland, dem weitaus wichtigsten Absatzmarkt österreichischer Produkte, als Mittelpunkt der westeuropäischen Konjunkturschwäche – und die Stagnation des Welthandels bestimmten die schwierigen

Österreichs Außenhandel: Überblick

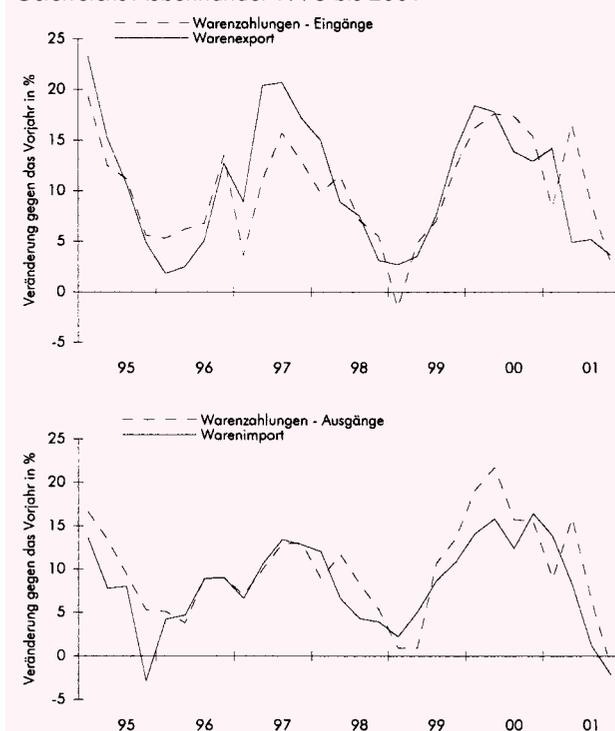
	2000			2001		
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo
Waren ¹⁾						
Werte						
Mrd. €	69,7	74,9	- 5,2	74,5	78,7	- 4,2
In % des BIP	34,0	36,6	- 2,6	35,3	37,3	- 2,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nominell	+15,6	+14,7		+ 6,8	+ 5,0	
Real	+13,2	+10,8		+ 5,5	+ 2,9	
Preise	+ 2,2	+ 3,5		+ 1,3	+ 2,0	
Warenzahlungen ²⁾						
Mrd. €	77,2	84,3	- 7,1	84,2	90,4	- 6,2
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+16,6	+17,8		+ 9,0	+ 7,2	

¹⁾ Laut Statistik Austria, Preise laut WIFO. – ²⁾ Laut OeNB.

Rahmenbedingungen für den österreichischen Export im Jahr 2001. Trotz dieser Beeinträchtigung erwies sich der Warenexport jedoch als relativ robust, wenngleich die Steigerungsrate im Jahresdurchschnitt mit +6,8% deutlich geringer ausfiel als 2000 (+15,6%). Real (preisbereinigt) entspricht dies einem Wachstum von 5,5%. Nach ersten, vorläufigen Berechnungen expandierten die österreichischen Ausfuhrmärkte (Veränderung der Gesamtimporte der Handelspartner, gewichtet mit dem Anteil am österreichischen Export) um 3%; die österreichischen Anbieter haben damit Marktanteile gewonnen.

Die Entwicklung der Ausfuhr spiegelt die laufende Verschlechterung der internationalen Konjunktur im Jahresverlauf wider. Bis April 2001 hielt die Dynamik des Vorjahres an, wurde danach aber immer mehr gebremst. Im I. Quartal betrug der Zuwachs der Exporte gegen-

Österreichs Außenhandel 1995 bis 2001



Q: Statistik Austria, OeNB.

Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo			
	2001 Anteile in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Anteile in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 Mrd. €	2001		
OECD aktuell ¹⁾	86,1	+14,7	+ 4,9	87,2	+12,2	+ 4,0	- 4,9	- 4,5
OECD	75,2	+14,3	+ 5,0	78,0	+11,1	+ 3,6	- 5,8	- 5,3
EU (Intra-Handel)	61,1	+12,5	+ 6,9	65,7	+10,3	+ 4,3	- 7,0	- 6,2
Euro-Raum	54,4	+12,3	+ 6,1	61,0	+10,4	+ 4,5	- 7,7	- 7,5
Deutschland	32,4	+10,4	+ 3,7	40,5	+11,5	+ 4,4	- 7,3	- 7,8
Italien	8,6	+19,4	+ 6,0	7,2	+ 8,0	+ 5,3	0,7	0,8
EU-Extra-Handel	38,9	+21,0	+ 6,7	34,3	+24,4	+ 6,3	1,8	2,0
Sonstiges Westeuropa	6,4	+19,1	-13,2	4,1	+ 2,9	+ 8,6	2,6	1,6
EFTA	5,8	+20,8	-13,2	3,4	+ 1,9	+ 7,0	2,5	1,7
Schweiz	5,4	+22,1	-14,4	3,1	+ 2,6	+ 2,0	2,4	1,6
Andere	0,6	+ 4,1	-12,6	0,7	+ 8,9	+17,5	0,0	- 0,1
Industriestaaten in Übersee	7,7	+25,1	+ 8,4	8,2	+22,2	- 3,5	- 1,4	- 0,7
NAFTA	6,3	+27,3	+12,0	6,0	+21,5	+ 0,7	- 0,6	- 0,1
USA	5,3	+27,2	+12,4	5,4	+17,7	+ 2,7	- 0,6	- 0,3
Japan	1,2	+25,1	- 0,6	2,3	+23,4	-11,8	- 1,1	- 0,9
Oststaaten	17,1	+19,7	+10,6	13,1	+30,2	+ 4,6	1,7	2,4
Ost-Mitteuropa ²⁾	10,2	+16,8	+ 3,7	8,6	+22,6	+ 6,7	1,0	0,9
Südosteuropa ³⁾	4,8	+19,5	+17,5	2,2	+22,7	+15,2	1,5	1,9
Frühere UdSSR	2,1	+43,3	+36,4	2,3	+71,4	- 9,6	- 0,9	- 0,3
Entwicklungsländer	7,7	+21,8	+18,3	9,0	+31,1	+19,3	- 1,1	- 1,3
OPEC	1,7	+ 0,2	+40,2	1,6	+50,7	- 0,8	- 0,3	0,0
NOPEC	6,0	+28,2	+13,2	7,4	+26,7	+26,7	- 0,7	- 1,4
China	1,1	+25,5	+72,1	1,7	+35,6	+10,1	- 0,8	- 0,5
Südamerika	1,2	+18,8	+15,9	0,7	+20,8	+10,5	0,2	0,3
„Vier Tiger“ ⁴⁾	1,6	+63,9	- 8,6	2,0	+15,4	+22,8	0,0	- 0,4
6 dynamische Länder Asiens ⁵⁾	1,8	+45,4	- 6,0	3,1	+21,3	+37,4	- 0,3	- 1,0
Insgesamt	100,0	+15,6	+ 6,8	100,0	+14,7	+ 5,0	- 5,2	- 4,2

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ OECD einschließlich Mexiko, Südkorea, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

über dem Vorjahr noch 14,2%, erreichte im II. und III. Quartal nur mehr 4,9% bzw. 5,2% und verlangsamte sich im IV. Quartal neuerlich auf 3,6%. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen: Dämpfend wirkte vor allem die Konjunkturschwäche in der EU, die sich unter dem Eindruck der Rezession in den USA ab dem II. Quartal weiter verschärfte. Besonders ungünstig war die Entwicklung in Deutschland als wichtigstem Wirtschaftspartner Österreichs mit einem Anteil an den österreichischen Exporten von 32,4%, aber auch in Italien, dem zweitwichtigsten Bestimmungsland der österreichischen Ausfuhr. Stabilisierend wirkten für die Lieferungen in die EU (+6,9%) die Exporte nach Frankreich und Großbritannien mit Zuwachsraten von 11,6% bzw. 17,5%. Lebhaft entwickelte sich auch die Ausfuhr nach Belgien (+29,4%) und Finnland (+12,2%).

EXTRA-EU-HANDEL VERLIERT DEUTLICH AN SCHWUNG

Auch der Export in Länder außerhalb der EU verlor mit +6,7% gegenüber den letzten Jahren erheblich an Dynamik. Die Schwäche der Exportkonjunktur in Ost-Mitteuropa aufgrund der Stagnation wichtiger Absatzmärkte beeinträchtigte 2001 das österreichische Exportwachstum ebenso wie der Einbruch der Exporte in die Schweiz (-14,4%) sowie in den südostasiatischen Raum („Vier Tiger“: -8,6%, „6 dynamische Länder“ -6,0%), der sich in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet.

Hingegen konnten die Lieferungen nach Südosteuropa um 17,5% ausgeweitet werden, jene in die baltischen Staaten sogar um 52,5% und nach Russland um 43,6%. Der Anteil aller Oststaaten an Österreichs Ausfuhr betrug im Jahr 2001 17,1%. Sie sind damit nach der EU die wichtigste Exportregion. Der Gruppe der 20 wichtigsten Exportdestinationen gehören 8 Oststaaten an, darunter besonders Ungarn (7. Rang), Tschechien (8. Rang), Slowenien (12. Rang) und Polen (13. Rang).

Überraschend gut schnitten die österreichischen Anbieter nicht nur in den USA (+12,4%) ab, sondern in der gesamten NAFTA (+12,0%) und, mit erhöhter Dynamik, in Südamerika (+15,9%). Die Exportimpulse der aus der anhaltenden Stärke des Dollars resultierenden Preisvorteile für europäische Anbieter überwogen demnach offenbar die dämpfende Wirkung der Rezession in den USA auf die Aufnahmefähigkeit der Volkswirtschaften in ganz Amerika. Wohl aufgrund von positiven Nachfrageeffekten des kräftigen Erdölpreisauftriebs konnte die Ausfuhr in die OPEC-Staaten um 40,2% ausgeweitet werden.

Globale Marktanteils Gewinne, aber Positionsverluste in Osteuropa

Gemäß den bisher bis einschließlich September 2001 verfügbaren Daten gewann Österreich auch in nomineller Rechnung Marktanteile am Export der OECD¹⁾. Im

¹⁾ Kurzfristig können infolge von Wechselkursschwankungen die nominelle und die reale Rechnung divergieren.

Warenstruktur des Außenhandels

	Export			Import			Saldo	
	2001 Anteile in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Anteile in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2000 Mrd. €	2001
Nahrungsmittel	5,2	+10,3	+16,2	5,7	+ 4,1	+10,4	-0,7	-0,6
Rohstoffe	3,2	+11,9	- 0,3	3,8	+21,2	- 1,8	-0,6	-0,6
Holz	1,7	+ 5,5	- 2,3	1,0	+ 7,9	- 7,4	0,5	0,5
Brennstoffe	1,7	+38,9	+38,2	6,6	+70,0	+ 5,9	-4,0	-3,9
Chemische Erzeugnisse	9,5	+13,6	+10,3	10,5	+12,2	+ 8,9	-1,1	-1,2
Bearbeitete Waren	23,0	+13,3	+ 4,9	17,0	+12,3	+ 7,1	3,9	3,8
Papier	4,6	+14,1	+ 5,7	2,3	+13,6	+12,2	1,7	1,6
Textilien	2,5	+ 5,7	+ 1,4	2,1	+ 3,5	+ 0,7	0,2	0,2
Eisen, Stahl	4,3	+16,1	+ 9,1	2,3	+26,0	+ 2,1	1,2	1,4
Maschinen, Fahrzeuge	43,8	+17,8	+ 6,5	40,1	+14,4	+ 2,5	-0,2	1,0
Pkw	4,9	+ 6,7	+22,6	5,2	+ 2,9	+ 3,8	-1,0	-0,5
Konsumnahe Fertigwaren	13,2	+ 9,0	+ 8,2	15,9	+ 7,0	+ 5,7	-2,7	-2,6
Insgesamt	100,0	+15,6	+ 6,8	100,0	+14,7	+ 5,0	-5,2	-4,2

Q: Statistik Austria.

Intra-OECD-Export, insbesondere aber im Extra-OECD-Export haben dabei die österreichischen Anbieter ihre Position gegenüber den Konkurrenten aus anderen OECD-Ländern verbessert. Ein etwas anderes Bild ergibt sich für Osteuropa, wo Österreich seinen in der Regel recht hohen Marktanteil nicht halten konnte.

HANDELSBILANZ VERBESSERT

Die zunehmende Abschwächung der Inlandskonjunktur bremste auch die Importdynamik. Bei noch kräftiger Ausweitung der Warenimporte im I. Quartal (+13,8%) ergab sich im Jahresdurchschnitt 2001 ein eher verhaltenes Wachstum von nominell +5,0%. Die Verlangsamung der Expansion der Warenexporte und der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie sowie der Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – Komponenten der Nachfrage mit überdurchschnittlich hohem Importgehalt – waren maßgeblich für diese Einfuhrentwicklung. Der Preisauftrieb auf den internationalen Erdölmärkten verlangsamte sich in der zweiten Jahreshälfte, und im IV. Quartal entlastete eine markante Energieverbilligung die Importrechnung zusätzlich. Für das Jahr insgesamt ergeben sich leichte Terms-of-Trade-Verluste von 0,7%. Der reale (preisbereinigte) Importzuwachs betrug 2,9%.

Die Handelsbilanz verbesserte sich um 1,04 Mrd. € auf 4,2 Mrd. €. In Relation zum BIP sank das Defizit damit auf einen neuen Tiefstwert von 2,0%. In der regionalen Gliederung fiel vor allem die Verbesserung der Bilanz gegenüber der EU (+0,8 Mrd. €) und den Oststaaten (+0,8 Mrd. €) ins Gewicht. Der Überschuss im Handel mit Ost-Mittleuropa verringerte sich allerdings um 0,1 Mrd. € auf 0,9 Mrd. €. Auch die Handelsbilanz mit Deutschland verschlechterte sich etwas, das Defizit stieg auf -7,8 Mrd. €. Besonders ungünstig entwickelte sich im Jahr 2001 die Handelsbilanz mit der Schweiz. Das Defizit gegenüber den Industriestaaten in Übersee war hingegen um 0,7 Mrd. € geringer als im Vorjahr.

Statistik der Warenzahlungen und Außenhandelsstatistik

Noch immer wird die Analyse der Außenhandelsentwicklung durch Probleme der Außenhandelsstatistik von Statistik Austria erheblich erschwert. Die veröffentlichten Monatsdaten werden in den Folgemonaten wiederholt und in beträchtlichem Ausmaß – meist nach oben – revidiert. Die von der OeNB publizierte Statistik der Warenzahlungen im Außenhandel ist deshalb eine notwendige Ergänzung und kann wichtige Anhaltspunkte liefern, liegt aber nicht in detaillierter Gliederung vor.

In die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gehen die Zahlen laut OeNB ein. Zwischen den Daten von Statistik Austria und jenen der OeNB ergeben sich traditionell – teils beträchtliche – Abweichungen, die zum einen durch die Unterschiede in der Erfassung zu erklären sind¹⁾. Zum anderen resultieren sie aus der mangelnden Genauigkeit der Außenhandelsstatistik, die Statistik Austria vor allem auf die schlechte Meldemoral der Unternehmen zurückführt. Im Jahr 2001 nahmen die Exporte laut Statistik Austria um 6,8% zu, laut OeNB um 9,0%. Für die Importe zeigt die Warenzahlungsstatistik ein Wachstum von 7,2%, die Importdaten von Statistik Austria hingegen von nur 5%. Diese Abweichungen spiegeln sich in gleicher Weise in der Handelsbilanz, die sich in der Warenzahlungsstatistik um 0,9 Mrd. €, laut Statistik Austria um 1,04 Mrd. € verbesserte.

¹⁾ So schließen etwa die Warenzahlungen auch Zahlungsziele ein. Die Differenz zwischen dem Wert der Exporte bzw. Importe laut Statistik Austria und laut OeNB wird als „Nichtaufteilbare Leistungen“ (NAL) in der Zahlungsbilanz verbucht und geht so in die VGR ein.

SCHWACHER EXPORT VON VORPRODUKTEN, MASCHINEN UND FAHRZEUGEN

Im Vorjahresvergleich ließ insbesondere die Exportnachfrage nach Rohstoffen (-0,3%) und wichtigen Vor-

Österreichs Energieimporte

	1981	1998	1999	2000	2001
	Mrd. €				
Brennstoffe, Energie	4,5	2,6	2,9	4,9	5,2
Erdöl und -erzeugnisse	3,2	1,5	2,0	3,4	3,3
Erdöl	2,4	0,8	0,9	1,7	1,7
	Anteile am Gesamtimport in %				
Brennstoffe, Energie	18,7	4,2	4,4	6,5	6,6
Erdöl und -erzeugnisse	13,1	2,5	3,0	4,5	4,2
Erdöl	9,8	1,3	1,4	2,3	2,1
	In % des BIP				
Brennstoffe, Energie	5,7	1,4	1,5	2,4	2,5
Erdöl und -erzeugnisse	4,0	0,8	1,0	1,7	1,6
Erdöl	3,0	0,4	0,5	0,9	0,8
	Erdölpreise				
Importpreis					
€ je t	316,2	91,7	121,7	238,5	212,6
\$ je Barrel	36,9	13,7	17,5	29,3	25,6

Q: Statistik Austria, WIFO.

produkten der Industrie (bearbeiteten Waren; +4,9%) nach. Dies spiegelt die Konjunkturabschwächung in Europa wider, die die Nachfrage nach diesen Produkten besonders und im Abschwung zuerst betrifft. Rohstoffe wurden vor allem auf dem deutschen Markt weniger abgesetzt als im Vorjahr (-4,8%), die Lieferungen nach Italien stagnierten. Rund 60% aller Rohstoffexporte Österreichs sind allein für diese beiden Märkte bestimmt. Auch im Bereich der bearbeiteten Waren schlägt die deutsche Nachfrageschwäche durch (-0,7%), hier ließ aber gegenüber den Vorjahren neben Italien auch die Dynamik der Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa nach.

Der weltweite Konjunkturabschwung beeinträchtigte auch den Absatz von Maschinen und Fahrzeugen (+6,5%) deutlich, und zwar vor allem in Europa, während die Ausfuhr dieser Warengruppe in die USA weiter wuchs (+14,7%). Die Exporteure von Nachrichtengeräten (-4,4%), Kfz-Teilen und Zubehör (-0,3%) sowie anderen Transportmitteln (-15,8%) verzeichneten Einbußen, und auch die Exporte von Büro- und EDV-Maschinen (+6,3%) entwickelten sich nur mäßig. Überdurchschnittlich lebhaft war hingegen die Exportkonjunktur für Pkw mit einer Zuwachsrate von 22,6%.

Der bis zum Herbst anhaltende Auftrieb der Energiepreise ist der Grund für den hohen Anstieg der österreichischen Brennstoffexporte (+38,2%), aber auch für die vergleichsweise rege Nachfrage nach den energieintensiven chemischen Erzeugnissen (+10,3%) sowie Eisen und Stahl (+9,1%).

Die zweithöchste Steigerungsrate erzielten 2001 die Exporteure von Nahrungsmitteln (+16,2%); hier war besonders der deutsche Markt aufnahmefähig (+8,5%). Die Lieferungen nach Südosteuropa und in die frühere UdSSR wurden sogar um fast die Hälfte ausgeweitet (+47,1% bzw. +47,5%); Südosteuropa nimmt bereits

9,6% der gesamten österreichischen Nahrungsmittelexporte auf.

Auf der Importseite verringerte sich die Dynamik vor allem in der Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen. Die Wachstumsrate blieb mit 2,5% deutlich unter jener der Exporte (+6,5%); die österreichische Handelsbilanz wurde damit in dieser Güterkategorie um insgesamt 1,2 Mrd. € verbessert. Leicht rückläufig war die Einfuhr von Rohstoffen (-1,8%). Der markante Rückgang der Energiepreise ab Jahresmitte entlastete die Energierechnung wesentlich. Gegenüber dem Vorjahr wurden die importierten Mengen einiger wichtiger Energieträger teils erheblich ausgeweitet (Heizöl +40,6%, Erdöl +7,4%), insgesamt stiegen die Brennstoffimporte dank sinkender Preise um nur 5,9%. Die österreichischen Importpreise von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, unterschritten mit 25,6 \$ je Barrel das Niveau von 2000 um 12,7%.

Yvonne Wolfmayr-Schnitzer
Statistik: Gabriele Wellan

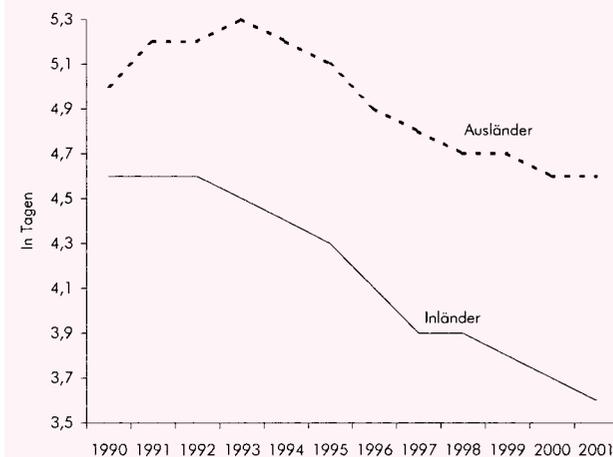
TOURISMUS GEWINNT MARKTANTEILE

ERFOLGREICHES TOURISMUSJAHR

Das Tourismusjahr 2001 verlief zufriedenstellend, mit 26,8 Mio. Gästeankünften wurde ein neuer Höchststand erreicht. Seit 1992 ist jedoch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 5 auf 4,3 Nächten gesunken (-14%), sodass trotz des Gästerekords die Zahl der Nächtigungen mit 114,8 Mio. um 12% unter dem Höchstwert von 1992 blieb. Diese Entwicklung beschreibt die wachsende Beliebtheit Österreichs und den Trend zum Kurzurlaub – d. h. kürzere Aufenthalte von immer mehr Gästen.

Da der reale Aufwand je Nacht – ein zentraler Qualitätsindikator – seit 1992 deutlich gestiegen ist, waren die Umsätze 2001 preisbereinigt nur knapp niedriger

Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen



Q: Statistik Austria.

Einführung des Tourismussatellitenkontos in Österreich

Im Jahr 2001 implementierten Statistik Austria und das WIFO in einem gemeinsamen Projekt ein Tourismussatellitenkonto (TSA) für Österreich¹⁾. Die Einrichtung eines Tourismussatellitenkontos bedeutete die Einleitung einer nachhaltigen Veränderung in der monetären Berichterstattung. Die Veränderungen betreffen im Prinzip die touristischen Zahlungsströme der Inländer, die Erfassung der Zahlungsströme von ausländischen Gästen bleibt in ihrem Umfang unverändert.

Bisher wurden als touristische Aufwendungen der Inländer für Österreich-Aufenthalte die Ausgaben im Zuge von Übernachtungen nur zum Teil erfasst, da zwar die Aufwendungen im Zuge von Übernachtungen in entgeltlichen Unterkünften zur Gänze einbezogen wurden, die monetäre Bewertung von Aktivitäten bei Übernachtung in unentgeltlichen Unterkünften erfolgte jedoch nur teilweise. Diese Ausgaben im Binnenreiseverkehr betragen im Jahr 2001 3,19 Mrd. €. Da die Verfolgung des TSA-Konzeptes jedoch die zusätzliche Berücksichtigung von Aufwendungen im Zuge von

- Aufhalten in unentgeltlichen Unterkünften zur Gänze (im Prinzip die Verwandten- und Bekanntenbesuche, ohne Zweitwohnungen und Wochenendhäuser),

- Aufhalten in Zweitwohnungen und Wochenendhäusern sowie
- Tagesausflügen

verlangt, erhöht sich die bisher für den Binnenreiseverkehr ausgewiesene Summe deutlich. Mit anderen Worten ausgedrückt, betragen im Jahr 2001 die Aufwendungen der Österreicher für Inlandsreisen nach dem TSA-Konzept rund 11,8 Mrd. € (+7,2%), wodurch die bisher ausgewiesene Summe um etwa 8,6 Mrd. € übertroffen wird.

Nach Berücksichtigung der Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr in der Größenordnung von 13,3 Mrd. € (+7,5%) beträgt daher nach dem TSA-Konzept der gesamte in Österreich erwirtschaftete Tourismusumsatz einschließlich der Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte in ungewohnter Umgebung 25,1 Mrd. € (+7,4%, bisher 16,5 Mrd. €). Bei Berücksichtigung aller vom Tourismus ausgelösten direkten und indirekten Effekte beträgt der Wertschöpfungsanteil des Sektors am BIP im Jahr 2001 nach dem TSA-Konzept etwa 9½%, wogegen nach den bisherigen Berechnungsmethoden ein BIP-Anteil von nur 6,2% ausgewiesen wurde.

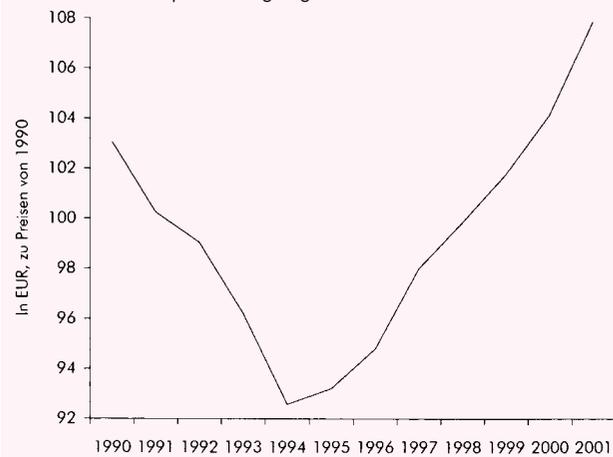
¹⁾ Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., „Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse“, WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37 (http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031).

Entwicklung von Ankünften und Übernachtungen nach der Herkunft

	Ankünfte					Übernachtungen				
	1992	1997	1999	2000	2001	1992	1997	1999	2000	2001
	In 1.000									
<i>Insgesamt</i>	25.834	23.860	25.446	26.372	26.883	130.416	109.066	112.698	113.646	115.073
<i>Inländer insgesamt</i>	6.736	7.217	7.988	8.395	8.711	30.659	28.504	30.301	31.147	31.433
Wien	1.564	1.467	1.574	1.653	1.634	9.199	7.644	7.758	7.871	7.638
Andere Bundesländer	5.172	5.750	6.414	6.742	7.077	21.460	20.860	22.543	23.276	23.795
<i>Ausländer insgesamt</i>	19.098	16.642	17.459	17.977	18.172	99.758	80.562	82.396	82.499	83.640
Belgien, Luxemburg	468	391	379	380	392	3.010	2.427	2.270	2.216	2.264
Dänemark	182	163	185	186	201	928	781	872	879	952
Deutschland	10.664	9.390	9.841	9.985	10.140	64.715	52.822	53.074	52.302	52.769
Finnland	46	38	52	50	55	196	140	179	174	187
Frankreich	738	487	455	387	385	2.846	1.851	1.723	1.461	1.443
Griechenland	42	52	49	55	60	135	157	149	169	171
Großbritannien	753	532	596	667	645	4.068	2.478	2.782	3.066	3.037
Italien	1.220	896	956	911	964	3.609	2.378	2.676	2.534	2.684
Niederlanden	1.291	1.032	1.110	1.186	1.238	8.998	6.728	7.010	7.374	7.678
Norwegen	47	51	49	47	48	168	170	162	159	159
Schweden	301	156	162	172	163	1.356	613	636	678	650
Schweiz	753	700	697	737	778	3.121	2.783	2.782	2.892	3.091
Bulgarien	17	19	24	20	31	49	50	55	46	65
Polen	112	157	188	182	186	303	587	795	755	791
Rumänien	21	30	38	36	39	69	74	91	86	95
Tschechien, Slowakei	153	211	250	251	273	373	649	830	836	919
Ungarn	228	184	203	215	234	625	600	692	729	788
Australien, Neuseeland	80	95	108	124	108	194	204	247	279	241
Japan	219	267	277	294	255	453	558	575	584	528
Kanada	83	55	58	69	66	208	140	146	178	176
USA	628	579	630	781	639	1.526	1.411	1.566	1.876	1.579
Andere Länder	1.052	1.157	1.152	1.242	1.272	2.808	2.961	3.084	3.226	3.373

Q: Statistik Austria.

Realer Aufwand je Nächtigung



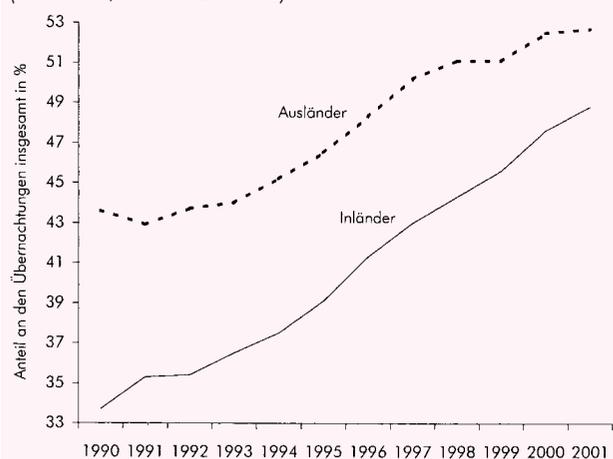
Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne Kleines Walsertal.

als Anfang der neunziger Jahre. Die Qualitätssteigerung im österreichischen Tourismus spiegelt sich auch in der Zunahme des Anteils der gehobenen Hotellerie an den Gesamtnächtigungen.

Die Forcierung der Gästekünfte mit attraktiven Kurzurlaubsangeboten und die konsequenten Investitionen in die Qualität erweisen sich längerfristig als wichtige Erfolgskomponenten. Gegenüber der optimalen Strategie einer gezielten Vermarktung Österreichs als Kurzurlaubsdestination für qualitätsvolle Erlebnisansprüche sollte die Positionierung als Feriendestination in den Hintergrund treten, zumal Österreich hier nur wenig komparative Vorteile hat sowie den herrschenden Trends nicht gerecht würde.

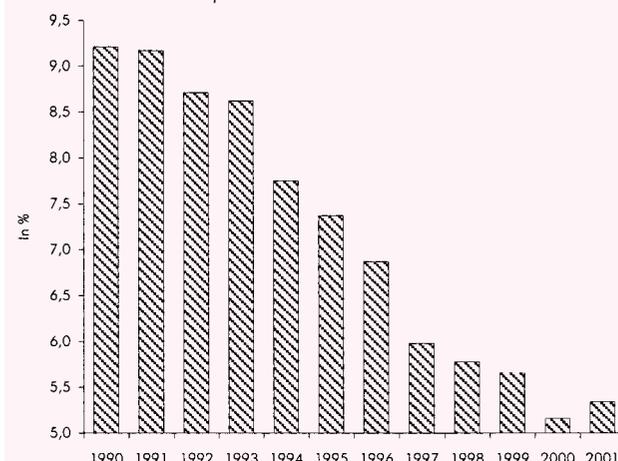
Das Wachstum der Einnahmen im internationalen Reiseverkehr beschleunigte sich 2001 – nach +5% im Jahr 2000 erreichte es +7,5%; die Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten entwickelte sich ähnlich lebhaft. Da die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr stärker stiegen als die Ausgaben der Österreicher

Übernachtungen in der gehobenen Hotellerie (3- und 5-/4-Stern-Betriebe)



Q: Statistik Austria.

Entwicklung des nominellen Marktanteils Österreichs im internationalen europäischen Reiseverkehr



Q: IMF, OeNB, WIFO-Berechnungen. Ohne internationalen Personentransport; 2001: Schätzung.

für Auslandsreisen (+5,7%), verbesserte sich der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz von 2,31 Mrd. € auf 2,66 Mrd. €.

Im Jahr 2001 gewann Österreich im internationalen Reiseverkehr wieder Marktanteile. So wurde der Marktanteil auf Basis der internationalen Zahlungsströme im europäischen Reiseverkehr gegenüber dem Vorjahr um 3,5% gesteigert.

Der Positionsgewinn kann zum Teil auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen, aber auch auf die Effekte der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückgeführt werden. Unter den wichtigen Zielländern im europäischen Tourismus verzeichneten die Niederlande, Großbritannien, Deutschland und Italien teils deutliche Positionsverluste.

Die Terroranschläge vom 11. September trafen die internationale Tourismuswirtschaft empfindlich: Zwischen September und Dezember 2001 sanken die internationalen Touristenankünfte im Vorjahresvergleich weltweit um 11%, nachdem in den ersten acht Monaten des Jahres eine Wachstumsrate von 3% realisiert worden war. Dabei erlitten Nord- und Südamerika sowie der Nahe Osten mit rund -30% die größten Einbußen. In Europa fiel der Rückgang mit -6% dagegen mäßig aus.

Österreich als sicheres und aus vielen Herkunftsländern auch im Landverkehr leicht erreichbares Land verzeichnete im selben Zeitraum nur einen leichten Rückgang der Ankünfte von ausländischen Gästen (-1,2%, Jahresdurchschnitt 2001 +1%) und verbesserte seinen Anteil am internationalen europäischen Tourismusmarkt merklich. Dabei wurde ein Teil der Flug- und Fernreisen der wichtigsten Gästeschichten aus dem In- und Ausland durch Österreich-Aufenthalte ersetzt. Folgende Faktoren waren dafür bestimmend: Österreich ist vor allem eine Autodestination (etwa zwei Drittel der Gäste reisen mit dem Pkw an, der Großteil kommt aus dem deutschsprache-

chigen Nahbereich) und keine Flugreisedestination, weiters ist der Anteil an Überseetouristen relativ gering (rund 10% der Ausländerankünfte, aus Kanada und den USA: 2,5% im Jahr 2000).

In einer qualitativen Sicht lassen sich als Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 die wichtigsten kurzfristigen Trends so zusammenfassen:

- erhebliche Zunahme des Sicherheitsbewusstseins,
- Steigerung der Nachfrage nach Inlandsaufenthalten,
- steigende Nachfrage nach bereits bekannten und nahen ausländischen Destinationen,
- Bedeutungsgewinn von Pkw und Bahn zulasten des Flugtourismus (die potentielle Zeitersparnis wird geringer gewichtet),
- wachsende Schwierigkeiten für Fluglinien, die Flughafenwirtschaft und Reisebüros,
- Notwendigkeit und Nutzen der Reise werden sorgfältiger geprüft,
- der Besuch von Freunden, Bekannten und Verwandten gewinnt an Bedeutung,
- Verlagerung zu Kurzaufenthalten,
- das Interesse am Besuch von Großstädten nimmt ab (in der Folge erhebliche Probleme für die Großstadthotellerie und den Großstädtetourismus),
- die Teilnahme an Groß-Events wird kritisch hinterfragt werden,
- die Entwicklung der Nachfrage nach Spaß- und Abenteuerferien wird gedämpft,
- die Nachfrage nach authentischen Erlebnissen im Bereich der lokalen Kultur und der natürlichen Umwelt nimmt zu.

SOMMERSAISON VON TERROREFFEKTEN ÜBERSCHATTET

In der Wintersaison 2000/01 expandierten die Tourismusumsätze mit +8,7% relativ kräftig; dabei wuchs die Auslandsnachfrage mit +9,2% stärker als die Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten (+6,2%). Insgesamt wurden von ausländischen Gästen 6,96 Mrd. € eingenommen und im Binnenreiseverkehr 1,38 Mrd. € umgesetzt.

Auf den meisten im Reiseverkehr für Österreich wichtigen Herkunftsmärkten ergaben sich Zuwächse, nur die Zahl der Nächtigungen von Franzosen und Schweden ging zurück, jene der Belgier stagnierte.

Der Städtetourismus entwickelte sich leicht überdurchschnittlich. Besonders hohe Wachstumsraten verzeichneten Salzburg, Innsbruck und Graz.

In der Sommersaison 2001 wuchsen die Tourismusumsätze mit +6,3% viel stärker als im Jahr davor (+3,1%),

jedoch schwächer als in der Wintersaison. Die Ausgaben der Inländer entwickelten sich mit +6,9% lebhafter als die der Ausländer (+6,1%).

Noch in der Sommersaison 2001 zeigten sich die ersten Effekte der Terroranschläge vom September: Der rezessionsbedingte Rückgang der Nachfrage aus den USA verstärkte sich deutlich, Ähnliches gilt für die japanischen Gäste. Wieweit die Verringerung der Nächtigungsnachfrage von den europäischen Fernmärkten Großbritannien und Schweden durch die Terrorangst bedingt war, lässt sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Nächtigungsmuster nicht eindeutig ausmachen. Schwach war weiters die Nachfrage der deutschen Gäste. Die Zahl der Nächtigungen von Besuchern aus allen anderen wichtigen Herkunftsmärkten stieg in der Sommersaison 2001 teils deutlich.

Wegen des relativ hohen Anteils von Fluggästen blieb in der Sommersaison die Zahl der Ausländerübernachtungen im Städtetourismus weit unter dem Vorjahresniveau, während sie im übrigen Österreich stagnierte. Die Übernachtungen von Inländern in den österreichischen Bundesländerhauptstädten entwickelten sich dagegen kräftig.

Egon Smeral
Statistik: Sabine Fragner

KONSUMWACHSTUM TROTZ STAGNATION DER REALEINKOMMEN

Die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte wurde in Österreich im Jahr 2001 neben den üblichen Trend-, Saison- und Konjunkturfaktoren auch von fiskalischen Maßnahmen bestimmt: Um das angestrebte Nulldefizit in den öffentlichen Haushalten zu erreichen, wurden u. a. die Einschleifregelung für den Pensionistenabsetzbetrag und den allgemeinen Absetzbetrag verschärft bzw. der Absetzbetrag für höhere Einkommen ganz gestrichen, der Arbeitnehmerabsetzbetrag halbiert, die Steuerbegünstigung von Pensionsabfindungen abgeschafft und die Besteuerung von Unfallrenten unter Berücksichtigung zahlreicher Ausnahmen eingeführt. Zudem wurden u. a. die Regelungen für den Bezug von Arbeitslosengeld geändert (z. B. vierwöchige Sperre bei Selbstkündigung und wenn ein triftiger Grund vorliegt, Kürzung der Familienzuschläge, Verlängerung der Anwartschaftszeit für den wiederholten Arbeitslosengeldbezug), die beitragsfreie Mitversicherung für kinderlose Ehepartner bzw. Lebensgefährten abgeschafft, Ambulanzgebühren und Studiengebühren eingeführt sowie die Rezeptgebühren und der Preis der Autobahn-Vignette erhöht. Diese Maßnahmen sollten die Einkommensentwicklung gedämpft und den Spielraum für eine Steigerung der Konsumausgaben eingeengt haben. Insgesamt nahmen im Jahr 2001 die Einkommen der privaten Haushalte nominell zwar um 2,2% zu, real (defla-

Privater Konsum, verfügbares persönliches Einkommen, Finanzvermögen und Konsumkredite

	Privater Konsum ¹⁾		Verfügbares persönliches Einkommen		Finanzvermögen ²⁾	Konsumkredite ³⁾
	Nominell	Real	Nominell	Real	Nominell	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. €	
1997	+3,2	+1,7	-0,5	-1,0	+15,53	+2,05
1998	+3,3	+2,8	+4,1	+3,6	+22,08	+2,87
1999	+3,5	+2,7	+3,0	+2,2	+30,19	+5,69
2000	+4,1	+2,5	+3,4	+1,8	+21,14	+3,77
2001	+3,6	+1,3	+2,2	-0,1	+17,27 ⁴⁾	+2,85

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Wirtschaftsunternehmen und Private; WIFO-Berechnung. – ³⁾ Kredite an unselbstständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an denselben Personenkreis. – ⁴⁾ Schätzung.

tioniert mit dem impliziten Deflator des privaten Konsums) entsprachen sie wegen der hohen Inflation knapp dem Vorjahreswert (-0,1%). Zuletzt entwickelten sich die realen Einkommen 1997 so ungünstig, als ebenfalls Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte gesetzt wurden.

Die Österreicher trachteten in der Vergangenheit vornehmlich ihr Konsumziel zu befriedigen, Effekte eines Angst- oder Vorsichtssparens waren in Summe nicht zu beobachten. Veränderungen der Einkommensentwicklung schlugen nicht unmittelbar und nicht voll auf die Ausgaben der privaten Haushalte durch, weil die privaten Haushalte in der Regel erst mit einer gewissen Verzögerung auf Einkommenschwankungen reagierten und hauptsächlich nur dann, wenn sie diese als dauerhaft ansahen. Dieses Verhalten ließ für das Jahr 2001 einen Anstieg der Konsumquote (jenes Teil des Einkommens, der für Konsumzwecke verwendet wird) erwarten und damit ein Konsumwachstum über dem des Einkommens.

Die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) gaben 2001 121 Mrd. € für Konsumzwecke aus, um 3,6% mehr als ein Jahr zuvor. Real (nach Ausschaltung der Inflation) betrug der Zuwachs 1,3%. Der private Konsum nahm also erheblich stärker zu als die Einkommen. Die privaten Haushalte verhielten sich damit im Jahr 2001 neuerlich antizyklisch und stützten so die Wirtschaftsentwicklung in einer schwierigen Konjunkturphase. Das spiegelt sich auch in der Entwicklung der Sparquote¹⁾. Hatten die privaten Haushalte im Jahr 2000 6,7% ihres Einkommens gespart, so waren es im abgelaufenen Jahr 2001 nur 6,0%. Der Rückgang der Sparquote um 0,7 Prozentpunkte war aber wesentlich geringer als 1997, als ebenfalls fiskalische Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ergriffen wurden²⁾.

¹⁾ Sie ist das Gegenstück zur Konsumquote. Sparen der privaten Haushalte wird im volkswirtschaftlichen Sinn definiert als Differenz zwischen den laufenden Einkommen plus Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche und den Konsumausgaben.

²⁾ Die abweichende Intensität des Rückgangs der Sparquote resultiert aus dem Unterschied zwischen der Einkommensentwicklung und lässt sich anhand eines „Fehlerkorrekturmodells“ erklären, mit dem die Konsumententwicklung in Österreich sehr gut abgebildet werden kann.

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter seit 1988

Real	Ø 1988/1997 1998 1999 2000 2001				
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+1,8	- 0,1	- 0,5	+2,0	+0,5
Tabak und alkoholische Getränke	+1,0	+ 6,0	+ 2,9	-0,1	-1,3
Kleidung, Schuhe	-0,3	+ 4,5	+ 1,3	+0,3	+3,7
Wohnen, Beheizung	+2,6	+ 1,0	+ 0,5	+2,1	+2,7
Einrichtung	+2,8	+ 3,4	+ 1,1	+1,4	+0,6
Gesundheit	+3,4	+ 3,7	+ 4,9	+2,4	+2,1
Transport	+2,6	+ 3,4	+ 6,3	-0,4	-1,3
Kommunikation	+9,2	+15,8	+15,4	+8,1	+4,2
Erholung, Kultur	+4,2	+ 7,3	+ 7,6	+7,2	-2,0
Bildung	+1,9	- 0,6	+ 6,1	+2,6	+0,9
Gaststätten, Beherbergung	+4,9	+ 8,0	+ 5,1	+6,1	+7,6
Übrige Waren	+3,5	+ 1,0	+ 0,5	-0,3	+1,2
Ausgaben im Ausland	+3,1	- 5,1	- 1,4	+4,8	+2,6
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+2,0	+ 2,7	+ 1,8	+1,5	+0,5
Privater Konsum insgesamt	+2,7	+ 2,8	+ 2,7	+2,5	+1,3
Dauerhafte Konsumgüter	+4,2	+ 5,8	+ 9,4	+3,9	-2,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Nicht zuletzt durch den Rückgang der Sparquote wurde 2001 ein reales Wachstum der Konsumausgaben ermöglicht, das allerdings beträchtlich unter dem längerfristigen Durchschnitt (1988/2000 +2,7%) und unter dem EU-Durchschnitt (+1,9%) dieses Jahres blieb³⁾.

Erwartungsgemäß hat sich die Expansion der Konsumnachfrage in Österreich im Laufe des Jahres verlangsamt. Lagen die realen Ausgaben im 1. Halbjahr um 1,7% über dem Vorjahresniveau, so waren sie im 2. Halbjahr um nur mehr 0,8% höher – nicht zuletzt weil die Konsumenten erst verzögert auf die Veränderung der Rahmenbedingungen reagierten. Auch konjunkturbedingt wurde die Entwicklung im Jahresverlauf gebremst: Saisonbereinigt war die Nachfrage der privaten Haushalte im 1. Halbjahr um 0,7%, im 2. Halbjahr um 0,3% höher als in der Vorperiode.

Die Verringerung der Sparneigung im Jahr 2001 spiegelt sich auch in der Entwicklung des Finanzvermögens von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. Diese nahmen per Saldo um 17,3 Mrd. € zu, der Zuwachs war um 18,3% niedriger als im Jahr davor. Die Aktienkursverluste im Jahr 2001 lösten eine Umschichtung der Veranlagung aus. Dafür spricht, dass Spar-, Sicht- und

Demnach hängen Einkommen und Konsum langfristig eng zusammen. Kurzfristig treten immer wieder Abweichungen von diesem Gleichgewicht auf; sie lösen jedoch Korrekturen aus, die wieder ein Gleichgewicht herbeiführen. Diese Korrekturen erfolgen nicht linear, sondern hängen von der Höhe der Abweichung ab: Größere Abweichungen lösen stärkere Korrekturen aus als kleinere. Der Knick der realen Einkommensentwicklung war 1997 wesentlich stärker als 2001 und löste dementsprechend einen deutlicheren Rückgang der Sparquote aus.

³⁾ Für den Vergleich mit dem EU-Durchschnitt ist jedoch die unterschiedliche Fiskalpolitik zu berücksichtigen: Während die Einkommen in Österreich durch die oben angeführten fiskalischen Maßnahmen gedämpft wurden, ergaben sich in anderen Ländern wie z. B. Deutschland Steuererleichterungen.

Entwicklung des Vertrauensindex



Q: Fessel & GfK, WIFO. Saldo aus optimistischen und pessimistischen Antworten (Definition siehe Text).

Termineinlagen, die in den letzten Jahren wegen des Trends zu höherverzinslichen Veranlagungsformen nicht sehr gefragt waren, 2001 wieder deutlich an Bedeutung gewannen.

Schwach stieg 2001 die Verschuldung der privaten Haushalte. Die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis) nahmen im Jahr 2001 per Saldo um 2,85 Mrd. € zu, um etwa ein Viertel schwächer als ein Jahr zuvor. Die Verringerung der Bereitschaft, sich zu verschulden, dürfte auch in Zusammenhang mit der Entwicklung der Konsumentenstimmung stehen. Nach GfK-Erhebungen (von der EU-Kommission gefördert) war der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Jahr 2001 (-7,7%) niedriger als im Jahr zuvor. Pessimistischer wurde wegen der anziehenden Inflation die Preisentwicklung gesehen, die ungünstigere Einschätzung des Arbeitsmarktes im Jahr 2001 ist im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit zu sehen.

NACHFRAGE NACH DAUERHAFTEN KONSUMGÜTERN RÜCKLÄUFIG

Stärker als die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, die in der Regel einem relativ stabilen, flachen Trend folgt, reagieren die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie auf Schwankungen von Stimmungen und Erwartungen. Der Kauf solcher Güter ist eher verzichtbar oder verschiebbar; der hohe Kaufpreis je Gütereinheit erfordert oft eine Ansparphase und/oder Verschuldungsbereitschaft der Konsumenten. Die mäßige Einkommensentwicklung und die schlechte Stimmung der Konsumenten schlugen sich daher im Jahr 2001 in einem realen Ausgabenrückgang nieder (-2,6%). In den Vorjahren waren die Ausgaben der Österreicher für diese Güter überdurchschnittlich gewachsen.

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

	Nominell		Real	
	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2001	121,09	+3,6	111,24	+1,3
1. Halbjahr	58,77	+4,1	54,30	+1,7
2. Halbjahr	62,32	+3,3	56,94	+0,8
I. Quartal	28,82	+5,0	26,81	+2,9
II. Quartal	29,94	+3,1	27,48	+0,7
III. Quartal	30,34	+3,1	27,56	+0,7
IV. Quartal	31,98	+3,4	29,38	+1,0

Q: WIFO-Berechnungen.

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern verschlechterte sich im Verlauf des Jahres 2001 konjunkturbedingt merklich. Einer Stagnation im 1. Halbjahr folgte ein realer Rückgang gegenüber dem Vorjahr in der zweiten Jahreshälfte (-5,2%). Saisonbereinigt waren die realen Aufwendungen in der zweiten Jahreshälfte um 3% niedriger als in der ersten. Schwach war insbesondere die Nachfrage nach Fahrzeugen und Möbeln, relativ kräftig jene nach Schmuck und langlebigen Freizeitgütern. Die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen übertraf im Jahr 2001 das reale Vorjahresniveau um 1,9%.

Wie schon in den letzten Jahren wurde für Kommunikation („Handy-Boom“) und Konsumation in Gaststätten sowie für Beherbergungsleistungen deutlich mehr ausgegeben als 2000; die merkliche Verlangsamung des Anstiegs im Bereich der Kommunikation lässt aber auf gewisse Sättigungstendenzen schließen. Überdurchschnittlich wuchsen auch die Aufwendungen für Bekleidung und Schuhe sowie die Ausgaben der Österreicher im Ausland. Rückläufig waren hingegen die Ausgaben für Tabak und alkoholische Getränke sowie Transport.

UMSATZEINBUSSEN IM HANDEL STATISTISCH ÜBERZEICHNET

Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels hängt ab von den einzelhandelsrelevanten Ausgaben der Österreicher im Inland und jenen ausländischer Touristen in Österreich. Der Geschäftsgang im Großhandel wird neben der Entwicklung des Konsums auch von jener der Industrieproduktion und des Außenhandels geprägt. Sein Geschäftsgang ist konjunkturreaktiver als der des Einzelhandels. Die Verschlechterung der internationalen Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2001 sollte sich daher im Großhandel stärker niederschlagen als im Einzelhandel.

Die Umsätze gingen – entsprechend diesen Erwartungen – 2001 im Großhandel (ohne Kfz) nach Angaben von Statistik Austria mit real -4% stärker zurück als im Einzelhandel (ohne Kfz -0,8%; Handel insgesamt -2,8%). Die überdurchschnittlichen Umsatzeinbußen im Kfz-Handel (-2,1%) können durch die höhere Konjunkturrempfindlichkeit der Pkw-Nachfrage erklärt werden.

Entwicklung der Umsätze im Handel

Ø 1995 = 100

	Nominell				Real			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
2000	+5,7	+0,2	+8,9	+2,6	+2,7	-2,1	+4,6	+1,8
2001	-2,0	-1,0	-3,4	+0,4	-2,8	-2,1	-4,0	-0,8
1. Halbjahr	+0,3	-1,4	+0,3	+1,6	-1,6	-2,9	-2,0	+0,2
2. Halbjahr	-4,2	-0,5	-6,8	-0,7	-4,0	-1,3	-5,7	-1,7
I. Quartal	+1,5	-0,5	+1,4	+3,3	-0,4	-1,9	-1,0	+2,2
II. Quartal	-0,8	-2,2	-0,7	+0,1	-2,7	-3,7	-3,0	-1,7
III. Quartal	-3,0	+0,1	-4,6	-0,9	-3,3	-0,9	-4,7	-1,6
IV. Quartal	-5,3	-1,0	-8,7	-0,5	-4,6	-1,6	-6,6	-1,8

Q: Statistik Austria.

Schwer in Einklang zu bringen ist die (aus Stichproben ermittelte) Umsatzentwicklung im Einzel- und Großhandel mit der Beschäftigungsentwicklung⁴⁾ in diesen Bereichen (laut der Vollerhebung durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger). Demnach stieg die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel im Jahr 2001 um 1,1%, im Großhandel um 1,6%. In Teilbereichen wird dieser Anstieg auf eine Ausweitung der Teilzeitarbeit sowie der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen sein – ein Phänomen, das schon in den letzten Jahren zu beobachten war. Gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten würde sich entsprechend der aktuellen Datenlage ein Produktivitätsrückgang im Einzelhandel von 1,9% ergeben, im Großhandel von 5,5%.

Da in der Beschäftigtenstatistik Personen und nicht Vollzeitäquivalente erhoben werden, wird die Produktivitätsentwicklung so sicher unterschätzt. Im Zeitvergleich dürfte der Produktivitätsindikator aber die Entwicklung insbesondere für kurze Intervalle einigermaßen konsistent wiedergeben, weil wie erwähnt Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung schon länger steigende Tendenz haben.

⁴⁾ Die Stichprobendaten der Unselbständigen wurden auf die Ergebnisse des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger hochgerechnet und die Zahl der Selbständigen dazugeschätzt.

Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich Erklärungsbedarf für die starke Veränderung der Produktivität zwischen 2000 und 2001: Für 2000 liefert der Indikator für den Großhandel einen Anstieg um 3,6%, im Einzelhandel um 0,5%. Diese Drehung der Produktivitätsentwicklung erscheint unplausibel. Auch ist die Ausweitung des Personalstandes bei Umsatzrückgängen, wie sie in der Statistik zum Ausdruck kommt, nicht rational. Eher wäre in Phasen von Umsatzeinbußen das Horten von Personal zu erwarten.

Für die These, dass der Produktivitätsrückgang in Österreich im Jahr 2001 überzeichnet ist, spricht auch ein Vergleich mit der Entwicklung in Deutschland. Bei vergleichbarer Umsatzentwicklung (Einzelhandel real -0,1%, Großhandel -3,3%) sank die Produktivität gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten im Einzelhandel (-0,3%) kaum, im Großhandel (-1,9%) deutlich schwächer als in Österreich, wobei die Beschäftigung im Einzelhandel (+0,2%) stagnierte und im Großhandel (-1,4%) zurückging. Im Einzelhandel wurde also in Deutschland in Erwartung einer Verbesserung der Umsatzentwicklung (die Steuerreform sollte sich verzögert positiv auf die Konsumnachfrage auswirken) Personal gehalten, im Großhandel reagierten die Unternehmen auf die deutlichen Umsatzeinbußen mit Entlassungen.

Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel

	Preise (Ø1995 = 100)				Beschäftigte			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
2000	+2,9	+2,4	+4,0	+0,8	+1,2	+1,2	+1,0	+1,3
2001	+0,9	+1,1	+0,6	+1,3	+1,2	+0,5	+1,6	+1,1
1. Halbjahr	+2,0	+1,5	+2,4	+1,5	+1,4	+0,8	+1,9	+1,1
2. Halbjahr	-0,2	+0,8	-1,1	+1,0	+1,0	+0,3	+1,2	+1,0
I. Quartal	+1,9	+1,4	+2,5	+1,1	+1,4	+0,9	+2,2	+1,1
II. Quartal	+2,0	+1,5	+2,4	+1,8	+1,3	+0,7	+1,7	+1,2
III. Quartal	+0,3	+1,0	+0,1	+0,7	+1,2	+0,4	+1,5	+1,1
IV. Quartal	-0,8	+0,6	-2,3	+1,3	+0,8	+0,2	+0,9	+0,8

Q: Statistik Austria.

Während die Beschäftigungsdaten auf einer Vollerhebung beruhen, unterliegen die Umsatzzahlen als Stichprobenergebnisse unvermeidlichen Fehlern. Dass deshalb eher eine Verzerrung der ausgewiesenen Umsatzentwicklung die Ursache der unplausiblen Produktivitätsentwicklung im Jahr 2001 sein dürfte, legen auch eine detaillierte Analyse der von Statistik Austria ausgewiesenen Einzelhandelsumsätze und ein Vergleich mit anderen statistischen Quellen nahe.

Die Stichprobe von Statistik Austria liefert für das Jahr 2001 für den Einzelhandel ohne Nahrungs- und Genussmittel einen realen Umsatzzuwachs von 0,9%, der etwa den Erwartungen aufgrund der Konjunktorentwicklung entspricht, hingegen einen unplausibel hohen Umsatzrückgang von 6,1% für den Nahrungs- und Genussmittelhandel. Nach Erhebungen des IfGH (Institut für Gewerbe und Handelsforschung) sowie von AC Nielsen stagnierte der reale Umsatz im Nahrungs- und Genussmittelhandel im Jahr 2001 in Österreich⁵⁾; die Umsatzentwicklung laut Statistik Austria dürfte demnach nach unten verzerrt sein.

Auf Verzerrungen der Umsatzentwicklung im Einzel- und Großhandel weisen auch Modellrechnungen des WIFO hin, mit denen die Umsatzentwicklung bisher gut wiedergegeben werden konnte. In diesen Modellen wird die Veränderung der Handelsumsätze durch eine flexible Trend- und Konjunkturkomponente, Saisoneinflüsse, Verkaufstagseffekte sowie Sondereinflüsse (z. B. fiskalische Maßnahmen) erklärt. Sie liefern für das Jahr 2001 für den Einzelhandel eine um rund 1 Prozentpunkt günstigere Umsatzentwicklung als von Statistik Austria ausgewiesen, für den Großhandel eine um rund 2 Prozentpunkte bessere.

Die Preise stiegen im Jahr 2001 im Handel, gemessen an den impliziten Deflatoren laut Erhebungen von Statistik Austria, nicht zuletzt aufgrund der schwachen Nachfrageentwicklung mäßig (+0,9%). Überdurchschnittlich war der Preisanstieg im Einzelhandel (+1,3%), insbesondere im Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak (+4,5%).

Michael Wüger
Statistik: Martina Agwi

VERLANGSAMUNG DER INFLATION IM JAHR 2001

DIE ENTWICKLUNG DER PREISE IN DER EURO-ZONE

Einige jener Faktoren, die im Jahr 2000 und in den ersten Monaten 2001 die Inflation angeheizt hatten, erwiesen sich als vorübergehende Phänomene, und ihr Abklingen trug seit Herbst dazu bei, den Preisaufrtrieb zu

⁵⁾ In Deutschland ergab sich ein leichtes reales Umsatzplus.

Entwicklung der Preise

	Ø 1991/2001 Jährliche Veränderung in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	+0,7	+31,4	-10,9
Schillingbasis	+3,5	+51,7	- 8,5
Ohne Energierohstoffe	+0,7	+18,1	- 6,4
Nahrungs- und Genussmittel	+0,5	+ 3,4	- 5,7
Industrierohstoffe	+0,8	+24,2	- 6,6
Agrarische Industrierohstoffe	+0,4	+20,4	- 7,3
NE-Metalle	+1,0	+33,1	- 9,8
Energierohstoffe	+5,2	+73,9	- 9,4
Rohöl	+5,3	+79,5	-10,9
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+0,9	+ 3,3	+ 2,3
Investitionsgüter	-0,4	- 1,6	- 0,2
Intermediärgüter	+0,5	+ 6,9	+ 1,3

verlangsamen. Während die Rohölpreise laut HWWA-Index (auf Schillingbasis) nach einem steilen Anstieg im Jahr 2000 im I. Quartal 2001 noch um 6% über dem Vorjahresstand lagen, wurde Rohöl im IV. Quartal 2001

In der Euro-Zone stiegen die Preise im Jahr 2001 um 2,7%. Dieser Durchschnittswert verdeckt allerdings unterschiedliche Tendenzen im Jahresverlauf: Während sich die Inflation laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für die Euro-Zone bis Frühsommer auf über 3% beschleunigte, verlangsamte sich der Preisaufrtrieb im letzten Vierteljahr auf 2,2%.

um fast 37% billiger als im IV. Quartal des Vorjahres angeboten. Die inflationsdämpfenden Effekte der Verbilligung von Rohöl wurden zuerst in jenen Energiepreisen sichtbar, die im Warenkorb der Konsumenten enthalten sind; diese haben seit September 2001 sinkende Tendenz. Mit einiger Verzögerung zeigten sich die Entlastungswirkungen auch in den Preisen jener Waren und Dienstleistungen, deren Produktion relativ energieintensiv ist.

Deutlich verlangsamt hat sich auch der Preisaufrtrieb der Nahrungsmittel, allerdings erst gegen Ende 2001. Der Preisanstieg um 4,6% im Durchschnitt des Jahres 2001 im Euro-Währungsgebiet geht neben der Energieverteilung vor allem auf die Tierseuchen in einigen EU-Ländern zurück.

MÄSSIGER PREISANSTIEG IN ÖSTERREICH IM JAHR 2001

In Österreich betrug die Inflationsrate laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2001 2,3%. Österreich gehörte damit zu jenen Ländern der Euro-Zone, welche das größte Maß an Preisstabilität aufwiesen (Frankreich 1,8%, Österreich und Dänemark 2,3%).

Statistischer Hintergrund: Zwei Verbraucherpreisindizes

Seit 1997 wird für Österreich neben dem bisherigen Verbraucherpreisindex, der in der Folge „nationaler Verbraucherpreisindex“ oder kurz „VPI“ genannt wird, auch ein Verbraucherpreisindex veröffentlicht, dessen Aufbau mit jenem anderer EU-Länder vergleichbar ist und der die Grundlage für die Messung der Inflation in den Ländern der Währungsunion bildet; dieser Verbraucherpreisindex wird als „Harmonisierter Verbraucherpreisindex“ oder kurz „HVPI“ bezeichnet. Die Harmonisierten Verbraucherpreisindizes für die EU sowie für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden von Eurostat und von den EU-Staaten veröffentlicht.

Der HVPI misst die Preisentwicklung im Inland und berücksichtigt daher in der Gewichtung auch die Ausgaben nichtinländischer Haushalte auf dem inländischen Territorium (Ausgaben ausländischer Touristen). Dagegen fehlen einige Positionen, die im VPI enthalten sind, wie z. B. eigentümergenutztes Wohnen, die motorbezogene Versicherungssteuer und Glücksspiele. Diese Unterschiede spiegeln sich in unterschiedlichen Gewichten der einzelnen Verbrauchsgruppen¹⁾.

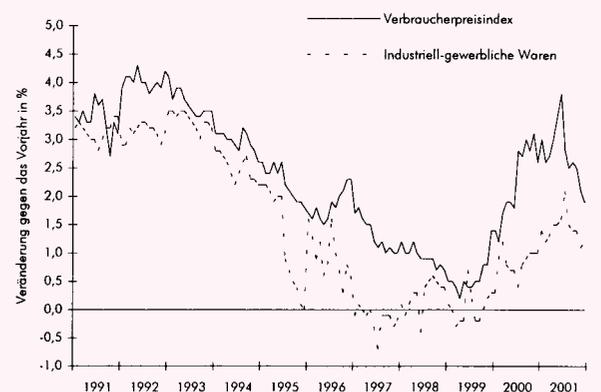
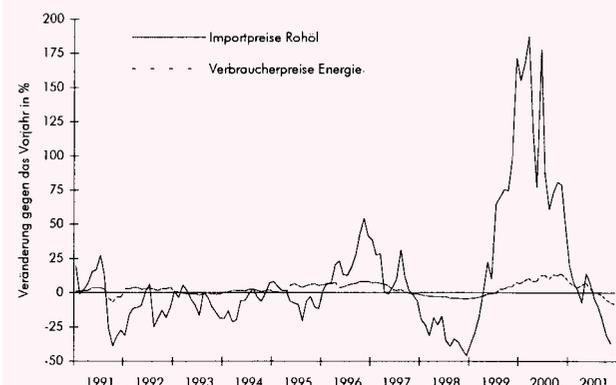
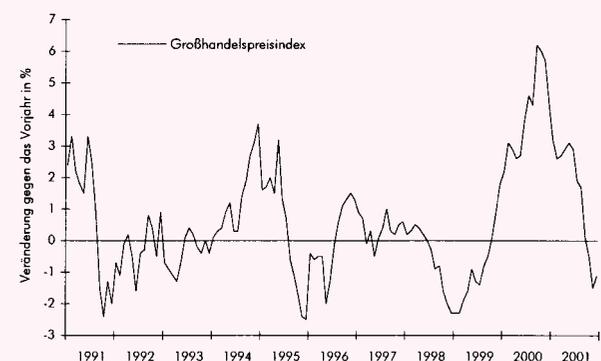
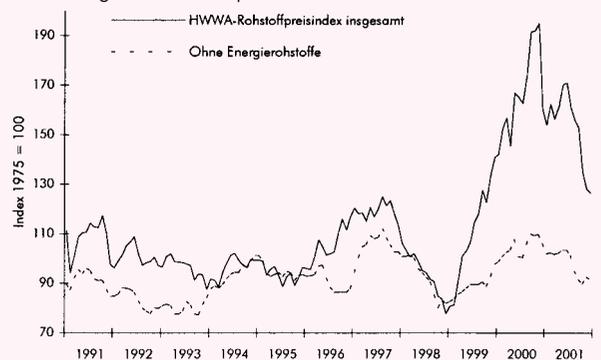
Im vorliegenden Bericht werden je nach Anwendungsgebiet sowohl der nationale VPI als auch der HVPI analysiert. Da der nationale VPI in der Tagesdiskussion nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, wird dieser Index in der Darstellung der Entwicklung in Österreich verwendet. Wenn es jedoch um Vergleiche mit anderen Ländern geht, wird der HVPI herangezogen.

¹⁾ Eine genaue Beschreibung der beiden Indizes bietet die Publikation von Statistik Austria, Der neue Verbraucherpreisindex. Nationaler und Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Wien, 2001.

Dieselben Faktoren, die im Euro-Raum im Jahresverlauf zuerst eine Beschleunigung, dann eine Verlangsamung der Inflation bewirkten, bestimmten auch in Österreich die Preisbewegung. Die Teuerungsrate stieg von 2,0% im I. Quartal auf 2,7% im II. Quartal, verringerte sich aber dann auf 2,5% im III. Quartal und erreichte im IV. Quartal wieder den Ausgangswert von 2,0%.

Der Preisauftrieb hielt sich im Jahr 2001 durchaus in jenem Rahmen, der durch die Verteuerung der Rohstoffe und die Angebotsbeschränkungen auf dem Agrarmarkt in der ersten Hälfte des Jahres, durch die Umkehrung dieser Trends in den Folgemonaten, die Schwäche des Euro und den Anstieg der Lohnkosten abgesteckt wird. Der Spielraum eventueller Euro-bedingter Teuerungseffekte ist also begrenzt. Genauere Aufschlüsse zu dieser Frage ergeben sich aus einem Vergleich mit Deutschland und der Schweiz sowie aus einer Aufgliederung der Komponenten des Verbraucherpreisindex.

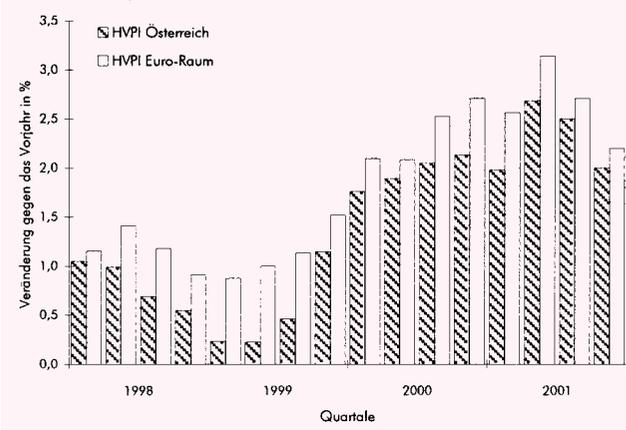
Entwicklung der Rohstoffpreise



VIELFÄLTIGE BEWEGUNGEN DER VERBRAUCHERPREISE

Die Inflationsrate von 2,7% (laut nationalem Verbraucherpreisindex) verbirgt eine Vielfalt von Preisänderun-

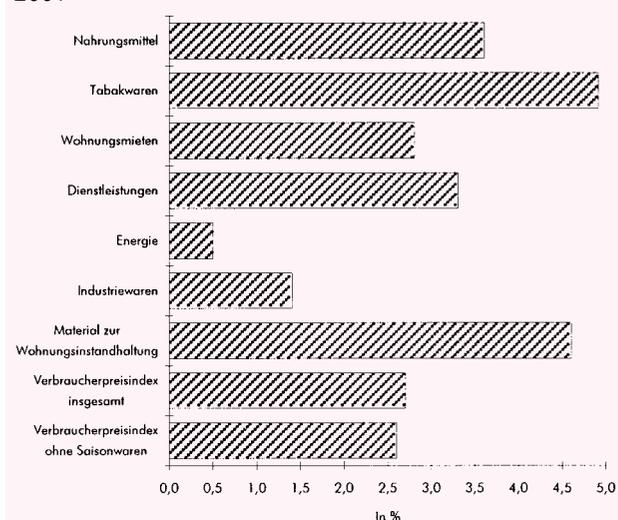
Verbraucherpreistrends in Österreich und im Euro-Raum



gen, wie sie an den Jahresveränderungsraten im Dezember 2001 beispielhaft abzulesen ist. Verteuerungen vieler Waren und Dienstleistungen stehen Verbilligungen gegenüber. Die Veränderungsrate reichen von $-40,7\%$ bis $+1.573,8\%$. Außerordentlich kräftig stiegen hauptsächlich Tarife und Gebühren sowie die Preise einzelner Obst- und Gemüsesorten. Unter den Waren, die sich stark verbilligten, finden sich neben dem PC vor allem Energieprodukte (wie Heizöl extra leicht, Dieseltreibstoff und Benzin).

Der Großteil der Preisveränderungsraten konzentrierte sich im Dezember 2001 um 2% ; für eine große Zahl

Teuerungsraten in den wichtigsten Verbrauchsgruppen im Jahr 2001



von Waren ergibt sich aber ein Preisrückgang – so verbilligten sich 32 Positionen um $1,0\%$ bis $1,9\%$. Die Teuerungsraten von 33 Positionen liegen im Bereich $+5,1\%$ bis $+6,0\%$.

PREISENTWICKLUNG UND DIE EINFÜHRUNG DES EURO

In den meisten Staaten der Europäischen Union bestanden in der Öffentlichkeit Befürchtungen, dass die Einführung des Euro als Bargeld mit Anfang 2002 zum Anlass für Preiserhöhungen genommen würde. Die Diskussion über die neue Währung sowie die Vorbereitungsarbeiten zur Währungsumstellung fielen in einen Zeitraum, in welchem sich der Preisaufruf rasch beschleunigte. Diese zeitliche Überlappung förderte daher die Vorstellung, dass der Anstieg der Inflation ursächlich mit der Währungsumstellung verknüpft sei.

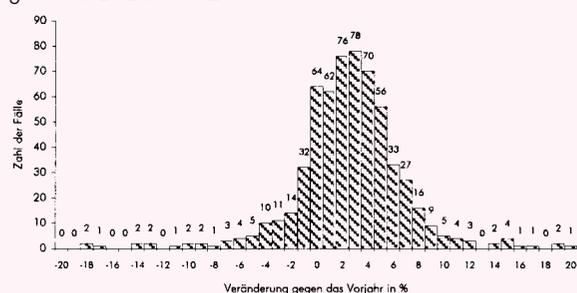
Eine Analyse der Preisentwicklung von Nahrungsmitteln sowie von Industriewaren für das Jahr 2001 ergab keine eindeutigen Hinweise auf eine solche Welle von Euro-in-

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1991/2001 Jährliche Veränderung in %	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	.	+ 2,0	+2,3
Kerninflationsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex ¹⁾	.	+ 0,8	+2,3
Nationaler Verbraucherpreisindex	+2,2	+ 2,4	+2,7
Saisonwaren	+1,1	+ 3,3	+7,4
Verbraucherpreisindex ohne Saisonwaren	+2,3	+ 2,3	+2,6
Verbraucherpreisindex ohne Energie	+2,2	+ 1,6	+2,8
Verbrauchsgruppen			
Ernährung und Getränke	+1,7	+ 1,0	+3,3
Tabakwaren	+3,0	+ 4,0	+4,9
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+3,8	+ 2,0	+2,9
Beleuchtung und Beheizung	+1,8	+ 6,5	+3,2
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+1,5	+ 0,9	+1,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+1,3	+ 0,2	+1,6
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+1,8	+ 1,2	+2,3
Körper- und Gesundheitspflege	+3,2	+ 2,2	+4,4
Freizeit und Bildung	+2,1	+ 1,9	+2,4
Verkehr	+2,3	+ 5,3	+1,9
Gliederung nach Warenart			
Nahrungsmittel	+1,2	+ 0,6	+3,1
Tabakwaren	+3,0	+ 4,0	+4,9
Industrielle und gewerbliche Waren	+1,2	+ 0,8	+1,4
Dienstleistungen	+3,0	+ 2,7	+3,3
Persönliche Dienstleistungen	.	.	+2,7
Institutionelle Dienstleistungen ²⁾	.	.	+4,0
Energie	+2,5	+10,7	+0,5
Mieten	+4,5	+ 1,7	+2,8
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung ³⁾	.	.	+3,8

¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Mit Abgaben (Gebühren für Wasser, Kanal, Müllabfuhr und Rauchfangkehrer). – ³⁾ Ohne Abgaben.

Verteilung der Veränderungsrate im Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000



In der Abbildung sind jene Positionen, die sich um mehr als 20% verteuerten (Studiengebühr $+1.573,8\%$, Krankenscheingebühr $+108,0\%$, allgemeine Mautgebühr $+81,8\%$, Gurken $+60,3\%$, elektrischer Strom – Grundgebühr $+45,0\%$, PC-CDRom-Spiel $+34,6\%$, Zucchini $+34,1\%$, Kiwi $+26,3\%$, Spitalskosten – allgemein $+25,7\%$, Ananaserdbeeren $+24,9\%$), und Positionen, die sich um mehr als 20% verbilligten (PC $-40,7\%$, Heizöl extra leicht – Großabnahme $-23,6\%$) nicht enthalten.

duzierten Preiserhöhungen im Vorfeld der Euro-Bargeldeinführung. Dieser Befund wird durch Vergleiche mit Deutschland und der Schweiz bestätigt¹⁾).

STARKE BESCHLEUNIGUNG DER INFLATION IM JÄNNER 2002

Nach der Bargeldeinführung des Euro im Jänner 2002 wurden in den meisten Ländern des Euro-Raums teilweise beträchtliche Preiserhöhungen beobachtet. Im Durchschnitt der Euro-Zone stieg die Teuerungsrate auf 2,7%, nach 2,0% im Dezember 2001. Ein großer Teil des Preissprungs von Dezember 2001 auf Jänner 2002 ist der kräftigen Verteuerung von Obst und Gemüse zuzuschreiben. In einigen Ländern ließen auch Steuererhöhungen die Inflationsrate steigen. Darüber hinaus geht ein Teil der Verteuerung im Jänner 2002 gegenüber dem Vormonat auf regelmäßig zu Jahresbeginn beobachtete Preisfestsetzungen zurück; auch die durch die Euro-Umstellung ausgelöste Neuauszeichnung von Preisen dürfte dazu beigetragen haben.

Eine genaue Zuordnung der einzelnen Effekte ist jedoch nicht möglich. Dies würde umfangreiche Studien zur Entwicklung der Kosten und der Marktstruktur erfordern. Auch weniger aufwendige Analysen liefern aber Hinweise, welche die Befürchtungen eines großen Euro-Preissprungs widerlegen. Dies gilt für das gesamte Währungsgebiet und insbesondere für Österreich.

Zum einen wies Österreich in den letzten Monaten eine günstige Preisentwicklung auf: Mit einer Inflationsrate laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex von 2,0% lag es im Jänner 2002 an der Spitze der Länder, die ein großes Maß an Preisstabilität aufweisen. Diese Verlangsamung der Inflation entspricht weitgehend jener Entwicklung, die aufgrund des Verlaufs der wichtigsten Determinanten der Verbraucherpreise erwartet wurde. Für eventuelle Euro-Effekte bleibt somit nur wenig Spielraum.

Zum anderen liefern auch eine Analyse der Preisbewegung einzelner Untergruppen des Verbraucherpreisindex sowie ein Vergleich mit der Schweiz und Deutschland keine Hinweise auf eine durch die Umstellung des Bargeldes von Schilling auf Euro ausgelöste Preiswelle.

Preiserhöhungen in einzelnen Bereichen (z. B. gewisse Leistungen von Restaurants und Cafés, einzelne Gruppen von Industrieerzeugnissen) können noch nicht eindeutig zugeordnet werden. Das Ausmaß dieser Teuerung ist allerdings gering. Sollten jedoch kräftige Preiserhöhungen eingetreten sein, wie sie von Konsumenten mitunter gemeldet wurden, so dürften dies Einzelfälle

¹⁾ Siehe dazu Pollan, W., „Preisentwicklung und die Einführung des Euro“, WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(12), S. 749-760 (http://titon.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20965), und die WIFO-Website „Euro-Monitoring“ (<http://www.wifo.ac.at/euromonitoring>).

sein, die wegen ihres kleinen Anteils an den Ausgaben der Konsumenten nur in geringem Maß in der Inflationsrate durchschlagen. Eine endgültige Analyse kann erst Mitte des Jahres bei Vorliegen weiterer Daten erfolgen.

Im Februar entspannte sich die Lage wieder. Der nationale Verbraucherpreis weist für Österreich eine Inflationsrate von 1,9%, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex von 1,7% aus. Auch in der Euro-Zone verlangsamte sich der Preisauftrieb auf 2,4%.

WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG SCHLÄGT SICH IN DER HERBSTLOHNRUNDE 2001 NIEDER

Die Konjunkturabschwächung im Jahr 2001 schlug sich in den Lohnabschlüssen nieder: Trotz höherer Teuerungsraten als im Jahr davor blieben in der Herbstlohnrunde 2001 die Abschlüsse deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück. Die günstige Konjunkturlage des Jahres 2000, die sich im Herbst in den Lohnabschlüssen spiegelte, wirkte bis in die Frühjahrslohnrunde nach und stärkte die Verdienstentwicklung 2001. Trotz einer markanten Abschwächung des Wachstums stiegen damit die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer mit +2,8% um gut ¼ Prozentpunkt stärker als im Hochkonjunkturjahr 2000.

Die Herbstlohnrunde 2000 stand im öffentlichen Dienst im Zeichen der Budgetkonsolidierung und in der Privatwirtschaft unter dem Einfluss der guten Konjunktur und einer Beschleunigung der Inflation durch den Energiepreisanstieg. Der öffentliche Dienst vereinbarte mit Jahresbeginn 2001 die einheitliche Anhebung der Gehälter um 500 S (36,34 €) pro Monat (im Durchschnitt rund +1,6%) und für 2002 eine Erhöhung um 0,8%; eine Verstärkung des Preisauftriebs gegenüber der zum Zeitpunkt des Abschlusses prognostizierten Inflationsrate soll in den Verhandlungen Ende 2002 berücksichtigt werden.

In der Metallindustrie wurden die Mindestlöhne um 3,7% – mindestens aber um 650 S (47,24 €) – angehoben. Der Ist-Lohnabschluss sah eine Erhöhung der Ist-Löhne um 3,4% vor, bot aber wie schon in früheren Jahren wieder die Möglichkeit einer Verteilungsoption: Bei Einigung mit dem Betriebsrat über individuelle Anhebungen im Umfang von ½% der Lohnsumme sollte die allgemeine Ist-Lohnanpassung +3,2% betragen. Für die Arbeiter des metall- und eisenverarbeitenden Gewerbes wurde eine Steigerung der Kollektivvertragslöhne um 3,7% und der Ist-Löhne um 2,7% vereinbart.

Lohnrunde 2001

	Kollektivvertragsabschluss	
	Zeitpunkt	Ist-Löhne Erhöhung in %
Bedienstete		
Öffentlicher Dienst	Jänner	+2,3
Arbeiter		
Metallgewerbe	Jänner	+3,7 +2,7
Erdölverarbeitung	Februar	+3,4 +3,0 ²⁾
Druck und Grafik	April	+2,9
Textilindustrie	April	+2,7 +2,4
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,8 +2,3
Bauwirtschaft	Mai	+2,9
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+2,7
Holz- und Sägeindustrie	Mai	+2,7 +2,6
Chemische Industrie	Mai	+3,1 +2,8 ³⁾
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,6
Glasindustrie	Juni	+3,0 ⁴⁾
Metallindustrie	November	+3,0 +2,9 ⁵⁾
Energiewirtschaft	November	+3,9
Angestellte		
Handel	Jänner	+2,7
Banken	Februar	+2,9
Holz- und Sägeindustrie	April	+2,6 +2,5
Versicherungen	April	+2,8
Textilindustrie	April	+2,7 +2,4
Papierindustrie	November	+3,4 +3,2 ⁶⁾
Glasindustrie	November	+2,9 +2,7 ⁷⁾
Chemische Industrie	November	+2,9 +2,8 ⁸⁾
Metallindustrie	November	+3,0 +2,9 ⁹⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+2,9 +2,3 ⁹⁾
Papierverarbeitung	November	+2,8 +2,5
Energiewirtschaft	November	+3,6 +3,1 ¹⁰⁾

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Einmalzahlung von 8.000 S (581,38 €). – ³⁾ Einmalzahlung von 3.000 S (218,02 €). – ⁴⁾ Jänner +0,3%, Juni +2,7%. – ⁵⁾ Mindestens 600 S (43,60 €). – ⁶⁾ Mindestens 750 S (54,50 €). – ⁷⁾ Verteilungsoption: 2,5% + 0,5% der Gehaltssumme. – ⁸⁾ Verteilungsoption: mindestens 2,6% + 0,5% der Gehaltssumme, mindestens aber 700 S (50,87 €). – ⁹⁾ Erhöhung der Ist-Gehälter um 1% und weitere 475 S (34,52 €). – ¹⁰⁾ Verteilungsoption: Die Gehaltssumme kann um 3,4% erhöht werden, wobei die Ist-Erhöhung mindestens 2,9% betragen muss; 0,5% der Gehaltssumme können individuell verteilt werden.

Die Gehaltsabschlüsse der Industrieangestellten, die gemeinsam mit den Metallarbeitern ausgehandelt werden, folgten für die Metallindustrie jenem der Arbeiter, divergierten aber für die anderen Branchen erheblich: Nur für die Angestellten der chemischen Industrie und der Energiewirtschaft wurde auch eine Erhöhung der Mindestgehälter von über 3% (+3,4% bzw. +3,3%) erzielt, die Anhebung der Kollektivvertragsgehälter der anderen Branchen blieb deutlich darunter (Papierindustrie +2,5%, papierverarbeitende und Glasindustrie +2,7%, Stein- und keramische Industrie +2,8%). Auch die Anpassung der Ist-Gehälter fiel mit Ausnahme der chemischen Industrie (+2,6%) um gut 1 Prozentpunkt niedriger aus als der Abschluss für die Metallarbeiter (Glasindustrie und Papierverarbeitung +2,1%, Stein- und keramische Industrie +2,2%).

Die Gehälter der 350.000 Handelsangestellten wurden mit Jahresbeginn 2001 – je nach ihrer Höhe – um 2,4% bis 3,0% (für die niedrigsten) angehoben. Für die Bediensteten der Post sieht ein zweijähriger Abschluss eine Steigerung der Kollektivvertragsgehälter mit 1. Jänner 2001 um 2,3% – aber mindestens um 525 S (38,15 €) – und mit 1. Jänner 2002 um 39,07 € pro Monat vor. Im Telekommunikationssektor wurde erstmals ein Kollektivvertrag geschlossen, die Ist-Gehälter wurden Anfang

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	2000	2001	2000	2001	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+2,3	+ 3,0	+1,9 ¹⁾	+2,5 ¹⁾	+2,0	+2,7
Ohne öffentlichen Dienst	+2,3	+ 3,0	+2,0 ¹⁾	+2,7 ¹⁾	+2,1	+2,8
Gewerbe	+2,4	+ 2,6	+1,8	+2,3	+2,2	+2,5
Baugewerbe	+2,6	+ 2,6	+2,4	+2,4	+2,5	+2,5
Industrie	+2,4	+ 3,1	+2,4	+3,3	+2,4	+3,2
Handel	+1,7	+ 2,9	+1,8	+2,7	+1,8	+2,7
Verkehr	+1,8	+ 2,1	+1,6 ¹⁾	+1,9 ¹⁾	+1,6	+1,9
Fremdenverkehr	+2,1	+ 2,4	+1,6	+2,9	+2,0	+2,5
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+1,4	+2,7	+1,4	+2,7
Freie Berufe	.	.	+3,5	+2,4	+3,5	+2,4
Land- und Forstwirtschaft	+1,5	+12,4 ²⁾	+1,7	+2,3	+1,6	+8,9
Öffentlicher Dienst	.	.	+1,6 ³⁾	+2,3 ³⁾	+1,6	+2,3

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Die Entlohnungsmodalitäten wurden im Zuge der Ausgliederung verändert. Kollektivvertragslöhne der Bundesforste 2001 +2,3%. – ³⁾ Bedienstete.

2001 um 2,75% bzw. mindestens 1.000 S (72,67 €) erhöht.

Zu Jahresbeginn sahen Abschlüsse für das graphische Gewerbe und die Arbeiter der papier- und pappeverarbeitenden Industrie eine Zunahme der Mindestlöhne um 3,0% vor, und in der Textilindustrie wurden mit April 2001 die Mindestlöhne um +2,7% und die Ist-Löhne um +2,4% angepasst. Im weiteren Verlauf der Frühjahrslohnrunde folgte eine Reihe von zweijährigen Abschlüssen: Im Hotel- und Gastgewerbe wurden ein Mindestlohn von 1.000 € – d. h. für die niedrigste Lohngruppe ein Plus von 10% – und jeweils ab 1. Mai 2001 und 2002 Gehaltserhöhungen um 2,0% vereinbart. Auch die anderen mehrjährigen Abschlüsse treten jeweils am 1. Mai mit folgenden Mindestlohnhebungen in Kraft: In der Bauwirtschaft lauten die Abschlüsse für 2001 +2,9%, für 2002 +2,8%, im Bauhilfs- und Baunebengewerbe +2,7% bzw. +2,55%; die Vereinbarungen in der Stein- und keramischen Industrie sehen Steigerungssätze von 2,8% für die Kollektivvertragslöhne bzw. 2,3% für die Ist-Löhne 2001 und 2,7% bzw. 2,1% für 2002 vor, jene der Holz-, Säge- und Faserplattenindustrie Mindestlohnhebungen von 2,7% für 2001 und 2,65% für 2002 sowie Ist-Lohnsteigerungen von 2,6% bzw. 2,4%.

Die tariflichen Mindestlöhne erhöhten sich laut Tariflohnindex im Jahresdurchschnitt 2001 in der Gesamtwirtschaft mit +2,7% um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte stärker als im Jahr davor. Die Lohnentwicklung war sowohl nach Wirtschaftszweigen als auch zwischen Arbeitern und Angestellten relativ uneinheitlich: Wie schon im Vorjahr blieben die Tariflöhne in den Verkehrsbetrieben und im öffentlichen Dienst mit +1,9% bzw. +2,3% am stärksten hinter der Industrie (+3,2%) bzw. dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ohne öffentlichen Sektor (+2,8%) zurück. Im Handel und im Finanzsektor stiegen sie durchschnittlich (+2,7%), im Gewerbe, der Bauwirtschaft und dem Tourismus (+2,5%) sowie den freien Berufen (+2,4%) etwas schwächer. In der Land- und Forst-

Effektivverdienste

	1999 In €	2000 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2001 ¹⁾
ÖNACE			
Produzierender Bereich			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.426,77	+2,2	+2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,49	+2,3	+2,7
Sachgüterproduktion			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.442,52	+2,2	+2,7
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	14,60	+2,3	+2,9
Bauwesen			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.189,68	+2,3	+2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	13,10	+2,3	+2,5
Fachverbandsgliederung			
Industrie			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	2.614,49	+2,4	+2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	15,53	+2,5	+2,8

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Durchschnitt Jänner bis November.

wirtschaft haben sich mit der Ausgliederung der Bundesforste die Entlohnungsmodalitäten der Arbeiter verändert; die Tariflöhne waren in der Folge 2001 um 8,9% höher als 2000. Wie schon im Vorjahr nahmen die Tariflöhne der Arbeiter (+3,0%) stärker zu als die Mindestgehälter der Angestellten (+2,5%).

Trotz einer Beschleunigung des Lohnwachstums in den letzten drei Jahren spiegeln sich die markante Konjunkturabschwächung und die Einsparungen im öffentlichen Dienst deutlich in der Verdienstentwicklung. Die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme dürfte nach +3³/₄% im Vorjahr nach den vorläufigen Berechnungen 2001 um nur 3¹/₄% gestiegen sein. Dabei blieb die öffentliche Lohn- und Gehaltssumme durch Personaleinsparungen und niedrigere Gehaltszuwächse mit +0,8% beträchtlich hinter der Entwicklung in der Privatwirtschaft zurück, die mit voraussichtlich +3,9% um nur ¹/₄ Prozentpunkt unter dem Vergleichswert des Vorjahres lag. Nach einer positiven gesamtwirtschaftlichen Lohndrift von ¹/₂ Prozentpunkt im Jahr 2000 dürften sich die Effektivverdienste pro Kopf 2001 mit +2,8% kaum dynamischer als die Tariflöhne (+2,7%) entwickelt haben. Hatte die Bruttorealohnsteigerung in den letzten zwei Jahren rund 1% betragen, so dürfte sie 2001 nur 0,4% erreicht haben. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sollten real nahezu unverändert geblieben sein (-0,2%).

Im gesamten produzierenden Bereich laut ÖNACE-Gliederung entwickelten sich die Monatsverdienste mit einer Rate von +2,6% relativ einheitlich (Sachgüterproduktion und Bauwesen +2,7%). Auch in der Industrie laut Fachverbandsgliederung stiegen die Monatsverdienste 2,6% und die Stundenverdienste je Beschäftigten um 2,8%; bei einem Tariflohnwachstum von 3,2% ergibt sich damit in der Industrie eine negative Lohndrift von rund ¹/₂ Prozentpunkt, während die Bauwirtschaft, die von der Konjunkturverschlechterung überdurchschnittlich betroffen war, wie die Gesamtwirtschaft keine negative Lohndrift auswies.

Löhne und Einkommen

	1999	2000	2001
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+2,0	+2,5	+2,8
Brutto real ¹⁾	+1,2	+1,0	+0,4
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto	+3,7	+3,7	+3,3
Masseneinkommen, netto²⁾			
Nominell	+3,7	+4,3	+2,5
Real ¹⁾	+2,9	+2,7	+0,1

¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Vorläufige Berechnung.

STAGNATION DER REALEN NETTOMASSEN-EINKOMMEN

Durch das Nachlassen der Beschäftigungszuwächse blieb 2001 trotz höherer Lohnsteigerungen das Lohnsummenwachstum mit +3,3% hinter dem des Vorjahres zurück. Unter den Rahmenbedingungen der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde die Bruttoeinkommensentwicklung durch höhere Abzüge (Reduktion der Absetzbeträge, höhere Besteuerung von Urlaubsabläsen, Besteuerung der Unfallrenten, Änderungen in der beitragsfreien Mitversicherung u. a.) und geringere Transferleistungen (Kürzungen des Arbeitslosengeldes, der Familienzuschläge, Früh-, Hinterbliebenen-, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen) netto weiter gedämpft. Mit +2,5% wuchsen die Transferleistungen 2001 um rund 1 Prozentpunkt langsamer als 2000, während die Zunahme der Abzüge sich mit +4³/₄% um rund 3 Prozentpunkte beschleunigte. Die Nettomasseneinkommen stiegen (nach +4,3% im Jahr 2000) 2001 nominell um nur 2,5% und stagnierten real (+0,1%).

HERBSTLOHNRUNDE 2001

Die Herbstlohnrunde 2001 stand unter dem Eindruck hoher Inflationsraten und gedämpfter Konjunkturerwartungen: Die Labilität der Weltkonjunktur wurde durch die Terroranschläge in den USA am 11. September noch verstärkt; im Inland bildeten die Einsparungen im öffentlichen Sektor zur Erreichung des Nulldefizits die bestimmenden Rahmenbedingungen. Die Herbstlohnrunde begann auch mit geänderten institutionellen Voraussetzungen, da die Elektro- und Elektronikindustrie bereits im Vorfeld die Tarifgemeinschaft mit der Metallindustrie verlassen hatte und entgegen der langjährigen Tradition eigene Tarifverhandlungen durchsetzte.

Trotz dieses schwierigen makroökonomischen und institutionellen Umfelds wurde die Herbstlohnrunde, eröffnet wieder von den Metallarbeitern und den Industrieangestellten, im traditionell kooperativen Klima der österreichischen Sozialpartnerschaft durchgeführt: Der Abschluss der Metallindustrie sieht eine Anhebung der tarifvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter um 3,0%

und der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9%, mindestens aber 43,6 € vor. Die Elektro- und Elektronikindustrie schloss unmittelbar danach mit denselben Zuwachsraten, aber einer Mindestanhebung um 47,24 € und einer Verteilungsoption im Umfang von 0,5% der Lohnsumme bei einer Mindesterrhöhung um 2,7% ab. Die Mindestlöhne betragen nunmehr für Metallarbeiter sowie für die Arbeiter in der Elektro- und Elektronikindustrie 1.187,92 € pro Monat. Für das Metallgewerbe wurde eine Anhebung der Kollektivvertragslöhne um 3,0% und der Ist-Löhne um 2,7% vereinbart.

Im Handel einigten sich die Tarifparteien nach schwierigen Verhandlungen über die Forderung nach realen Einkommensverbesserungen und beiderseitige arbeitsrechtliche Änderungswünsche auf eine Anhebung der niedrigsten Gehälter um 2,85% abflachend auf +2,3% für höhere Löhne. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 2,51%. Für die Angestellten im Telekommunikationssektor wurden neben rahmenrechtlichen Verbesserungen (z. B. Einbeziehung der Überstunden in die Berechnung der Sonderzahlungen) eine Erhöhung der Ist-Gehälter um 2,6% (höchstens 75 €) und eine Einmalzahlung von 100 € vereinbart.

Der neue Kollektivvertrag für die Beschäftigten der Kreditinstitute sieht eine Gehaltserhöhung um 2,5% plus 5,5 € mit 1. Februar 2002 vor, woraus sich eine Steigerung der niedrigsten Gehälter um 3,53% und der höchsten um 2,65% ergibt.

Die Abschlüsse seit Jahresbeginn folgen im Wesentlichen der im Herbst vorgegebenen Linie: In der Mineralölindustrie wurden die Kollektivvertrags- und die Ist-Löhne um 2,9% angehoben, die Gehälter der Beschäftigten von Tages- und Wochenzeiteuren um durchschnittlich 2,97% (+3,54% für die niedrigsten, +2,7% die höchsten). Die Kollektivverträge der Versicherungswirtschaft sehen für die Mitarbeiter des Innendienstes eine Steigerungsrate von +2,87% und für jene des Außendienstes von +2,9% vor.

Nach sehr schwierigen – von Betriebsversammlungen und einer österreichweiten Betriebsrätekonferenz begleitet – Verhandlungen, die neben der Gehaltsforderung auch umfangreiche Änderungswünsche von beiden Seiten zum Dienstrecht betrafen, einigten sich Mitte Februar die Tarifparteien für die Angestellten der Sozialversicherungen auf eine Erhöhung der Kollektivvertragsgehälter rückwirkend mit 1. Jänner 2002 um 2,76% und mit 1. Jänner 2003 um 0,9%; die Differenz der Inflationsrate im Jahr 2004 gegenüber 2002 soll unabhängig von den dann vereinbarten Lohnerhöhungen berücksichtigt werden.

Mit 1. April 2002 werden die Kollektivvertragsgehälter im graphischen Gewerbe um 2,7% angehoben. Der neue Kollektivvertragsabschluss für die Speditionsangestellten sieht zum selben Zeitpunkt eine Steigerung des

Mindestgehalts auf 1.100 € und eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 2,5% vor.

Laut Tariflohnindex ergibt sich für die ersten zwei Monate 2002 ein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Tariflöhne um 2,5% (Privatwirtschaft +2,8%, öffentlicher Dienst +1,1%).

Alois Guger, Wolfgang Pollan
Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT BEI MERKLICHER ABSCHWÄCHUNG DES BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUMS

Die abflauende Konjunktur spiegelte sich im Laufe des Jahres 2001 deutlich auf dem Arbeitsmarkt. Im I. Quartal sank die Arbeitslosigkeit gegenüber dem I. Quartal 2000 noch um 15.800. Bis zum IV. Quartal trat eine markante Trendwende ein: Die Zahl der Arbeitssuchenden war um 35.800 höher als im Vorjahr, das Beschäftigungswachstum verlangsamte sich auf +4.900. Strukturverschiebungen wie der Rückgang der Vollzeit-arbeitsplätze und Änderungen der Qualifikationsanforderungen wurden dadurch stärker sichtbar.

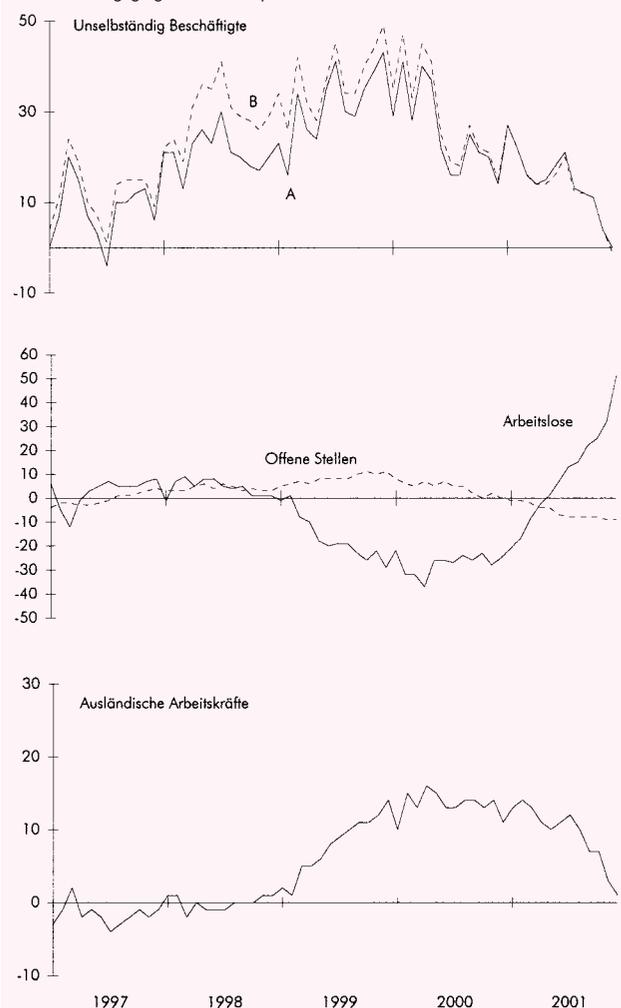
Der Arbeitsmarkt im Überblick 1997 bis 2001

	1997	1998	1999	2000	2001
Erwerbstätige	3,424.500	3,446.600	3,478.800	3,506.500	3,522.500
Männer	1,970.300	1,974.000	1,985.200	1,988.100	1,978.400
Frauen	1,454.200	1,472.600	1,493.600	1,518.400	1,544.000
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3,055.600	3,076.700	3,107.900	3,133.700	3,148.200
Männer	1,739.600	1,744.400	1,754.800	1,757.000	1,747.700
Frauen	1,316.000	1,332.300	1,353.100	1,376.700	1,400.400
Selbständige und Mithelfende ²⁾	368.900	369.900	370.900	372.800	374.300
Männer	230.700	229.600	230.400	231.100	230.700
Frauen	138.200	140.300	140.500	141.700	143.600
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	233.300	237.800	221.700	194.300	203.900
Männer	128.600	129.400	121.500	107.500	115.300
Frauen	104.800	108.400	100.200	86.800	88.600
Erwerbspersonen	3,657.800	3,684.400	3,700.500	3,700.900	3,726.300
Männer	2,098.900	2,103.400	2,106.700	2,095.600	2,093.700
Frauen	1,559.000	1,580.900	1,593.800	1,605.200	1,632.600
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote ⁴⁾	67,2	67,6	67,6	67,3	67,5
Männer	76,5	76,6	76,5	75,7	75,3
Frauen	57,8	58,5	58,7	58,8	59,5
Beschäftigungsquote ⁵⁾	62,9	63,2	63,6	63,8	63,8
Männer	71,8	71,9	72,0	71,8	71,2
Frauen	54,0	54,5	55,0	55,7	56,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ³⁾	7,1	7,2	6,7	5,8	6,1
Männer	6,9	6,9	6,5	5,8	6,2
Frauen	7,4	7,5	6,9	5,9	5,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Erwerbspersonen. – ⁵⁾ Erwerbstätige.

Der Arbeitsmarkt seit 1997

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A... offizielle Daten (einschließlich Karenzgeldbezieher), B... ohne Karenzgeldbezieher. – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Bezugsdauer von Karenzgeld stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich.

Der Beschäftigungsanstieg verlangsamte sich im Laufe des Jahres 2001 zusehends. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg um nur noch rund 16.000. Mit +14.400 trug dazu insbesondere die unselbständige Beschäftigung (über der Geringfügigkeitsgrenze) bei, die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden erhöhte sich insgesamt nur leicht. Dabei wurde – wie in den vergangenen Jahren – der Rückgang der Selbständigenzahl in der Land- und Forstwirtschaft vom Zuwachs in den anderen Bereichen mehr als wettgemacht.

Nachdem das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2000 trotz des Konjunkturaufschwungs – und damit atypisch – stagniert hatte¹⁾, war 2001 bei abflauernder Konjunktur eine markante Zunahme zu verzeichnen (+0,7% bzw. +25.500). Sie betraf ausschließlich Frauen, die Zahl der männlichen Erwerbspersonen ging leicht zurück. Et-

¹⁾ Teilweise bedingt durch administrative Faktoren in der Erfassung der unselbständigen Beschäftigung – Bereinigung bei Krankenfürsorgeanstalten.

was mehr als die Hälfte der Ausweitung beruhte auf einem Zuwachs der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, der aus einem Beschäftigungsanstieg von EWR-Staatsangehörigen, den Effekten des Integrationserlasses sowie der Erhöhung der Saisonkontingente resultierte.

Zu 38% ging die Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt einher, zu 62% war sie von Beschäftigungswachstum getragen. Bei leicht steigender Erwerbsquote stagnierte in Folge die Beschäftigungsquote bei 63,8%, die Arbeitslosenquote laut administrativer Statistik erhöhte sich von 5,8% auf 6,1%.

Der Trend zur Alterung des Erwerbspotentials setzte sich 2001 fort. Er wurde verstärkt durch die Verringerung der Erwerbsbeteiligung jüngerer Altersgruppen (bis 24 Jahre) und die wachsende Erwerbsbeteiligung älterer Kohorten im Gefolge der Anhebung des Antrittsalters für die vorzeitige Alterspension. Sowohl das Angebot an unselbständigen Erwerbspersonen unter 25 Jahren (-3.900) als auch die Beschäftigung (-7.000) sanken, während die Arbeitslosigkeit im Vergleich mit den anderen Altersgruppen überdurchschnittlich zunahm.

BESCHÄFTIGUNGSMOTOR DIENSTLEISTUNGEN – EINBRUCH IM BAUWESEN

Entsprechend dem Konjunkturverlauf sank die unselbständige Beschäftigung in der Sachgütererzeugung (einschließlich Bauwesen). Betroffen waren vor allem jene Branchen, die bereits seit längerem unter Anpassungsdruck stehen (Textil-, Bekleidungserzeugung -3,8%, Herstellung sonstiger langlebiger Konsumgüter -3,0%, Nahrungsmittel- und Getränkeherzeugung -1,0%), und insbesondere das Bauwesen (-4,1% oder -10.400), das neben der allgemeinen Nachfrageabschwächung mit den Einsparungsbestrebungen der öffentlichen Hand und Strukturproblemen konfrontiert war. Einen höheren Personalstand als 2000 verzeichneten hingegen die Metallerzeugung und -verarbeitung, die Chemieindustrie sowie die Erzeugung von Stein- und Glaswaren.

Wie in den letzten Jahren war die Beschäftigung insbesondere in den unternehmensnahen Diensten sowie im Gesundheits- und Sozialwesen weiterhin expansiv. Aber auch im Handel, im Gaststättenwesen und in den sonstigen öffentlichen und privaten Diensten waren im Jahresdurchschnitt 2001 mehr Unselbständige beschäftigt als 2000. Dagegen schlugen sich die Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand in einem Rückgang der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung einschließlich Sozialversicherungen nieder. Strukturfaktoren hatten zudem eine Verringerung des Beschäftigtenstandes in der Energie- und Wasserversorgung (-2,7%) sowie im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung (-2,1%) zur Folge.

Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 2001

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzgeldbezieher	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1997	3,055.600	+ 8.300	75.000	233.300	+ 2.800	19.000	- 400
Ø 1998	3,076.700	+21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+4.100
Ø 1999	3,107.900	+31.200	61.000	221.700	-16.100	31.200	+8.100
Ø 2000	3,133.700	+25.800	58.000	194.300	-27.400	35.500	+4.300
Ø 2001	3,148.200	+14.400	58.600	203.900	+ 9.600	29.700	-5.800
2001, Ø I. Quartal	3,090.100	+21.700	58.300	239.100	-15.800	31.200	-1.400
Ø II. Quartal	3,151.100	+15.700	58.700	176.400	+ 1.600	33.600	-5.000
Ø III. Quartal	3,217.500	+15.400	58.700	170.400	+16.600	30.000	-7.900
Ø IV. Quartal	3,133.900	+ 4.900	58.800	229.700	+35.800	23.900	-9.000

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Karenzgeldbezieher.

GESCHLECHTSSPEZIFISCH DIVERGIERENDE ENTWICKLUNG

Da die Erwerbstätigkeit von Männern stärker auf relativ konjunkturresistente Bereiche und auf Wirtschaftszweige mit hohem Anpassungsdruck konzentriert ist, verschlechterte sich die Arbeitsmarktsituation der Männer 2001 deutlicher als die der Frauen. Im Jahresdurchschnitt waren um 9.700 Männer weniger beschäftigt (-0,5%) und um 7.800 Männer mehr arbeitslos vorgemerkt als 2000. Damit sank die Beschäftigungsquote der Männer im Erwerbsalter von 71,8% im Jahr 2000 auf 71,2%. Der Rückgang in der Erwerbsbeteiligung um 0,4 Prozentpunkte auf 75,3% verhinderte einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Zugleich hielt der Aufwärtstrend der Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften ungebrochen an. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 25.600 (+1,7%), das weibliche Arbeitskräfteangebot um 27.400, die Arbeitslosigkeit der Frauen um 1.800.

Aufgrund dieser geschlechtsspezifisch gegenläufigen Entwicklung war die Arbeitslosenquote der Frauen 2001 erstmals niedriger als jene der Männer (5,9% gegenüber 6,2%) – ein Hinweis auf einen markanten Strukturwandel.

RÜCKGANG DER VOLLZEITARBEITSPLÄTZE – TEILZEITBESCHÄFTIGUNG EXPANSIV

Die steigende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt ist allerdings auf die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Teilzeitarbeit hat 2001 weiter an Bedeutung gewonnen und wird nach wie vor primär von Frauen wahrgenommen: 31% der Frauen waren 2001 teilzeitbeschäftigt²⁾, aber nur knapp 3% der Männer. Die durchschnittliche Teilzeitquote betrug damit 14% aller Unselbständigen. Österreich und Deutschland waren in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die ein-

²⁾ Unselbständige Beschäftigung nach dem Lebensunterhaltskonzept, im Durchschnitt über die Mikrozensus von März, Juni und September 2001.

zigen EU-Länder, in denen die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze zurückging; diese Entwicklung setzte sich in Österreich 2001 fort. Das Angebot an zusätzlichen Arbeitsplätzen betraf auch für Frauen überwiegend Teilzeitarbeit, die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen erhöhte sich um nur rund 1.800. Dagegen sank die Zahl der vollzeitbeschäftigten Männer – ein Rückgang, den der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung (rund 3.600) bei weitem nicht wettmachte.

Verstärkt wird diese Tendenz durch die anhaltende Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung um rund 8.400 auf 205.200. Insbesondere nahm die Zahl der geringfügig Beschäftigten ohne andere sozialversicherungsrechtliche Absicherung durch eigene Ansprüche zu. Fast drei Viertel (72%) der geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Die größte Nachfrage besteht im Handel sowie in den unternehmensorientierten Dienstleistungen (jeweils rund 20% der geringfügig Beschäftigten) vor dem Gastgewerbe (rund 10%).

STARKER ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT AB JAHRESMITTE

Nach zwei Jahren einer beträchtlichen Verringerung der Arbeitslosenzahlen brach diese günstige Entwicklung Mitte 2001 ab. Im Durchschnitt waren 2001 um knapp 9.600 Personen mehr arbeitslos gemeldet als 2000 (+4,9%). Im 1. Halbjahr 2001 ergab sich noch ein Rückgang um 3% gegenüber dem 1. Halbjahr 2000. Die Konjunkturertrübung im Jahresverlauf schlug sich im 2. Halbjahr aber in einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit nieder, die Zahl der Vorgemerkten erhöhte sich um über 15%. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Berechnungsmethode: registrierte Arbeitslose in Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen³⁾) stieg von 5,8% im Jahr 2000 auf 6,1% 2001.

In der ersten Phase des Konjunkturertrübens betrafen die Beschäftigungsverluste insbesondere die Bauwirtschaft. Auf zuvor in dieser Branche Beschäftigte entfielen 40% der

³⁾ Diese Arbeitslosenquote wird als Quotient aus der Zahl der registrierten Arbeitslosen und der Summe aus unselbständiger Beschäftigung und registrierter Arbeitslosigkeit berechnet.

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

Jahresdurchschnitt 2001

	Männer			Frauen			Insgesamt		
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr		Stand	Veränderung gegen das Vorjahr		Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Absolut	Absolut	In %	Absolut	Absolut	In %	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	16.254	- 156	- 1,0	9.205	- 14	-0,2	25.459	- 170	-0,7
Bergbau, Industrie und Gewerbe	690.823	-11.724	- 1,7	212.056	+ 1.526	+0,7	902.877	-10.200	-1,1
Bergbau, Steine und Erden	11.822	- 317	- 2,6	1.594	- 5	-0,3	13.415	- 323	-2,4
Nahrung, Getränke, Tabak	39.988	- 953	- 2,3	34.716	+ 200	+0,6	74.704	- 753	-1,0
Textilien, Bekleidung, Leder	14.327	- 582	- 3,9	23.894	- 922	-3,7	38.220	- 1.505	-3,8
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	59.654	- 661	- 1,1	20.953	- 104	-0,5	80.607	- 765	-0,9
Chemie, Recycling	42.574	+ 172	+ 0,4	17.733	+ 226	+1,3	60.307	+ 398	+0,7
Stein- und Glaswaren	23.265	+ 100	+ 0,4	6.888	+ 415	+6,4	30.153	+ 515	+1,7
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	227.757	+ 2.834	+ 1,3	59.025	+ 1.942	+3,4	286.782	+ 4.776	+1,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren, und sonstige Erzeugnisse	31.450	- 1.128	- 3,5	11.447	- 191	-1,6	42.897	- 1.319	-3,0
Energie- und Wasserversorgung	24.146	- 854	- 3,4	4.503	+ 63	+1,4	28.649	- 791	-2,7
Bauwesen	215.840	-10.335	- 4,6	31.303	- 98	-0,3	247.143	-10.433	-4,1
Dienstleistungen	1.028.104	+ 2.337	+ 0,2	1.121.666	+21.679	+2,0	2.149.770	+24.014	+1,1
Handel, Reparatur	243.006	+ 354	+ 0,1	255.462	+ 5.931	+2,4	498.468	+ 6.284	+1,3
Gaststättenwesen	57.866	+ 655	+ 1,1	92.591	+ 853	+0,9	150.457	+ 1.508	+1,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	175.516	- 4.057	- 2,3	48.564	- 704	-1,4	224.080	- 4.761	-2,1
Kredit- und Versicherungswesen	57.146	- 979	- 1,7	52.998	+ 929	+1,8	110.144	- 50	-0,0
Unternehmensnahe Dienstleistungen	130.502	+ 9.569	+ 7,9	136.767	+ 6.726	+5,2	267.269	+16.295	+6,5
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	229.059	- 8.313	- 3,5	240.574	+ 1.902	+0,8	469.633	- 6.411	-1,3
Unterrichtswesen	43.053	- 366	- 0,8	81.705	+ 790	+1,0	124.758	+ 424	+0,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	36.184	+ 4.840	+15,4	119.862	+ 3.257	+2,8	156.046	+ 8.097	+5,5
Sonstige öffentliche und private Dienste, extraterritoriale Organisationen	55.438	+ 628	+ 1,1	89.619	+ 2.146	+2,5	145.057	+ 2.774	+1,9
Private Haushalte	334	+ 6	+ 1,8	3.524	- 151	-4,1	3.858	- 146	-3,6
Präsenzdiener	11.416	+ 144	+ 1,3	-	-	-	11.416	+ 144	+1,3
Karengeldbezieher	1.119	+ 103	+10,1	57.515	+ 523	+0,9	58.633	+ 625	+1,1
Insgesamt	1.747.714	- 9.296	- 0,5	1.400.440	+23.712	+1,7	3.148.155	+14.417	+0,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Erhöhung des Bestands an Arbeitslosen im Jahr 2001, der durchschnittliche Bestand von Arbeitslosen aus der Bauwirtschaft war um 3.752 höher als im Vorjahr (+10,4%). Im Dienstleistungssektor wirkt sich der Konjunkturabschwung besonders auf die unternehmensbezogenen Dienste⁴⁾ aus: Sie verloren an Wachstumsdynamik und wiesen mit +895 (+8,3%) einen verhältnismäßig starken Anstieg der Arbeitslosigkeit auf. In der Sachgüterproduktion zeichnete sich, parallel zu den Beschäftigungsverlusten, erst gegen Jahresende eine markante Zunahme der Arbeitslosigkeit ab. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich daher die Arbeitslosigkeit von Arbeitskräften aus der Sachgütererzeugung um nur 3%, obgleich die Veränderungsrate im Jahresabstand im November bereits +19% und im Dezember +28% erreichte.

Die Konzentration der Arbeitsplatzverluste und des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf die Bauwirtschaft beeinträchtigte unmittelbar besonders die Beschäftigungschancen von Männern und Geringqualifizierten. So stieg die Zahl der arbeitslosen Männer um 7,3%, jene der Frauen um 2%. 45,6% des durchschnittlichen Bestands an Arbeitslosen waren 2001 Pflichtschulabsolventen (d. h. ohne Berufs- oder weiterführende Ausbildung), um 0,7 Prozentpunkte mehr als 2000. Im Ver-

gleich dazu haben laut Mikrozensus 2000 lediglich rund 20% der unselbständig Beschäftigten keine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation schlägt sich somit auch in einer Verschärfung der Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Integration von Personen mit geringem Ausbildungsniveau wird immer schwieriger. Ebenfalls weit überdurchschnittlich stieg 2001 die Zahl der arbeitslosen ausländischen Arbeitskräfte (+4.849, +18,8%).

Auch die Zugangschancen junger Arbeitskräfte, die in der Regel häufiger ihren Arbeitsplatz wechseln, verschlechtern sich. Besonders vom Anstieg der Arbeitslosenzahl betroffen war die Gruppe der 19- bis unter 25-Jährigen (+11,1%, +2.661), obwohl das Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen in dieser Altersgruppe stagnierte. Stärker erhöhte sich nur die Arbeitslosigkeit der über 59-jährigen Männer und der 55- bis 59-jährigen Frauen. Hier dürfte sich auch die Anhebung des Pensionsantrittsalters niederschlagen.

DRASTISCHE VERRINGERUNG DES STELLEN- ANGEBOTES

Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen bestätigt sich als vorläufiger Konjunkturin-

⁴⁾ Wirtschaftsabteilung 74 nach ÖNACE.

Geringfügig Beschäftigte

Stichtag: 1. Juli

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Absolut	Absolut	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Männer						
Insgesamt	48.830	50.393	52.269	+ 8,7	+ 3,2	+ 3,7
Nur geringfügig beschäftigt	19.230	18.517	19.805	+37,8	- 3,7	+ 7,0
Eine geringfügige Beschäftigung	18.797	18.105	19.396	+37,8	- 3,7	+ 7,1
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	433	412	409	+39,7	- 4,8	- 0,7
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	29.600	31.876	32.464	- 4,5	+ 7,7	+ 1,8
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	16.509	15.836	15.395	+ 1,2	- 4,1	- 2,8
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	2.150	4.332	4.444	-51,6	+101,5	+ 2,6
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	208	250	239	+26,8	+ 20,2	- 4,4
Eigenpension	10.524	11.191	12.152	+ 6,5	+ 6,3	+ 8,6
Mehrere Versicherungsverhältnisse	209	267	234	+ 7,2	+ 27,8	-12,4
Frauen						
Insgesamt	127.543	131.094	136.182	+ 8,5	+ 2,8	+ 3,9
Nur geringfügig beschäftigt	74.153	73.625	77.790	+19,4	- 0,7	+ 5,7
Eine geringfügige Beschäftigung	70.256	69.951	74.072	+19,6	- 0,4	+ 5,9
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.897	3.674	3.718	+15,6	- 5,7	+ 1,2
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	53.390	57.469	58.392	- 3,6	+ 7,6	+ 1,6
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	28.532	27.464	27.592	+ 4,0	- 3,7	+ 0,5
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	9.533	13.772	13.890	-30,4	+ 44,5	+ 0,9
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	642	650	716	+34,3	+ 1,2	+10,2
Eigenpension	14.327	15.171	15.759	+ 6,7	+ 5,9	+ 3,9
Mehrere Versicherungsverhältnisse	356	412	435	- 6,6	+ 15,7	+ 5,6
Insgesamt						
Insgesamt	176.373	181.487	188.451	+ 8,6	+ 2,9	+ 3,8
Nur geringfügig beschäftigt	93.383	92.142	97.595	+22,8	- 1,3	+ 5,9
Eine geringfügige Beschäftigung	89.053	88.056	93.468	+23,0	- 1,1	+ 6,1
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	4.330	4.086	4.127	+17,6	- 5,6	+ 1,0
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	82.990	89.345	90.856	- 3,9	+ 7,7	+ 1,7
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	45.041	43.300	42.987	+ 3,0	- 3,9	- 0,7
Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung	11.683	18.104	18.334	-35,6	+ 55,0	+ 1,3
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	850	900	955	+32,4	+ 5,9	+ 6,1
Eigenpension	24.851	26.362	27.911	+ 6,6	+ 6,1	+ 5,9
Mehrere Versicherungsverhältnisse	565	679	669	- 1,9	+ 20,2	- 1,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

dikator: Bereits Ende 2000 war ein leichter Rückgang zu registrieren, der sich über das gesamte Jahr 2001 verstärkte. Im Jahresdurchschnitt 2001 wurden um 5.825 offene Stellen weniger registriert als im Jahr zuvor (-16,4%). Mit Ausnahme der Gesundheitsberufe waren in keiner Berufsgruppe Zuwächse zu verzeichnen. Gleichzeitig mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten sank die Zahl der offenen Stellen mit geringen Qualifikationsanforderungen besonders deutlich; das weist auf die erheblichen Strukturverschiebungen auf dem Arbeitsmarkt hin.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK IM RAHMEN DES NATIONALEN AKTIONSPANS FÜR BESCHÄFTIGUNG (NAP)

Österreichs aktive Arbeitsmarktpolitik orientiert sich an den auf EU-Ebene vereinbarten „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“. Österreich hat sich mit dem Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) seit 1998 zur Umsetzung einer breiten Palette von Maßnahmen verpflichtet, wobei die aktive Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche Rolle spielt. Einige Ziele des NAP sind als quantitative Vorgaben festgelegt, die bis ins Jahr 2002 erreicht werden sollen:

- Senkung der Arbeitslosenquote auf 3,5% (nach Eurostat),
- Halbierung der Übertrittsquoten⁵⁾ von Jugendlichen in Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate) und jener von Erwachsenen in Langzeitarbeitslosigkeit (über ein Jahr) sowie
- Steigerung der Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen integrierten Personen auf durchschnittlich 20% der Arbeitslosen (einschließlich der Maßnahmenteilnehmer).
- Als Beschäftigungsziel sieht der NAP die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen von 1998 bis 2002 vor.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs und insbesondere seit dem Wirksamwerden des NAP im Jahr 1999 wurde eine „Aktivierung“ der Arbeitsmarktpolitik realisiert. Die im internationalen Vergleich traditionell geringe Dotierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde verbessert, und die Zahl der Maßnahmen für Arbeitslose nahm zu. Die Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Förderungsmaßnahmen

⁵⁾ Die Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit weist den Anteil jener Arbeitslosen aus, die 6 Monate bzw. ein Jahr nach Eintritt der Arbeitslosigkeit immer noch vorgemerkt sind.

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamtbeschäftigung In %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer			
		Veränderung gegen das Vorjahr	Absolut		In %	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
							Absolut	In %
Ø 1997	298.800	- 1.600	-0,5	9,8	27.500	- 100	- 0,3	
Ø 1998	298.600	- 200	-0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4	
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+2,6	9,9	27.200	-1.300	- 4,4	
Ø 2000	319.900	+13.400	+4,4	10,2	25.800	-1.500	- 5,3	
Ø 2001	329.300	+ 9.500	+3,0	10,5	30.600	+4.800	+18,8	
2001, Ø I. Quartal	317.000	+13.400	+4,4	10,3	38.400	+1.600	+ 4,4	
Ø II. Quartal	332.500	+10.700	+3,3	10,6	25.500	+4.000	+18,6	
Ø III. Quartal	343.000	+ 9.900	+3,0	10,7	21.800	+5.400	+32,8	
Ø IV. Quartal	324.800	+ 3.800	+1,2	10,4	36.700	+8.400	+29,6	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

schlägt sich seither auch in den Zielindikatoren des NAP nieder:

Die Übertrittsquoten jugendlicher Arbeitsloser in Langzeitarbeitslosigkeit über 6 Monate sind bereits unter die Zielwerten für 2002 gesunken, wobei die Situation für männliche Jugendliche wesentlich günstiger ist als für weibliche. Auch die Übertrittsquoten Erwachsener sind seit 1997 und besonders im Jahr 1999 zurückgegangen und liegen im Bereich der Zielwerte. Bei entsprechender weiterer Mittelausstattung der aktiven Arbeitsmarktpolitik können die Zielwerte im Jahr 2002 trotz des Anstiegs der Arbeitslosigkeit verwirklicht werden. Die Maßnahmenquote erreichte 2001 mit 20,2% den Zielwert für 2002. Der Zielsetzung, Frauen verstärkt in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einzubeziehen, wurde mit der deutlichen Erhöhung der Maßnahmenquote für weibliche Arbeitslose entsprochen.

Im Widerspruch zur offensichtlichen Verschlechterung der Beschäftigungssituation im Jahr 2001 ist ein Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit zu beobachten: Lediglich 5,6% der Arbeitslosen waren im Jahresdurchschnitt 2001 ein Jahr oder länger ohne Unterbrechung vorgemerkt – 2000 waren es noch 9,8%, 1999 sogar 14,3% gewesen. Diese Entwicklung kann jedoch nicht als Verbesserung der Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt interpretiert werden. Vielmehr hat dieser Indikator für die dauerhafte Ausgrenzung aus dem aktiven Erwerbsleben durch die Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik seine Aussagekraft verloren. Die Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren war wesentlich auf die Zunahme der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und die dadurch erreichte Verringerung der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Durchschnittsbestand der Teilnehmer an Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice erhöhte sich von 1998 auf 1999 um 5.700, im Jahr 2000 um weitere 2.000 und 2001 nochmals um 3.000. Damit standen im Jahresdurchschnitt 2001 über 31.600 Personen in Schulung.

Im Rahmen der Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird versucht, Arbeitslosen vor dem Übergang in die Langzeitarbeitslosigkeit den Wiedereintritt in die Er-

werbstätigkeit zu erleichtern. Unabhängig von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen bedeutet die Teilnahme daran in der Regel jedoch eine Unterbrechung der Arbeitslosigkeit. Wenn die Maßnahme nicht zu einer Integration in die Beschäftigung führt und die Teilnehmer in die Arbeitslosigkeit zurückkehren, beginnt die Vormerkdauer trotzdem von neuem⁶⁾. Dadurch wird die Personengruppe mit größeren Integrationsproblemen auf dem Arbeitsmarkt durch den Indikator „Langzeitarbeitslosigkeit“ nicht mehr adäquat erfasst⁷⁾.

Eine weitere Ursache für den Rückgang des Anteils der Langzeitarbeitslosen liegt in der zunehmenden Dynamik in Teilen des Beschäftigungssystems: Eine wachsende Zahl von Arbeitskräften ist von häufigem Arbeitsplatz-

⁶⁾ Nach Rückkehr aus einer Maßnahme, die mindestens 28 Tage gedauert hat.

⁷⁾ Das Arbeitsmarktservice verwendet daher zur internen Steuerung einen adaptierten Indikator, der die Problemlagen Arbeitsloser besser wiedergibt. Eine Publikation dieses Indikators wäre sinnvoll.

Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung: Indikatoren für die Arbeitsmarktpolitik

	Übertrittsquoten Jugendlicher (15 bis 24 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate)						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Zielwert 2002
	Anteile in %						
Insgesamt	9,0	8,7	7,9	4,6	3,5	2,7	4,5
Männer	7,9	7,7	6,9	4,1	3,2	2,6	4,3
Frauen	10,5	10,0	9,2	5,2	3,9	2,9	4,7
	Übertrittsquoten Erwachsener (ab 25 Jahre) in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr)						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Zielwert 2002
	Anteile in %						
Insgesamt	6,9	7,4	6,6	4,7	3,8	3,4	3,5
Männer	5,9	6,5	5,9	4,4	3,6	3,5	3,2
Frauen	8,3	8,6	7,6	5,1	4,1	3,3	3,7
	Maßnahmenquoten						
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Zielwert 2002
	In % der Arbeitslosen						
Maßnahmenindikator							
Leitlinie 3 Insgesamt	10,1	13,6	13,7	17,7	19,8	20,2	20,0
Leitlinie 3 Männer	9,0	12,0	12,0	15,1	16,8	17,2	18,0
Leitlinie 3 Frauen	11,4	15,6	15,6	20,6	23,2	23,8	22,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Arbeitslosigkeit 2001

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1997	128.600	+ 600	104.800	+ 2.300	233.300	+ 2.800
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	-16.100
Ø 2000	107.500	-14.000	86.800	-13.400	194.300	-27.400
Ø 2001	115.300	+ 7.800	88.600	+ 1.800	203.900	+ 9.600
2001, Ø I. Quartal	152.700	- 9.400	86.300	- 6.400	239.100	-15.800
Ø II. Quartal	93.000	+ 2.500	83.400	- 900	176.400	+ 1.600
Ø III. Quartal	86.500	+10.900	83.900	+ 5.700	170.400	+16.600
Ø IV. Quartal	129.100	+27.200	100.600	+ 8.600	229.700	+35.800

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

wechsel betroffen, wobei Beschäftigungsepisoden immer wieder auch von Arbeitslosigkeit unterbrochen sind. Zudem wirkt sich der starke Zugang zur Arbeitslosigkeit in der zweiten Jahreshälfte bisher zwangsläufig nur in der Zahl der „Kurzzeitarbeitslosen“ (Vormerkdauer unter 6 Monate) aus.

Das Ziel, von 1998 bis 2002 100.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurde bereits im Jahr 2000 dank der guten Konjunkturlage beinahe erreicht (Stand 2000: +96.000 gegenüber 1997)⁸⁾. 2001 kamen weitere 13.600 Beschäftigungsverhältnisse hinzu, sodass auch bei einem leichten Rückgang im Jahr 2002 die Realisierung des Zieles möglich sein sollte. Allerdings betrifft ein Gutteil dieses Zuwachses Teilzeitarbeitsplätze.

Die Arbeitslosenquote lag (nach Revision durch Eurostat) 2001 bei 3,6%⁹⁾ und wird sich im Laufe des Jahres 2002 voraussichtlich erhöhen. Damit kann das Ziel des NAP, die Quote bis 2002 auf 3,5% zu verringern, wahrscheinlich nicht verwirklicht werden.

Die Zunahme und die Strukturprobleme der Arbeitslosigkeit stellen die aktive Arbeitsmarktpolitik vor veränderte Aufgaben. Kurzfristige Vermittlungserfolge werden in jenen Segmenten des Arbeitsmarktes schwieriger, die vom Konjunkturreinbruch besonders betroffen sind. Umgekehrt weist der hohe Anteil Arbeitsloser mit niedrigem Ausbildungsniveau auf erheblichen Qualifizierungsbedarf hin. Im Vergleich zu Phasen mit höherer Nachfrage nach Arbeitskräften gilt es, den Maßnahmenmix stärker in Richtung intensiver Qualifizierungsangebote zu verändern. Die starke Orientierung der österreichischen Arbeitsmarktpolitik auf relativ kurze Maßnahmen mit Schwerpunkt auf einer Aktivierung der Arbeitslosen allein lässt keinen ausreichenden Beitrag zur mittelfristigen Verbesserung der problematischen Struktur der Arbeitslosigkeit erwarten. Umgekehrt zeigte sich in der Hochkonjunktur 1999 und 2000, dass in einigen Bereichen

der Wirtschaft durchaus Mangel an qualifiziertem Personal besteht. Gerade auch die zunehmende Arbeitslosigkeit der Jüngeren könnte ein Ansatzpunkt für eine Intensivierung¹⁰⁾ der Qualifizierungsstrategien sein.

Hedwig Lutz, Helmut Mahringer
Statistik: Christine Braun

GEDÄMPFTES WACHSTUM IN DER SACHGÜTERERZEUGUNG

Die Entwicklung der österreichischen Sachgütererzeugung war im Jahr 2001 geprägt durch den internationalen Konjunkturverlauf. Nach einer kräftigen Produktionssteigerung im I. Quartal trat die Industrie in eine Phase rückläufigen Outputs ein. Der Produktionsindex hat sich daher mit +0,2% gegenüber 2000 kaum verändert. Da gleichzeitig die Beschäftigung gegenüber 2000 leicht ausgeweitet wurde, sank erstmals seit Jahren die Arbeitsproduktivität. Die stärksten Produktionsrückgänge verzeichneten die Hersteller von Bekleidung, von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie die Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik. Zuwächse erzielten hingegen die Bereiche Büromaschinen und EDV, Ledererzeugung und -verarbeitung sowie Mineralölprodukte.

Im Jahr 2001 waren in der österreichischen Sachgütererzeugung 538.615 Personen beschäftigt, die eine Wertschöpfung von 42,2 Mrd. € erwirtschafteten. Das entspricht 20,0% des österreichischen BIP.

Die Industriekonjunktur stand in der zweiten Jahreshälfte 2001 im Zeichen des internationalen Konjunkturab-

⁸⁾ Veränderung der unselbständigen Beschäftigung laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, ohne Präsenzdienner und Karenzgeldempfänger.

⁹⁾ Eine weitere Revision der Arbeitslosenquote durch Eurostat ist Anfang 2003 zu erwarten.

¹⁰⁾ Intensivierung bedeutet sowohl die Ausdehnung des Stundenumfanges von Qualifizierungsmaßnahmen als auch die Erhöhung der Zahl von betroffenen. „Integrierte“ Maßnahmen (z. B. Qualifizierung kombiniert mit geförderter Beschäftigung) sind dabei für bestimmte Gruppen von Arbeitslosen besonders geeignet.

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Abteilungen nach ÖNACE 2002

	Produktion je Arbeitstag		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ²⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	120,0	- 0,4	60.962	-0,2	123,7	- 0,2	1.563,5	+ 0,5	86,1	+ 0,9
Tabakverarbeitung	160,7	+ 8,7	1.066	-0,5	171,8	+ 9,2	51,2	- 0,6	70,0	- 8,5
Textilien und Textilwaren	97,2	- 3,0	17.062	-3,9	117,9	+ 1,0	447,3	- 1,3	98,2	+ 1,7
Bekleidung	52,7	-13,2	9.026	-5,8	82,0	- 8,0	170,3	- 5,2	135,7	+ 9,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	118,1	+17,6	5.830	-1,3	139,8	+19,2	112,4	- 0,7	79,4	-15,7
Be- und Verarbeitung von Holz	136,6	- 3,9	27.954	+0,3	155,0	- 4,2	698,1	+ 3,7	75,6	+ 7,9
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	114,7	- 2,4	17.201	+0,2	119,9	- 2,6	603,8	+ 1,2	98,7	+ 3,8
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	145,1	+ 2,2	22.177	+6,2	139,7	- 3,8	809,7	+10,4	83,3	+ 8,0
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	129,1	+16,2	2.241	-7,1	181,9	+25,0	158,4	- 7,5	69,5	-20,4
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	136,2	+ 3,2	22.755	+2,1	146,9	+ 1,1	862,5	+ 0,3	77,2	- 2,9
Gummi- und Kunststoffwaren	128,6	+ 1,3	26.821	+3,4	115,0	- 2,0	796,1	+ 6,7	99,6	+ 5,3
Glas, Waren aus Steinen und Erden	106,2	+ 3,0	32.274	+2,0	109,2	+ 1,0	1.048,4	+ 4,5	99,0	+ 1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	129,1	+ 2,0	31.964	+0,9	132,6	+ 1,2	1.151,6	+ 1,5	87,8	- 0,6
Metallerzeugnisse	137,8	+ 1,0	55.611	+1,1	123,6	- 0,1	1.660,2	+ 3,9	94,1	+ 2,8
Maschinenbau	146,9	+ 7,7	68.248	+3,9	137,9	+ 3,6	2.333,9	+ 5,6	86,0	- 2,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	601,8	+27,4	755	+1,7	316,5	+25,3	20,7	+ 7,1	28,4	-15,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	243,0	-12,2	27.148	+0,8	255,2	-12,9	885,9	+ 3,3	46,5	+17,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	135,2	- 0,5	28.286	-1,2	144,6	+ 0,7	1.225,2	+ 3,1	83,4	+ 3,7
Medizin-, Mess- Steuer- und Regelungstechnik, Optik	151,5	-10,0	11.482	+7,5	160,6	-16,3	364,3	+12,9	77,2	+25,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile	207,6	+ 6,4	28.580	+3,8	167,8	+ 2,4	967,1	+ 6,9	71,3	+ 0,5
Sonstiger Fahrzeugbau	123,9	+ 3,2	5.213	+7,3	111,8	- 3,8	204,5	+ 6,9	96,5	+ 3,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	123,5	- 6,6	35.376	-0,9	146,7	- 5,7	857,8	+ 2,9	82,1	+10,1
Sachgütererzeugung	137,5	+ 0,2	538.615	+1,3	140,4	- 1,2	17.009,6	+ 3,6	83,0	+ 3,5

¹⁾ Produktion je Beschäftigten. - ²⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

schwungs. Aufgrund der Nachfrageschwäche wichtiger Handelspartner verlangsamte sich das Wachstum des Warenexports. Dies trug zur markanten Dämpfung der Produktion in der Sachgütererzeugung bei. Der Produktionsindex von Statistik Austria erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2000 mit +0,2% kaum. Nach Berechnungen

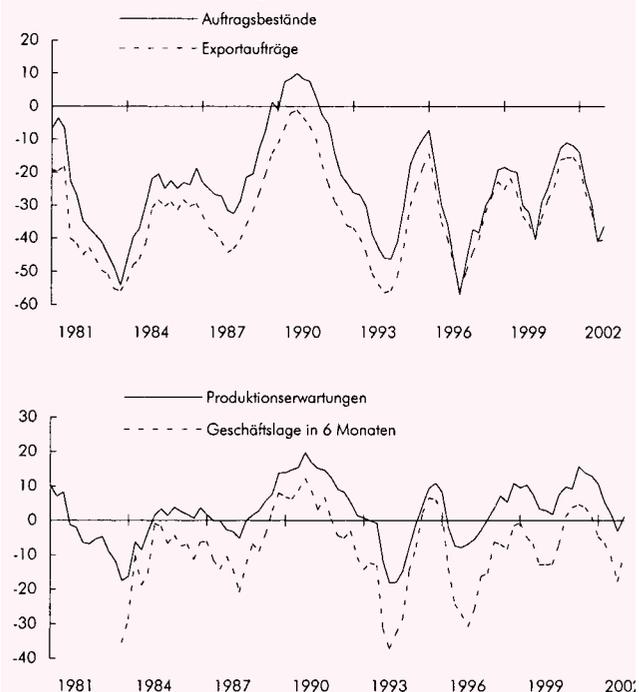
des WIFO wurde die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2001 real um 1,5% ausgeweitet, nach +7,2% im Jahr 2000.

Die Konjunktüreinschätzung durch die heimischen Unternehmen verschlechterte sich im vergangenen Jahr laufend. Der Vertrauensindikator für die Sachgütererzeugung ging seit seinem Höhepunkt im IV. Quartal 2000 im gesamten Jahresverlauf zurück und erreichte im IV. Quartal 2001 seinen Tiefstwert. Erst seit Anfang 2002 zeichnet sich eine Erholung ab. Im jüngsten WIFO-Konjunkturtest vom März entsprachen die in die Zukunft gerichteten Indikatoren (Nachfrage- und Produktionserwartungen) wieder dem langjährigen Durchschnittsniveau, die Indikatoren zur aktuellen Lage zeigen sich derzeit noch verhalten. Das spiegelt sich auch in den Erwartungen zur Industrieproduktion; diese wird laut WIFO-Prognose im laufenden Jahr mit +1,5% etwa gleich schwach zunehmen wie im Jahr 2001. Mit einem kräftigen Wachstum wird erst 2003 gerechnet (+5%).

Das außerordentliche Wachstum im Jahr 2000 (+7,2%) war zu einem wesentlichen Teil durch die lebhaftere Nachfrage auf den Exportmärkten getragen. Die Warenexporte (SITC 5 bis 8) stiegen mit +14% deutlich stärker als in den Vorjahren. 2001 entwickelten sich die Warenexporte trotz der markanten Nachfrageschwäche wichtiger Handelspartner mit einer Steigerung von 6,7% insgesamt noch relativ gut. Die österreichischen Exporteure gewannen dadurch Marktanteile auf den Weltmärkten. Dazu dürfte ihre anhaltend gute preisliche Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben. Die relativen Lohnstückkosten sanken 2001 (-0,7%) zum sechsten Mal in Folge.

Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen



Q: WIFO-Konjunkturtest.

Subjektive Wettbewerbsfähigkeit

Nach ÖNACE-Obergruppen, Jahresdurchschnitt, mittelwertbereinigt

	1997	1998	1999	2000	2001
Saldo aus optimistischen und pessimistischen Antworten in Prozentpunkten					
Auf Märkten außerhalb der EU					
Sachgütererzeugung insgesamt	+3,2	- 1,0	-3,4	+ 7,5	+1,1
Vorprodukte	+4,5	- 2,2	-3,2	+ 8,2	+0,9
Kraftfahrzeuge	+1,1	+ 5,0	-8,6	+ 1,7	+1,8
Investitionsgüter	+1,7	+ 0,5	-4,3	+ 6,9	+0,3
Dauerhafte Konsumgüter	+6,5	+ 0,8	-0,6	+10,2	-4,3
Nahrungs- und Genussmittel	-0,1	+ 1,8	-2,1	+ 4,9	+3,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	-0,3	- 0,3	-4,0	+ 6,8	+4,2
Auf dem EU-Markt					
Sachgütererzeugung insgesamt	+1,4	+ 2,8	-2,1	+ 6,8	+0,5
Vorprodukte	+3,5	+ 2,3	-2,7	+ 7,2	-0,1
Kraftfahrzeuge	+0,7	+10,7	-1,4	+11,0	-1,4
Investitionsgüter	-3,2	+ 3,6	-0,8	+ 9,2	+1,0
Dauerhafte Konsumgüter	+2,6	+ 3,5	+1,9	+ 6,6	-1,4
Nahrungs- und Genussmittel	-2,6	- 1,6	-1,4	+ 4,8	+4,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	-0,2	+ 4,4	-3,5	+ 1,9	+1,1

Q: WIFO-Investitionstest.

Seit Anfang 1996 erfragt das WIFO im Rahmen seines Konjunkturtests die subjektive Wettbewerbsposition der Unternehmen. Den bisher höchsten Wert erreichte dieser Indikator im Jahr 2000 (Saldo aus positiven und negativen Meldungen +7,5% aller Meldungen auf Märkten außerhalb der EU, +6,8% auf dem EU-Markt). 2001 verschlechterte er sich konjunkturbedingt auf beiden Märkten (+1,1% bzw. +0,5%). Die Einschätzung unterscheidet sich allerdings nach Sektoren: Mit Ausnahme der Hersteller von dauerhaften Konsumgütern bezeichneten alle Sektoren ihre Wettbewerbsposition auf den Märkten außerhalb der EU noch als überdurchschnittlich. Im Bereich der dauerhaften Konsumgüter fiel der Rückgang gegenüber dem Jahr 2000 besonders stark aus. Auf dem EU-Markt sticht das Ergebnis für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie hervor, die ihre Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2001 sogar besser einschätzte als im Jahr zuvor. Der Saldo aus optimistischen

Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Produktion real ¹⁾	+ 5,8	+1,6	+ 4,3	+4,5	+3,4	+ 7,2	+1,5
Beschäftigte ²⁾	.	-3,0	- 1,4	+0,1	-0,7	+ 0,0	+0,2
Stundenproduktivität ³⁾	.	+4,3	+ 5,9	+4,3	+4,8	+ 7,3	+1,9
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 3,0	-1,7	- 4,9	-0,9	-2,5	- 5,8	-0,7
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+13,2	+5,2	+16,9	+8,8	+6,3	+14,8	+6,7

Q: WIFO-Prognose, April 2002; WIFO-Datenbank. – ¹⁾ Nettoproduktionswert, real. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

und pessimistischen Antworten war für die Hersteller von dauerhaften Konsumgütern neben den Kfz-Herstellern am ungünstigsten.

Die Produktivität der österreichischen Sachgütererzeugung ging im Jahr 2001 erstmals seit Jahren leicht zurück (-1,2%), während die Beschäftigung etwas ausgeweitet wurde (+1,3%). Der aktuellen Konjunkturstatistik zufolge verzeichneten acht Sektoren einen Produktionsrückgang. Besonders betroffen waren die Hersteller von Bekleidung, von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie die Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik. Im Bekleidungssektor hat sich die Produktion seit dem EU-Beitritt 1995 beinahe halbiert. Deutliche Zuwächse erzielten hingegen die Industriezweige Büromaschinen und EDV, Ledererzeugung und -verarbeitung sowie Mineralölprodukte. Die Beschäftigung stieg in den Bereichen Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik, sonstiger Fahrzeugbau und Verlagswesen am stärksten. Relativ groß war der Personalabbau in der Herstellung von Mineralölprodukten, der Bekleidungs- und Textilindustrie.

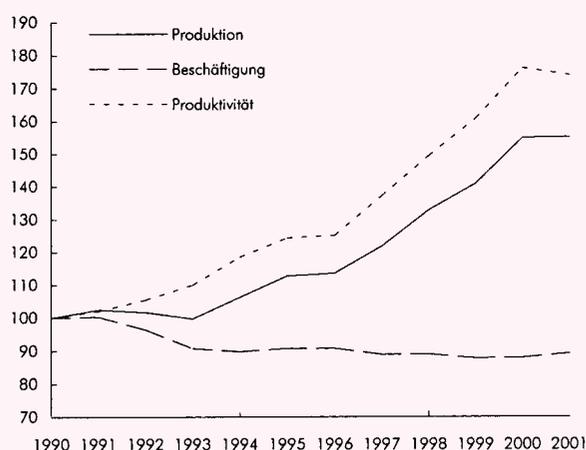
Der Konjunkturrückgang im Jahr 2001 hatte auch Einfluss auf die Entwicklung der Selbstfinanzierungskraft der österreichischen Sachgütererzeugung. Die Cash-Flow-Quote betrug 2001 9,6%, nach 9,8% im Jahr 2000 und 10,7% im Jahr 1999. Sie war damit aber höher als im Durchschnitt der neunziger Jahre (9,39%). In einem internationalen Vergleich war die Ertragskraft der Unternehmen um rund 1/2 Prozentpunkt niedriger als im Durchschnitt von neun europäischen Ländern (9,96%). Deutlich höhere Cash-Flow-Quoten verzeichneten die Unternehmen in den Niederlanden, in Finnland, Dänemark und Portugal. In Deutschland, Italien und Spanien war die Cash-Flow-Umsatz-Relation ungünstiger als in Österreich.

Robert Wieser

Statistik: Dagmar Guttmann

Produktion, Beschäftigung und Produktivität im Sachgüterbereich

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1990 = 100



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

KRISE IN DER BAUWIRTSCHAFT VERSCHÄRFT

Der Bausektor wurde von der Konjunkturabschwächung im Jahre 2001 von allen Wirtschaftszweigen am stärksten getroffen. Die reale Wertschöpfung sank um 2,7% –

Produktionswert des Bauwesens

	2000	2001	2001			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE ¹⁾	+ 4,2	-2,6	+ 3,9	- 3,5	- 2,4	- 5,5
Hoch- und Tiefbau	+ 3,5	-3,9	+ 4,9	- 5,9	- 4,4	- 6,3
Baunebengewerbe ²⁾	+ 5,3	-0,6	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,0	- 4,5
Laut GNACE ³⁾	+ 3,6	-2,1	+ 9,9	- 6,0	- 4,3	- 2,7
Hochbau	+ 4,4	-3,1	+ 7,0	- 8,1	- 7,0	- 1,1
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 1,0	-8,8	- 2,0	-11,1	-11,9	- 8,2
Nichtwohnbau ⁴⁾	+12,0	+2,8	+22,9	- 5,5	- 4,3	+ 5,3
Adaptierungen im Hochbau	+ 0,3	-4,4	- 6,3	- 7,6	- 3,5	- 1,4
Tiefbau	+ 1,6	-0,8	+17,3	- 3,2	- 1,2	- 5,3
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	- 4,2	-0,3	+11,4	- 6,0	+ 3,0	- 2,2
Spezialbau und sonstiger Tiefbau	+15,5	+2,7	+22,1	- 5,3	- 0,6	+ 2,9
Übriger Tiefbau	+ 2,1	-3,0	+18,8	+ 1,3	- 6,6	-11,9

Q: Statistik Austria. – 1) Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. – 2) Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – 3) Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – 4) Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

dies war der stärkste Rückgang der Bauproduktion seit Anfang der achtziger Jahre. Der Konjunkturunbruch begann im II. Quartal und setzte sich bis zum Jahresende fort. Besonders empfindlich brach die Bauproduktion im Wohnungsneubau ein, aber auch im sonstigen Hochbau sowie im Sanierungssektor verzeichneten die Unternehmen erhebliche Einbußen. Der Tiefbau entwickelte sich etwas besser als der Hochbau; Verzögerungen in der Auftragsvergabe von Infrastrukturprojekten gingen auf die abwartende Haltung vor der Fertigstellung des Generalverkehrsplans zurück, der Anfang 2002 präsentiert wurde.

Der Einbruch der Baukonjunktur zog den Arbeitsmarkt erheblich in Mitleidenschaft. Die Zahl der Baubeschäftigten sank im Jahresdurchschnitt um rund 10.000 und erreichte damit das Niveau Anfang der neunziger Jahre. Die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt hatte einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge, der im Jahresdurchschnitt rund 10% erreichte. Zugleich wurden um knapp ein Drittel weniger offene Stellen angeboten als im Jahr 2000.

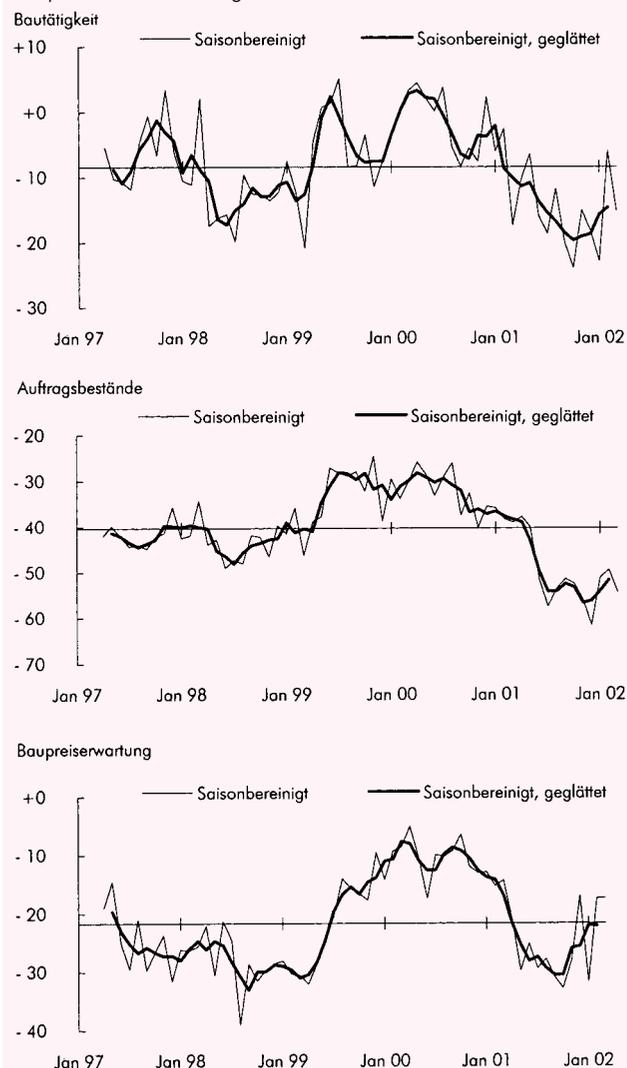
Auch die Zulieferbetriebe (mit Ausnahme der Glasindustrie) waren vom Konjunkturunbruch 2001 betroffen (holzverarbeitende Industrie -1,6%, Stein- und keramische Industrie +0,2%).

Die Bauunternehmen beurteilten im WIFO-Konjunkturtest die Auftragslage sowie den Geschäftsgang im Jahr 2001 sehr pessimistisch. Erst in den kommenden Monaten dürfte sich die Baukonjunktur nach ihrer Einschätzung auf niedrigem Niveau stabilisieren.

EMPFINDLICHER UMSATZRÜCKGANG IM WOHNUNGSBAU

2001 sank die nominelle Produktion der Bauwirtschaft laut Konjunkturstatistik GNACE um 2,1%, laut ÖNACE

Konjunktureinschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4). Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen der Unternehmen. Gleitender Durchschnitt . . . Monatsdurchschnitt.

(Statistik Austria) um 2,6%. Auch das Bauhilfsgewerbe, das bisher besser ausgelastet war als das Bauhauptgewerbe, erlitt Umsatzeinbußen von 0,6%.

Der Konjunkturverlauf nach Bausparten lässt sich am besten anhand der Statistik der technischen Produktion (GNACE) darstellen, da sich diese auf die Aktivitäten der Baustellen bezieht. Insgesamt verringerten sich demnach die Umsätze im Hochbau um 3,1%, während der gesamte Tiefbau um 0,8% schrumpfte. Die größten Umsatzeinbußen aller Bausparten erlitt der Wohnungsneubau mit -8,8%. Im Gefolge dieses Einbruchs gerieten auch Branchen wie Dachdecker oder Bauspengler unter Druck, die besonders vom Wohnungsbau abhängig sind. Die Adaptierungsleistungen im Hochbau verringerten sich um 4,4%, während der gesamte Nichtwohnbau einschließlich Industrie- und Ingenieurbau um 2,8% zunahm. Im Bereich des Tiefbaus wurden die Umsätze im Tunnelbau kräftig gesteigert (+42,8%), aber auch im Wasserbau (+15,7%) sowie im Hochstraßen- und Brückenbau ergaben sich Zuwächse (+5%). Im Eisenbahn-

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt

Zu Preisen von 1995

	Bauwesen Veränderung gegen das Vorjahr in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegen das Vorjahr in %
1997	-0,1	+1,6
1998	+3,4	+3,5
1999	+2,4	+2,8
2000	+0,4	+3,0
2001	-2,7	+1,0
2002	-1,0	+1,2
2003	+1,5	+2,8

Q: WIFO-Prognose vom April 2002.

oberbau stieg die Produktion um nur 2,1%; im Straßenbau (-8,2%) sowie im Rohrleitungs- und Kabelnetztiefbau (-4,7%) sank die Bautätigkeit deutlich stärker als in den anderen Tiefbausparten.

Die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bau-sparten spiegelt auch der WIFO-Konjunkturtest wider. So meldeten die Tiefbauunternehmen im gesamten Jahresverlauf 2001 eine geringere Konjunkturabschwächung als die Hochbauunternehmen. Die Auftragsbestände im Hochbau sind nach den Umfrageergebnissen deutlich gesunken, während im Tiefbau der Rückgang schwächer ausgeprägt und in der zweiten Jahreshälfte sogar eine Stabilisierung zu beobachten war. In den ersten Monaten des Jahres 2002 beobachteten die Tiefbauunternehmen allerdings wieder eine Verschlechterung der Situation, die auf eine weiter zögerliche Auftragsvergabe der öffentlichen Hand zurückzuführen sein dürfte.

STARKER BESCHÄFTIGUNGSRÜCKGANG

Der Konjunkturinbruch in der Bauwirtschaft spiegelt sich deutlich auf dem Arbeitsmarkt: Die Zahl der Be-

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände Mio. €	Auftragseingänge
2000	5.348	16.078
2000, I. Quartal	5.266	3.228
II. Quartal	5.579	4.233
III. Quartal	5.482	4.223
IV. Quartal	5.066	4.394
2001	5.394	15.238
2001, I. Quartal	5.103	3.351
II. Quartal	5.671	4.000
III. Quartal	5.656	4.006
IV. Quartal	5.146	3.880
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
2000	+0,6	+ 4,3
2000, I. Quartal	+0,1	+ 2,7
II. Quartal	+0,0	+ 6,2
III. Quartal	+1,0	+ 1,5
IV. Quartal	+1,2	+ 6,5
2001	+0,9	- 5,2
2001, I. Quartal	-3,1	+ 3,8
II. Quartal	+1,7	- 5,5
III. Quartal	+3,2	- 5,1
IV. Quartal	+1,6	-11,7

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1996 = 100

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Hochbau	+1,3	+1,1	+1,4	+1,9
Wohnhaus und Siedlungsbau	+1,1	+0,9	+1,5	+1,7
Baumeister	+0,9	+0,6	+1,6	+1,5
Sonstige Baumeisterarbeiten	+1,6	+1,1	+1,5	+1,9
Tiefbau	+0,1	-1,1	+0,2	-0,1
Straßenbau	-0,9	-1,2	+0,8	+0,6
Brückenbau	+0,0	-0,9	+0,4	-0,2
Hoch- und Tiefbau	+0,9	+0,2	+0,9	+1,1

Q: Statistik Austria.

schäftigten sank im Jahresdurchschnitt 2001 auf 247.000 und war damit um 10.000 niedriger als im Jahr 2000. Die Beschäftigung erreichte mit diesem stärksten Abbau der vergangenen zehn Jahre etwa das Niveau von Anfang der neunziger Jahre.

Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich entsprechend kräftig: Im Jahresdurchschnitt 2001 waren 39.800 zuvor in der Bauwirtschaft Beschäftigte arbeitslos gemeldet, um 10% mehr als im Jahr zuvor. Zugleich standen nur etwa 2.000 offene Stellen zur Verfügung, um fast ein Drittel weniger als 2000 (-30,9%). Der WIFO-Konjunkturtest bestätigt diesen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt der Bauwirtschaft; Anfang 2002 zeichnet sich eine leichte Erholung ab, die aber vorwiegend mit dem milden Winterwetter zusammenhängen dürfte. Die Besserung betrifft den Hochbau, während die Lage im Wohnungsbau weiter angespannt bleibt.

GERINGE PREISSTEIGERUNGEN IN DER BAUWIRTSCHAFT

Die Baupreise zogen im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,1% an, etwas stärker als im vergangenen Jahr. Hochbauleistungen verteuerten sich etwas stärker (+1,9%), während im Tiefbau eine Stagnation verzeichnet wurde

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1998	264.567	- 0,8
Ø 1999	262.737	- 0,7
Ø 2000	257.576	- 2,0
Ø 2001	247.143	- 4,1
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1998	40.088	+ 4,2
Ø 1999	39.079	- 2,5
Ø 2000	36.085	- 7,7
Ø 2001	39.837	+10,4
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1998	2.087	- 1,4
Ø 1999	2.603	+24,7
Ø 2000	2.938	+12,9
Ø 2001	2.031	-30,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - ¹⁾ Einschließlich Baubetriebe beschäftigte Arbeitslose. - ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen, zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2000	+1,7	+15,4	+9,2
2001	+0,2	+10,8	-1,6
I. Quartal	+4,3	+18,1	-0,5
II. Quartal	-0,7	+12,9	-1,8
III. Quartal	-1,4	+ 8,3	-0,6
IV. Quartal	-0,2	+ 5,1	-3,1

Q: Statistik Austria; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

(+0,1%). Die Baupreise sind damit im Tiefbau seit vier Jahren kaum mehr gestiegen – Ausdruck des zunehmend verschärften Wettbewerbs um Aufträge insbesondere der öffentlichen Hand. Nach den jüngsten Meldungen im WIFO-Konjunkturtest rechnen die Bauunternehmen zu Beginn der Bausaison mit einem leichten Preisanstieg, der auf eine Entspannung der Auftragslage vor allem im Tiefbau zurückzuführen sein könnte.

Margarete Czerny
Statistik: Monika Dusek

WITTERUNGSBEDINGTER ANSTIEG DES BRENNSTOFFVERBRAUCHS, TREIBSTOFFNACHFRAGE GEDÄMPFT

Vor allem witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage 2001 3.348, +13,5% gegenüber 2000) nahm der Energieverbrauch 2001 zu. Die Nachfrage nach den einzelnen Energieträgern reagiert unterschiedlich stark auf die Witterungsverhältnisse: Vor allem der Erdgasverbrauch (rund +7%) und der Verbrauch von Gasöl für Heizzwecke (etwa +20%) erhöhten sich, während der Verbrauch von Flugpetroleum zurückging (-2,4%) und jener von Treibstoffen (+2,6%) schwächer stieg als in den letzten Jahren. Der Stromverbrauch wuchs um 3,3%; im Stromaußenhandel verlor Österreich 2001 seine Position als Nettoexporteur, der Nettoimportsaldo an elektrischer Energie erreichte -0,4% des Verbrauchs. Der Rückgang des Stromexports ist korreliert mit sinkender Wasserkraftzeugung, während Importe und Wärmekraftzeugung ausgeweitet wurden. Die Wasserführung der Flüsse blieb unter dem Rekordniveau von 2000 (Erzeugungskoeffizient: 2000 1,18, 2001 1,12).

Der Einfluss der Witterungsverhältnisse (gemessen in Heizgradtagen) auf die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs ist in Österreich wie in den anderen

Energiepreise im Jahr 2001

Stand Mitte Jänner

	1. Halbjahr	2. Halbjahr	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Heizöl, extra leicht	+ 9,1	-12,2	- 2,6
Heizöl, leicht	+12,6	-11,3	- 0,7
Strom	+ 6,1	- 1,7	+ 2,1
Gas	+16,1	+ 7,2	+11,5
Feste Brennstoffe	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9
Treibstoffe			
Benzin Super plus	+ 0,7	- 9,4	- 4,5
Dieseltreibstoff	+ 2,9	-10,7	- 4,2

Q: Verbraucherpreisindexgruppe Energie.

westeuropäischen Ländern stark ausgeprägt. 2001 wurde die Statistik über die Heizgradtage in Österreich umgestellt, was die Einbeziehung von Messstellen in Österreich in die Berechnung und die Berechnungsformel betrifft. Nun liegen bis 1980 zurückreichende revidierte Zeitreihen zu den Heizgradtagen in Österreich vor. Im Jahr 2001 lag gemäß dieser neuen Statistik die Zahl der Heizgradtage mit 3.348 etwas unter dem Durchschnitt der revidierten Daten für die Periode 1980/2000 von 3.438¹⁾. Sie war damit um 13,5% höher als 2000; der energetische Endverbrauch der Haushalte (gemäß den Schätzgleichungen, die das WIFO zur Berechnung seiner langfristigen Energieszenarien verwendet) wäre in der Folge ceteris paribus um 8% bis 9% gestiegen. Von der Zunahme der Zahl der Heizgradtage ist der Verbrauch der einzelnen Energieträger allerdings sehr unterschiedlich betroffen – der zweite wesentliche Einflussfaktor ist die Entwicklung der Energiepreise: Sie blieben im Jahr 2001 einschließlich der Treibstoffe etwa konstant.

RÜCKGANG DER ROHÖLPREISE

Der Erdölpreis schwankte in den letzten zwei Jahren erheblich zwischen 11 \$ und beinahe 40 \$ pro Barrel. Im Jahr 2000 stieg er kurzfristig auf Rekordwerte über 30 \$ (Brent) pro Barrel, das durchschnittliche Preisniveau der für Österreichs Importpreise maßgeblichen Sorte Brent lag bei 28,4 \$. 2001 sank die Notierung auf 24,4 \$ pro Barrel (-14%); dies deckte sich mit den Erwartungen in den WIFO-Energieszenarien²⁾ (25 \$ pro Barrel), die ihrerseits auf Angaben des World Energy Outlook 2001 der IEA beruhten. Da der Euro gegenüber dem Dollar aufwertete, wurden die Rohölimportpreise für Europa zusätzlich gedämpft.

Wie schon im Jahr 2000 übertrug sich die Rohölpreisveränderung uneinheitlich auf die Produktpreise. Wie erwartet (WIFO-Monatsberichte 4/2001) reagierte der

¹⁾ Ein „Normaljahr“ wird in der neuen Statistik nicht mehr ausgewiesen.

²⁾ Kratena, K., Schleicher, St., Energieszenarien bis 2020, WIFO, Wien, 2001 (http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20938).

Mineralölprodukte

	2000	2001	2001
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Verbrauch	10.678	10.797	+ 1,1
Flüssiggas	150	139	- 7,6
Normalbenzin	623	594	- 4,6
Superbenzin	1.396	1.359	- 2,7
Flug- und Leuchtpetroleum	571	558	- 2,4
Dieseltreibstoff	4.262	4.491	+ 5,4
Gasöl für Heizzwecke	1.592	1.918	+20,4
Heizöle	1.223	1.088	-11,1
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	860	651	-24,3

Q: Statistischer Ausschuss des Fachverbandes der Mineralölindustrie Österreichs.

Gaspreis (2001 +11,5%) aufgrund der Preisbindung in den Bezugsverträgen verzögert auf die Rohölverteuerung von 2000. In der Folge erhöhte sich der Strompreis, während sich die Parallelentwicklung des Kohlepreises (feste Brennstoffe +1,9%) zum Rohölpreis abschwächte. Heizöle wurden 2001 etwas billiger (-0,2%); die Treibstoffpreise bewegen sich stärker parallel zum Rohölpreis und sanken um etwas über 4% (Superbenzin -4,5%, Dieseltreibstoff -4,2%). Elektrische Energie wurde 2001 um 2,1% teurer; im Wesentlichen ist dies auf die Zunahme der Erzeugungskosten durch die Gasverteuerung zurückzuführen.

Es ist davon auszugehen, dass der Preisanstieg ohne die Effekte der Voll liberalisierung des Marktes für elektrische Energie noch höher ausgefallen wäre. Bereits 1999 und auch 2000 haben die Landesgesellschaften – parallel zur Öffnung der Märkte für zugelassene Kunden laut „altem“ EIWOG – die Endverbraucherpreise herabgesetzt. Strom wurde daher im VPI 2000 um 0,6% billiger, obwohl auch 2000 die Erzeugungskosten (Anstieg des Rohölverteuerung) gestiegen sind. Kurzfristig ist für den Erzeugerpreis von elektrischer Energie nach diesen Preisrückgängen kein massiver Liberalisierungseffekt mehr zu erwarten. Zusätzliche Preissenkungen werden von der – teilweise schon erfolgten bzw. gegenwärtig vorgenommenen – Senkung der Netztarife durch Verordnung der Regulierungsbehörde (E-Control) abhängig sein.

Da für das Jahr 2001 noch keine offiziellen Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zum Verbrauch an Erdölprodukten vorliegen, musste auf Schätzungen der OMV zurückgegriffen werden. Daraus errechnet sich über alle Rohölprodukte ein Verbrauchsanstieg von rund 1,1% im Jahr 2001. Tendenziell reagieren vor allem Brennstoffe auf eine Zunahme der Zahl der Heizgradtage – an Heizölen wurde 2001 um 6,7% mehr abgesetzt, an Gasöl für Heizzwecke um 20,4%. Neben dem Witterungseinfluss spiegelt sich hier auch der mittelfristig zu beobachtende Substitutionseffekt zwischen Heizöl und Gasöl. Der Treibstoffverbrauch ist mittelfristig durch einen Rückgang der Benzinnachfrage und einen Anstieg des Dieselabsatzes geprägt. Insgesamt

Elektrischer Strom

	2000	2001	2001
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	61.806	62.250	+ 0,7
Wasserkraft	43.549	42.834	- 1,6
Wärmeleistung	18.257	20.416	+11,8
Einfuhr	13.797	14.465	+ 0,7
Ausfuhr	15.116	14.253	+ 0,7
Verbrauch	58.512	60.470	+ 3,3

Q: E-Control.

samt wurde das Wachstum des Treibstoffverbrauchs aber im Jahr 2001 (+2,6%) gegenüber dem Trend seit 1995 deutlich gedämpft. Der Verbrauch von Dieseltreibstoff erhöhte sich um 5,4%, während der Absatz von Benzin insgesamt (Super- und Normalbenzin) um etwa 3,3% geringer war als im Vorjahr. Auch in diesem Bereich überlagern einander Verbrauchs- und Substitutionseffekte. Deutlich rückläufig war 2001 – ebenfalls im Gegensatz zur Entwicklung seit Mitte der neunziger Jahre – der Verbrauch von Flugpetroleum (-2,4%). Die Nachfrage nach Erdölprodukten reagierte somit 2001 insgesamt (noch) nicht auf die Preissenkungen.

LEBHAFTER STROMAUSSENHANDEL

Das Angebot an elektrischer Energie wurde 2001 durch einen Rückgang der Wasserkrafterzeugung (-1,6%) gegenüber 2000 aufgrund ungünstigerer Wasserführung gekennzeichnet. Der Erzeugungskoeffizient als Maß der Wasserführung der österreichischen Flüsse (mit einem „Normalwert“ von 1) liegt seit 1998 durchwegs über 1 und erreichte im Jahresdurchschnitt 2000 mit 1,18 den Höchstwert seit Beginn der statistischen Erfassung (1955). Der langfristige Durchschnitt des Erzeugungskoeffizienten sollte nicht statistisch signifikant von 1 abweichen und betrug im Durchschnitt der Jahre 1960/1970 1,016, in der Dekade 1970/1980 0,985 und in der Periode 1980/1990 1,013. Seit Anfang der neunziger Jahre scheint der Erzeugungskoeffizient einem steigenden Trend zu folgen (Durchschnitt 1990/2000: 1,019) – ein Phänomen, das in Zukunft noch genauer zu untersuchen wäre.

Falls naturwissenschaftliche und statistische Ursachen dieser Entwicklung ausgeschlossen werden können, wäre die Rückkehr zum Normalwert von 1 zu erwarten. Das WIFO zeigte im Vorjahr in seiner Studie „Energieszenarien“, dass damit ein Einbruch der Wasserkrafterzeugung verbunden wäre, der eine Einschränkung der Exporte und eine Ausweitung der Importe bzw. der Wasserkrafterzeugung nach sich ziehen würde. Dieses Muster ist in den Daten für 2001 bereits zu beobachten: Die Stromimporte wurden um 4,8% gesteigert, die Ausfuhr um 5,7% gedrosselt. Österreich wurde damit – im Gegensatz zum Durchschnitt seit Mitte der achtziger Jahre – zum Nettoimporteur von elektrischer Energie. Im

Wärmekrafterzeugung

	2000	2001	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	GWh		
Steinkohle	4.431	5.204	+17,5
Braunkohle	1.292	1.649	+27,6
Heizöl	1.587	1.584	- 0,2
Naturgas	7.843	8.802	+12,2
Sonstige Brennstoffe	3.105	3.176	+ 2,3

Q: E-Control.

Jahr 2000 betrug die Nettoexporte 2,3%, im Jahr 2001 0,4% des Verbrauchs. Der Verbrauch an elektrischer Energie stieg 2001 um etwa 2.000 GWh oder 3,3%. Trotz der Erleichterung von Importen auf dem liberalisierten Markt – und nicht zuletzt bedingt durch die Witterungsverhältnisse – füllte die Wärmekrafterzeugung mit einer Steigerung um 11,8% die Lücke zwischen rückläufiger Erzeugung aus Wasserkraft und steigendem Verbrauch.

Für den Kohleverbrauch liegen derzeit für 2001 noch keine offiziellen Daten des Wirtschaftsministeriums vor. Hinweise auf die Entwicklung liefert die Beobachtung massiver Verlagerungen zwischen Kohle, Heizöl und Gas in der Wärmekrafterzeugung 2001. Sowohl die Erzeugung aus Steinkohle (+17,5%) als auch aus Braunkohle (+27,6%) erhöhte sich kräftig, während die Erzeugung aus Heizöl leicht zurückging. Da etwa 70% des Braunkohleverbrauchs auf die Strom- und Wärmeerzeugung entfallen, ist das auch ein Indikator für den Gesamtverbrauch dieses Energieträgers. Im Bereich der Steinkohle fällt auch der Verbrauch der Industrie ins Gewicht, über den noch nichts bekannt ist. Die Stromerzeugung aus Gas nahm 2001 ebenfalls überdurchschnittlich zu (+12,2%), während die Erzeugung aus sonstigen Brennstoffen, darunter auch Biomasse, das Vorjahresniveau kaum überstieg (+2,3%). Insgesamt ist somit – wie schon in den letzten Jahren – von einer Verlagerung zu Kohle und Gas auszugehen.

WITTERUNGSBEDINGTER ANSTIEG DES ERDGASVERBRAUCHS

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 2001 durch die Witterungsbedingungen und die Entwicklungen in der Wärmekrafterzeugung bestimmt. Der Anstieg der Zahl der Heizgradtage um 13,5% wirkte sich über den Bedarf an

Erdgas

	2000	2001	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mio. m ³		
Förderung	1.805	1.947	+7,9
Einfuhr	6.218	6.042	-2,8
Ausfuhr	-	-	-
Verbrauch ¹⁾	7.098	7.590	+6,9

Q: Austria Ferngas GesmbH.

¹⁾ Ohne Raffinerie Schwechat.

Raumwärme vor allem auf den Erdgasverbrauch aus. Daneben steigerte auch die Ausweitung der Wärmekrafterzeugung aus Gas um über 12% den Gesamtverbrauch. Während die Förderung von Erdgas um fast 8% zunahm, sank die Einfuhr leicht (-2,8%), und der Erdgasverbrauch war um 6,9% höher als im Vorjahr. In den nächsten Jahren sind für diesen Energieträger aufgrund der Liberalisierung des Marktes Änderungen im Außenhandel und im Verbrauch zu erwarten.

Kurt Kratena

Statistik: Susanne Kopal

AUFSCHWUNG IM GÜTERVERKEHR GEBREMST

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen schwächte sich im Jahr 2001 ab. Der Konjunkturrückgang dürfte bereits im II. Quartal überschritten worden sein; dennoch lag die Jahresleistung der wichtigsten Verkehrsträger über dem Wert des Vorjahres. Der Transit- und Ausfuhrverkehr entwickelte sich noch sehr günstig. Der Inlandverkehr stand unter dem Einfluss des Produktionsrückgangs in transportintensiven Industriebranchen: Die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie (-1,5% gegenüber 2000), die Holzbearbeitung (-3,4%) und die Papierindustrie (-1,9%) meldeten eine reale Verringerung, der Bergbau und die Baustoffindustrie eine Stagnation der Produktion. Produktionszuwächse verzeichneten die Metallerzeugung (+3,5%), die Glas- (+4,4%), Chemie- (+3,2%) und Mineralölindustrie (+16,3%), das Wachstum verlor jedoch ab dem II. Quartal stark an Dynamik.

Der leichte Rückgang der realen Einzelhandelsumsätze und der Bauproduktion dämpfte den Güternahverkehr. Im Fernverkehr profitierten die Anbieter vom anhaltend lebhaften Außenhandel (Exporte in Tonnen +6,2%, Importe +4,3%).

Die Gütertransportleistungen der Bahn erreichten 2001 17,4 Mrd. n-t-km, um 1,6% mehr als im Vorjahr. Dabei

Güterverkehr

		2001	2001	Ø 1995/ 2000
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km	17.387	+ 1,6	+4,6
Inland	Mio. n-t-km	4.039	- 1,0	+5,1
Einfuhr	Mio. n-t-km	5.616	- 0,8	+7,8
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.771	+ 4,5	+2,2
Transit	Mio. n-t-km	3.961	+ 5,3	+2,2
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	94.335	- 8,1	+4,3
Fuhrgewerbe	in t	26.783	-12,4	+8,2
Werkverkehr	in t	67.552	- 6,2	+2,8
Schifffahrt ²⁾	1.000 t	11.559	+ 5,3	+4,4
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	8.021	+ 6,3	+2,3
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.537	+ 7,0	-0,8
Transit	Mio. n-t-km	4.484	+ 5,7	+5,2
Luftfahrt ³⁾	1.000 t	125	- 9,8	+5,1

¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. – ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. – ³⁾ Fracht, An- und Abflug.

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs 2001



nahm der Inlandverkehr um 1,0%, der Einfuhrverkehr um 0,8% ab. Der Ausfuhrverkehr stieg um 4,5% und der Transitverkehr um 5,3%. Die Bahn hat demnach im Außenhandelsverkehr deutlich Marktanteile verloren. Die Tarifeinnahmen der ÖBB aus dem Güterverkehr waren im Jahr 2001 mit 826 Mio. € um 3,8% höher als 2000. Im Durchschnitt nahmen die ÖBB aus dem Güterverkehr je tkm 2001 0,0475 € ein, um 2% mehr als ein Jahr zuvor. Ein seit 9 Jahren ungebrochener Verfall der Frachtraten der Bahn kam so zum Stillstand. 1992 hatten die durchschnittlichen Einnahmen je tkm noch 0,0634 € betragen, um 36% mehr als 2000. Der Rück-

gang der Frachtraten ist in erster Linie der Intensivierung des Wettbewerbs im Straßengüterverkehr zuzuschreiben. Gefördert wurde der Wettbewerb durch die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs innerhalb der Europäischen Union.

Der Aufschwung in der Donauschifffahrt hielt 2001 an. Auf dem österreichischen Donauabschnitt wurden 11,6 Mio. t Güter transportiert, um 5,3% mehr als 2000. Besonders kräftig wuchs der Transitverkehr (+11,6%). Mit 3,56 Mio. t hatte er einen Anteil am gesamten Transportaufkommen von 30%. Der Inlandver-

Personenverkehr		2001	2001	Ø 1995/ 2000
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	729	+0,6	+1,1
Luffahrt ¹⁾	1.000 Personen	15.260	-0,3	+6,6
AUA ¹⁾	1.000 Personen	4.134	-3,7	+6,8

¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug.

kehr wuchs um 1,6%, der Ausfuhrverkehr um 5,6%. Der Einfuhrverkehr (+2,3%) erreichte mit 5,57 Mio. t 48% des gesamten Transportaufkommens in der Donauschiffahrt. In der Einfuhr war eine Verlagerung von Taltransporten (-4,7%) zu Bergtransporten (+5,8%) zu verzeichnen. In der Ausfuhr gingen die Bergtransporte zurück (-10,3%), die Taltransporte stiegen um 57,7%. Ursache dieser Verschiebungen vom West- zum Ostverkehr waren die Erleichterungen der Schifffahrt im serbischen Donauabschnitt. Die Ponton-Brücke bei Novi Sad ist aber nach wie vor ein erhebliches Hindernis. Auf dem österreichischen Donauabschnitt waren die nautischen Bedingungen im Dezember durch Eisbildung gestört.

Die Durchsatzleistung der Erdölrohrleitungen erreichte 2001 8,0 Mrd. tkm (+6,3% gegenüber 2000). Dabei nahm der Einfuhrverkehr (+7%) etwas stärker zu als der Transitverkehr (+5,7%). Auf den Transitverkehr entfallen rund 56% der Durchsatzleistung. Das Transportaufkommen der Luffahrt ging auf 125.000 t zurück (-9,8%).

Informationen über die Entwicklung des Straßengüterverkehrs im Jahr 2001 liegen zur Zeit noch nicht vor. Die Nachfrage nach Lastkraftwagen brach im Berichtsjahr ein. Insgesamt wurden 27.897 Lkw (-11,4% gegenüber 2000) und 4.047 Sattelfahrzeuge (-3,5%) neu angemeldet. Die Nachfrageeinbußen erfassten alle Größenklassen ungefähr gleichmäßig. Das Fuhrgewerbe meldete 2.593 Lkw an, um 11,9% weniger als 2000. Der starke Rückgang der Lkw-Käufe im Jahr 2001 hatte konjunkturelle und steuerliche Hintergründe. Die Konjunkturschwäche in der Bauwirtschaft und in einigen anderen straßentransportintensiven Branchen verringerte die Transportnachfrage im fuhrgewerblichen Güterverkehr und senkte die Fuhrparkinvestitionen im Werkverkehr. Mit 1. Jänner 2001 fiel der Investitionsfreibetrag weg. Dementsprechend tätigten die Unternehmen steuersparende Vorziehkäufe Ende 2000 (Lkw-Neuzulassungen im November 2000 +20,4%, im Dezember 2000 +47,4%). Mit 1. Jänner 2001 wurde zudem die Kfz-Steuer für Lkw ab einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t kräftig angehoben. So betrug die Kfz-Steuer für einen 40-t-Lkw-Zug vor dem Jänner 2001 2.878 €, seit der Erhöhung macht sie 4.080 € pro Jahr aus. Damit ist innerhalb der EU der Lkw in Österreich weitaus am stärksten besteuert. Die erhöhte Fix-

kostenbelastung bildet insbesondere im Werkverkehr einen Anstoß zur Reduktion des Fuhrparks. Für fuhrgewerbliche Betriebe, die hauptsächlich im internationalen Verkehr tätig sind, besteht ein größerer Anreiz, ihre Lkw-Flotte auf steuerlich günstigere Standorte im Ausland auszuflaggen.

PERSONENVERKEHR WÄCHST

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen ist 2001 gestiegen. Gemessen an den Beschäftigten nahm der Berufsverkehr um 0,5% zu. Der Reiseverkehr nach und in Österreich entwickelte sich günstig (Übernachtungen +1,3% gegenüber 2000). Die rückläufige Tendenz im Ausbildungsverkehr setzte sich freilich fort. Die ÖBB beförderten 183 Mio. Fahrgäste, um 0,3% mehr als im Vorjahr. Anfang 2001 verteuerten die ÖBB Einzelfahrten um rund 2,5% und Zeitkarten um 4,4%. Die Tarifeinnahmen der ÖBB waren mit 544 Mio. € um 2,8% höher als 2000. Der öffentliche Personennah- und -regionalverkehr (+0,4%) verzeichnete ebenfalls geringe Zuwächse, wobei die Wiener Linien ihre Benutzerfrequenz um 0,6% erhöhten. Die Wiener Tarife werden am 1. Juli 2002 angehoben: Der Einzelfahrschein verteuert sich um 15%, die Jahresnetzkarte um 8%. In der Passagierluffahrt war erstmals seit 1991 eine Stagnation zu beobachten. Eine leichte Konjunkturabschwächung zeichnete sich bereits seit Februar 2001 ab. Nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 nahm die Zahl der Fluggäste stark ab (Oktober -12,4%, November -9,6%). Das Jahresergebnis 2001 lag um 0,3% unter dem Vorjahreswert. Die Zulassungen fabrikneuer Pkw waren mit 293.528 um 5,1% geringer als 2000. Wenig gefragt waren Kleinwagen mit einem Hubraum unter 1.000 cm³ (Neuzulassungen -26%).

Die Bundesregierung stellte im Jänner 2002 den Generalverkehrsplan Österreich vor. Dieser Plan formuliert verkehrspolitische Grundsätze und ein Infrastrukturprogramm für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Donau. Die Investitionsvorhaben wurden gemeinsam mit den Ländern und den Verkehrsträgergesellschaften defi-

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2001	2001	Ø 1995/2000
	Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
<i>Pkw</i>	293.528	- 5,1	+ 2,0
Bis 1.500 cm ³	65.913	- 8,2	- 2,8
1.501 cm ³ und mehr	227.615	- 4,2	+ 3,8
<i>Lkw</i>	27.897	-11,4	+ 4,4
Bis 1.999 kg	24.101	-11,4	+ 4,8
2.000 bis 6.999 kg	1.086	-12,7	- 2,4
7.000 kg und mehr	2.710	-13,3	+ 5,0
<i>Anhänger</i>	20.380	- 4,3	- 0,3
Bis 2.999 kg	18.832	- 4,9	- 0,4
3.000 bis 6.999 kg	332	+11,0	- 1,3
7.000 kg und mehr	1.617	+ 1,8	+ 4,3
<i>Sattelfahrzeuge</i>	4.047	- 3,5	+14,2

niert und abgestimmt. In den nächsten 30 Jahren sollen 45,1 Mrd. € verbaut werden. Davon gehen 15 Mrd. € in die Straßen-, 29,9 Mrd. € in die Schienen- und 0,2 Mrd. € in die Schifffahrtsinfrastruktur. Die Verkehrsinfrastruktur soll verstärkt durch die Benutzer finanziert werden. Die wichtigsten Einnahmequellen sind die Streckenmauten auf den bestehenden Mautstraßen, die 2003 einzuführende Lkw-Maut auf dem Asfinag-Mautnetz, die Pkw-Vignette und die Benutzungsentgelte für das Schienennetz.

Wilfried Puwein
Statistik: Martina Agwi

GUTE ERGEBNISSE IN DER LANDWIRTSCHAFT

Der Agrarsektor hat sich im Jahr 2001 sehr günstig entwickelt. Produktion und Wertschöpfung lagen dem Volumen nach über dem Ergebnis des Vorjahres, das von einer Dürre gekennzeichnet war. Das höhere Angebot konnte zu meist guten bis sehr guten Preisen abgesetzt werden. Der Anstieg der Preise agrarischer Produkte übertraf die Verteuerung von Betriebsmitteln erheblich. Der Produktionszuwachs und die für die Landwirtschaft günstige Preisentwicklung steigerten die auf den Märkten erwirtschafteten Agrareinkommen. Zugleich wurden die Direktzahlungen an die Agrarbetriebe aufgestockt, und die Belastung mit indirekten Steuern nahm ab. Als Ergebnis dieser Entwicklungen wuchsen 2001 die aus der Land- und Forstwirtschaft insgesamt erwirtschafteten Einkommen kräftig. In Verbindung mit dem positiven Ergebnis des Jahres 2000 wurde damit im Agrarsektor der schwere Ertragseinbruch der Jahre 1996 bis 1999 zu einem guten Teil ausgeglichen.

PRODUKTIONSSTEIGERUNG UND GÜNSTIGE PREISENTWICKLUNG BEWIRKEN ZUNAHME DES ROHERTRAGS

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LFGR) des WIFO¹⁾ erholte sich 2001 die agrarische Endproduktion dem Volumen nach etwas vom Rückschlag des Vorjahres (real +0,8%) und entsprach damit etwa dem längerfristigen Trend.

Die gesamte pflanzliche Endproduktion stieg gegenüber dem Vorjahr um real annähernd 5%; allerdings war das Volumen der Obst- und Kartoffelproduktion rückläufig, und die in den letzten Jahren beobachtete kontinuierliche Steigerung im Gemüsebau schwächte sich deutlich ab. Die reale Endproduktion von Getreide übertraf jene des Vorjahres um etwa 11,2%. Zuckerrüben, Wein sowie Ölsaaten wiesen ebenfalls deutliche Zuwächse auf. In einigen Regionen hatte das Ausbleiben der Niederschläge Dürreschäden im Grünland zur Folge.

Die Tierproduktion war in Summe das dritte Jahr in Folge real rückläufig. Die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch verringerte sich um 1,4%, die seit 1998 abnehmenden Lebendviehexporte schrumpften weiter. Die reale Endproduktion von Milch ging in einem ähnlichen Umfang zurück. Die Erzeugung von Schweinen blieb nahezu unverändert, die Produktion von Geflügelfleisch und Eiern wurde leicht erhöht. Auch Holz wurde nach Erhebungen des BMLFUW etwas mehr eingeschlagen als 2000.

¹⁾ Die LFGR des WIFO basiert auf dem Eurostat-Handbuch zur LFGR 1989. Die von Statistik Austria entwickelte Methode der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung basierend auf dem Handbuch zur Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung LGR/FGR 97 (Ref. 1.1) wird im Laufe des Jahres 2002 veröffentlicht.

Reale und nominelle Endproduktion der österreichischen Land- und Forstwirtschaft

	1998	1999	Reale Endproduktion zu Preisen von Ø 1982/1984, Indizes				2000	2001 ¹⁾
			2000	2001 ¹⁾	1998	1999		
	Ø 1982/1984 = 100			Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Endproduktion (Rohertrag)								
Pflanzenbau	107,3	116,3	103,3	108,3	+7,7	+8,4	-11,2	+4,9
Tierproduktion	99,6	98,9	98,6	97,3	+3,4	-0,7	- 0,3	-1,3
Landwirtschaft	102,0	104,3	100,1	100,8	+4,8	+2,3	- 4,1	+0,7
Forstwirtschaft	110,7	111,6	105,5	107,0	-4,2	+0,7	- 5,4	+1,3
Land- und Forstwirtschaft	103,5	105,6	101,0	101,8	+3,0	+2,0	- 4,3	+0,8
	1998	1999	2000	Nominelle Endproduktion		2000	2001 ¹⁾	
	Zu laufenden Preisen ohne Mehrwertsteuer			2001 ¹⁾		Veränderung gegen das Vorjahr		
	Mio. €			1998		In %		
Endproduktion (Rohertrag)								
Pflanzenbau	1.332,60	1.357,96	1.296,77	1.366,61	+7,1	+1,9	-4,5	+5,4
Tierproduktion	2.268,34	2.204,09	2.364,27	2.509,47	-5,4	-2,8	+7,3	+6,1
Landwirtschaft	3.600,94	3.562,05	3.661,04	3.876,08	-1,1	-1,1	+2,8	+5,9
Forstwirtschaft	982,32	987,33	901,07	912,63	+0,4	+0,5	-8,7	+1,3
Land- und Forstwirtschaft	4.583,26	4.549,38	4.562,11	4.788,71	-0,8	-0,7	+0,3	+5,0

Q: Erhebungen und Berechnungen des WIFO; Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft; Statistik Austria; AMA. – ¹⁾ Vorläufige Werte.

Subventionen an die Land- und Forstwirtschaft

Direktzahlungen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe für das jeweilige Kalenderjahr aus EU- und nationalen Mitteln

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾²⁾	2001 ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mio. €								
Degressive Ausgleichszahlungen und Beihilfe für die Lagerabwertung (anlässlich des EU-Beitritts einschließlich Sonderzahlung an die Schweinehalter 1998/99 und zusätzliche Aktionen der Bundesländer)		537,78	315,98	218,96	108,86	21,66	1,45	-	
Marktordnungsprämien (Prämien für Pflanzenbau und Tierhaltung einschließlich nationaler Zahlungen)	488,00	467,14	459,66	461,76	462,85	535,02	581,24	+ 46,22	
Umweltprogramme (ÖPUL und zusätzliche Programme der Bundesländer)	540,90	594,75	528,55	560,60	566,70	555,51	601,80	+ 46,29	
Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (einschließlich Zahlungen im Rahmen der Währungsregelung)	211,48	206,03	208,28	206,97	205,81	200,58	272,52	+ 71,94	
Agrimonetäre Ausgleichszahlungen (für LUK-Aufwertung zum 1. Juli 1995)	15,26	28,27	9,67	-	-	-	-	-	
BSE-Ausgleichszahlungen und Frühvermarktungsprämie für Kälber	-	24,64	41,14	6,83	-	-	13,08	+ 13,08	
Rodeprämie für Weingärten, Obstanlagen	6,83	9,16	6,10	5,16	0,87	-	-	-	
Frostschadenhilfe und Dürreentschädigung	-	1,31	2,83	-	-	-	6,10	+ 6,10	
Entschädigung für Genmais-Rodungen	-	-	-	-	-	-	2,69	+ 2,69	
Insgesamt	714,16	1.800,25	1.647,28	1.475,19	1.350,19	1.257,89	1.292,56	1.477,44	+184,88
Veränderung gegen das Vorjahr in %			-8,5	-10,4	-8,5	-6,8	+2,8	+14,3	

Q: WIFO nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der AMA und der Bundesländer, ergänzt durch eigene Schätzungen. – ¹⁾ Vorläufige Werte. – ²⁾ Anspruch für das jeweilige Kalenderjahr; davon werden jeweils rund 58 Mio. € erst im folgenden Kalenderjahr ausbezahlt.

Die Preise der pflanzlichen Produkte entwickelten sich überwiegend günstig. Allerdings sanken die Durchschnittserlöse für Getreide und Zuckerrüben jeweils um über 5%. Tierische Produkte verteuerten sich beträchtlich, wenngleich nicht in allen Einzelpositionen. Der Verdacht auf BSE eines österreichischen Rindes zu Jahresbeginn wurde zwar nicht bestätigt, die Rind- und Kalbfleischpreise im Inland folgten aber der sinkenden europäischen Tendenz, die zusätzlich durch das Auftreten der Maul- und Klauenseuche in England beschleunigt wurde. Im Jahresverlauf erholten sich die Preise, die Bestätigung des ersten BSE-Falles in Österreich zu Jahresende dämpfte sie aber wieder, sodass der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr schließlich über 11% betrug. Die Milchpreise zogen hingegen – ausgehend von einem über sechs Jahre nahezu unverändert niedrigen Niveau – merklich an, und auch die Erzeugerpreise für Schweinefleisch stiegen markant. Offensichtlich substituierten die Konsumenten Rindfleisch vornehmlich durch andere tierische Eiweißträger.

Der Wert der land- und forstwirtschaftlichen Produktion zu laufenden Preisen, bestehend aus der pflanzlichen und tierischen Endproduktion sowie der Holzproduktion, stieg im Jahr 2001 um rund 5%.

Mit der Ausnahme von Zuckerrüben nahm die nominelle Endproduktion im Pflanzenbau zu (+5,4%). Trotz der Krise auf dem Rindfleischmarkt erhöhte sich der nominelle Wert der Tierproduktion um etwa 6,1%. Die leichte Verringerung des Volumens und die deutliche Verbilligung schlugen sich in einer erheblichen Reduktion der nominellen Endproduktion an Rind- und Kalbfleisch nieder (-16,1%). Da in Österreich nur wenige Rinderhalter ausschließlich Fleisch produzieren, dürfte für die meisten Betriebe der hohe Ertragsrückgang aus der Rind- und Kalbfleischproduktion durch höhere Erlöse aus der Milchproduktion weitgehend ausgeglichen

worden sein. Nach drei schwierigen Jahren verbesserten sich die Marktbedingungen für Schweineproduzenten im Jahr 2001, obwohl das volle Potential wegen der Verunsicherung der Konsumenten durch Vorfälle illegaler Medikamentengaben zu Jahresbeginn wahrscheinlich nicht ausgeschöpft werden konnte. Die Geflügelmäster profitierten nur wenig vom Einbruch auf dem Rindfleischmarkt.

AGRARPREISSTEIGERUNG RASCHER ALS VERTEUERUNG DER BETRIEBSMITTEL

Über die Käufe der Agrarbetriebe an Vorleistungen liegen für das Jahr 2001 bisher erst partielle Informationen vor. Nach WIFO-Schätzungen waren die Bezüge real um knapp 2% höher als im Vorjahr. Die Preise zogen im Durchschnitt um rund 1,6% an; dabei fiel der scharfe Anstieg der Handelsdüngerpreise zwischen Herbst 2000 und Frühjahr 2001 besonders ins Gewicht. Energie, Pflanzenschutzmittel und Versicherungsleistungen wurden etwas billiger angeboten. Die Ausgaben der Land- und Forstwirtschaft für Vorleistungen werden auf rund 2 Mrd. € geschätzt, um 4,3% mehr als im Vorjahr.

Die Investitionen der Agrarbetriebe schwankten in den letzten Jahren erheblich. Nach den bisher vorliegenden Informationen waren sie auch 2001 rückläufig – der Abschwung hält nun seit 1998 an. Nach WIFO-Schätzungen schränkte die Land- und Forstwirtschaft – trotz günstiger Erträge – die Ausgaben für Ausrüstungen und wahrscheinlich auch für Wirtschaftsgebäude weiter leicht ein. Die Preise von Ausrüstungen erhöhten sich 2001 um 2,7%, Wirtschaftsgebäude waren um 1,5% teurer als im Vorjahr.

Entgegen der längerfristigen Tendenz konnte damit der Agrarsektor seine Position im Preisgefüge im Jahr 2001 verbessern: Die Erzeugerpreise land- und forstwirtschaft-

licher Produkte (+4,5%) stiegen viel rascher als jene der von den Agrarbetrieben zugekauften Vorleistungen (+1,6%) und Investitionsgüter (+2,3%).

DIREKTZAHLUNGEN ENTSPRECHEND DER „AGENDA-2000“-REFORM ANGEHOSEN

Im Jahr 2001 wurden die Reformschritte zur Gemeinsamen Agrarpolitik entsprechend der Agenda 2000 fortgesetzt. Die Maßnahmen zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums“ wurden auf der Basis neu verabschiedeter und höher dotierter Programme umgesetzt. Damit wird die „Zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik in Österreich weiter gestärkt.

Die meisten Betriebe stiegen 2001 in das aktuelle Agrar-Umweltprogramm (ÖPUL 2000) ein, das höher dotiert (+8,3%) und in zahlreichen Details angepasst wurde. Die Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Gebieten wurde in mehreren Punkten grundlegend geändert: Seit 2001 werden neben Ausgleichszahlungen, die vom Flächenausmaß und einem neuen Schema der Bewertung der Bewirtschaftungerschwernis abhängen, auch „Sockelbeträge“ gezahlt. Diese Förderungen je Betrieb sind weitgehend unabhängig von der Flächenausstattung. Aufgrund der genannten Änderungen steigt die Gesamtförderung aus diesem Titel um rund ein Drittel.

Die Senkung der Interventionspreise wichtiger Produkte wird durch die Anhebung von flächen- und tierbezogenen Direktzahlungen zum Teil ausgeglichen. Die unter Marktordnungsprämien zusammengefassten Förderungen der Produktion bestimmter Kulturpflanzen und Wiederkäuer waren 2001 mit einem Gesamtvolumen von rund 580 Mio. € um 8,6% höher als im Vorjahr.

Neben diesen auf EU-Programmen basierenden Fördermaßnahmen erhielten die landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2001 auch aus nationalen Mitteln finanzierte Zahlungen: Frostschadenhilfen im Burgenland, Beihilfen für Grünlandbetriebe wegen Dürreschäden und Entschädigungen für das Unterpflügen von Maisbeständen mit Anteilen genetisch modifizierten Saatguts.

Die Belastung des Agrarsektors mit indirekten Steuern war 2001 rückläufig – vor allem weil pauschalierte Betriebe infolge der Steigerung der Endproduktion mehr Umsatzsteuer erlösten. Ihre für die Nettozahllast relevanten Ausgaben entwickelten sich hingegen relativ stabil.

AGRAREINKOMMEN KRÄFTIG ERHOLT, ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT HÄLT AN

Dank der Verbesserung des Rohertrags und der Zunahme der Direktzahlungen wurde der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Volkseinkommen im Jahr 2001 neuerlich und deutlich gesteigert.

Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitte

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige		Insgesamt	Beschäftigte ¹⁾	
	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	In 1.000		Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft in %
1995	139,7	26,0	165,7	-5,5	4,8
1996	132,0	25,9	157,9	-4,7	4,6
1997	127,5	25,9	153,4	-2,8	4,5
1998	123,8	25,6	149,4	-2,6	4,3
1999	120,1	25,8	145,9	-2,3	4,2
2000	115,1	25,6	140,7	-3,6	4,0
2001	111,8	25,5	137,3	-2,5	3,9

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der Volkszählung 1991. Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ Ohne Präsenzdiener, Karenzurlaubsgeldbezieher usw. – ²⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte.

Langfristig verlor die Land- und Forstwirtschaft bisher im Durchschnitt knapp 4% ihres Arbeitskräftebestands pro Jahr. Nach weit überdurchschnittlichen Abgängen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verlangsamte sich die Abwanderung seitdem merklich. 2001 waren nach Berechnungen des WIFO rund 137.300 Personen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, um 2,3% weniger als im Vorjahr.

Mittelfristig wurde der Einbruch der Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft zwischen 1996 und 1999 durch die Zuwächse der Jahre 2000 und 2001 zu einem guten Teil ausgeglichen. Das Niveau der letzten guten Agrarjahre 1994 und 1995 wurde allerdings nicht erreicht. Da aber die Zahl der Arbeitskräfte gesunken ist, schloss das Einkommen je Beschäftigten weitgehend zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf.

LANDWIRTSCHAFTLICHES EINKOMMEN AUCH IN DER EU 15 GEWACHSEN

Nach Angaben von Eurostat (Statistik kurz gefasst, Thema 5, 2001, (25), S. 7) verlangsamte sich 2001 auch in der EU der Rückgang des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-1,6%), und zwar wegen einer leichten Steigerung der Erwerbstätigenzahl in Italien. Der reale Wert der landwirtschaftlichen Produktion nahm 2001 leicht zu. Geringfügige Einbußen im Pflanzenbau wurden dabei durch Zugewinne in der Tierproduktion (vor allem Schweine- und Geflügelfleisch sowie Milch) kompensiert. Die landwirtschaftlichen Einkommen je Arbeitskraft (definiert als reale Faktoreinkommen je Vollzeitarbeitsäquivalent) verbesserten sich in allen EU-Ländern außer Italien und Luxemburg. Am größten waren die Einkommenszuwächse neben Österreich in Dänemark (+12,5%), Portugal (+9,5%) und Irland (+7,5%).

Franz Sinabell, Matthias Schneider
Statistik: Dietmar Weinberger

SCHWACHE HOLZKONJUNKTUR

Die Konjunkturschwäche auf den internationalen Holzmärkten setzte sich im Jahr 2001 fort. Der Schnittholzmarkt litt vor allem unter dem Ausfall der Baunachfrage in den westlichen Industriestaaten. Die europäischen Schnittholzanbieter profitierten vom hohen Dollarkurs, der die Exportpreise stützte. Der Dauerstreit um die Bauholzexporte Kanadas in die USA verschärfte sich 2001. Im August belasteten die USA die kanadischen Holzlieferungen wegen Subventionierung mit Strafzöllen von 19,3%. Im Oktober kam ein zusätzlicher Ausgleichszoll von 12,6% hinzu, sodass die gesamte Zollbelastung auf rund 30% stieg.

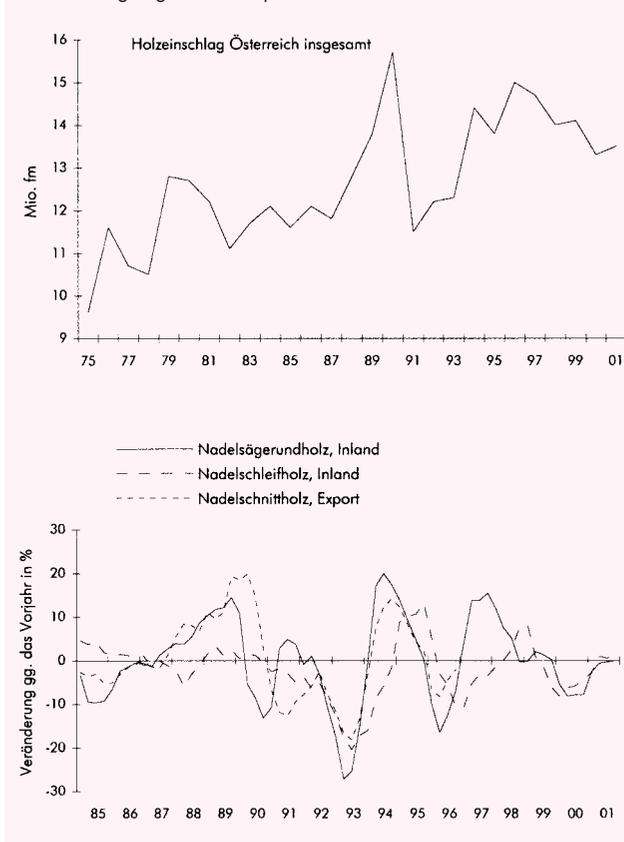
Die so abgesicherten Schnittholzpreise in den USA wirkten sich indirekt auch auf die Preisbildung in Europa aus. Die österreichischen Exportpreise für Nadel-schnittholz lagen im Jahresdurchschnitt um 3,2% unter dem Wert von 2000, wobei sich im Jahresverlauf keine eindeutige Tendenz abzeichnete. Die Sägewerke zahlten für Nadelrundholz 2001 um 0,9% weniger als vor einem Jahr. Der leicht rückläufige Trend kam gegen Jahresende zum Stillstand. Seither melden die Forstbetriebe wieder eine gefestigte Preistendenz. Die österreichischen Sägewerke bezogen um 0,2% weniger Holz aus dem Inland und um 11,5% weniger aus dem Ausland. Die Importverringerung ist im Lichte der Windwurfkatastrophe in Westeuropa durch den Orkan „Lothar“ Ende 1999 zu sehen. Die Sägeindustrie importierte im Jahr 2000 große Schadholzmengen aus der Schweiz und aus Deutschland (Importe 2000 gegenüber 1999 +32%). Die Holzbe- und -verarbeitung (ohne Möbel) produzierte im Jahr 2001 um 0,5% mehr als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt waren 27.873 Beschäftigte gemeldet, gleich viele wie im Jahr 2000. Die Plattenindustrie erzielte weiterhin sehr gute Exporterfolge. Dabei wurden um 12% mehr Spanplatten, um 15% mehr Sperrholz und um 34% mehr Faserplatten exportiert. Die Exportpreise waren allerdings rückläufig.

Auf dem internationalen Zellstoffmarkt brachen die Preise 2001 ein. Nach einem Anstieg von über 44% im Jahr 2000 sanken die durchschnittlichen Exportpreise um 28%. Die Exportpreise für Papier zogen allerdings weiterhin an (+4,7% gegenüber 2000). Die Papierexporte nahmen mengenmäßig um 0,9%, die Zellstoffexporte um 20,7% zu. Der Produktionswert der heimischen Papier- und Pappeindustrie war um 3% geringer als im Jahr 2000, der durchschnittliche Beschäftigtenstand blieb unverändert. Die Papierindustrie zahlte für Schleifholz ungefähr gleich viel wie im Vorjahr. Seit Oktober 2001 verbesserten sich die Preise leicht.

DURCHFÖRSTUNG GESTEIGERT

Die heimischen Waldbesitzer schlugerten im Jahr 2001 relativ wenig. Mit 13,5 Mio. fm war der Einschlag wohl

Holzversorgung und Holzpreise



um 1,4% höher als 2000, lag aber noch unter dem längerfristigen Trendwert. Diese Entwicklung ist zum Teil der schwachen Rohholznachfrage zuzuschreiben. Es fielen um 0,3% mehr Sägeholz, um 5,1% mehr Industrieholz und um 1,6% mehr Brennholz an als im Vorjahr. Die Waldbesitzer investierten relativ wenig in die Waldpflege (Vornutzung +1,5%). Im Bauernwald wurde um 2,1% weniger geschlägert als im Vorjahr, die großen Forstbetriebe meldeten eine um 3,7% und die Bundesforste eine um 9,2% höhere Holznutzung. Sie erreichten damit wieder den längerfristigen Trendwert. Besonders viel wurde in Kärnten (+13%), Tirol (+11%) und in Oberösterreich (+6%) geschlägert. In Vorarlberg war der Einschlag um 41%, in Salzburg um 5%, in Niederösterreich um 6% und im Burgenland um 1% geringer als im Vorjahr. Bemerkenswert ist der seit 1996 anhaltende Rückgang des Einschlags in Niederösterreich. Im Jahr 2001 wurde bereits um 26% weniger geschlägert als 1996. Der Produktionswert der heimischen Forstwirtschaft erreichte 2001 0,9 Mrd. €, um 1,3% mehr als 2000.

Ende Februar 2002 beschloss der Nationalrat die Forstgesetznovelle 2002. Angesichts der sich ausweitenden Waldfläche wurden Bestimmungen bezüglich der Neubewaldung und der Rodung gelockert. Für den Schutzwald werden, insbesondere hinsichtlich der Kostentragung, klarere Regelungen vorgegeben. Durch die Anhebung der Betriebsgrößen, ab denen

Förster und diplomierte Forstwirte verpflichtend zu stellen sind, ergeben sich für die Forstbetriebe Rationalisierungsmöglichkeiten. Weitere Änderungen betreffen die Wiederbewaldung, den Forstschutz und die Forststraßen. Geschützt werden nunmehr auch Wäl-

der mit besonderem Lebensraum (Biotopschutzwälder).

Wilfried Puwein

Statistik: Dietmar Weinberger

Continuous Slow-down of Economic Growth in the Course of 2001 – Summary

Throughout 2001, economic growth in the USA, Japan and the European Union was clearly losing momentum. In line with this development, Austria also recorded a marked slow-down in its pace of economic growth. While the economy had still been growing at a rate of 3 percent in 2000, macroeconomic output increased by no more than 1 percent in real terms in 2001.

Private consumption, up by 1.3 percent in real terms, was growing at about half the previous year's rate. A more restrictive fiscal policy than in 2000 and rising consumer prices put a brake on the increase of real disposable private-household incomes. Given the worsening economic outlook, the capital-spending propensity of domestic companies also declined; investment in machinery and equipment was growing by a mere 1.2 percent. For the construction industry, 2001 was the most difficult period in many years. The necessary reduction of excess capacities in residential construction coincided with an extremely reserved attitude in public-sector procurement. Capital expenditure on construction projects fell by 2.2 percent in real terms (residential -3.2 percent, non-residential -1.4 percent). Given the world-wide downturn of economic activity, exports of goods and services continued to grow at a surprising pace, even though the rate of growth was clearly below the previous year's level. Exports to the oil-producing countries and the Far East experienced a boost, with business in goods up by 4.6 percent and in services up by 7.4 percent in real terms. Import growth, up by 3.6 percent in real terms, remained below the level of 2000. Imports of goods and services increased by 3.8 percent and 3.1 percent, respectively, in real terms. The deficit on current account continued to decline in 2001, from € -5.7 billion to € -4.8 billion according to preliminary calculations.

2001 as a whole was characterised by a decline in real value added in the construction industry (-2.7 percent after +0.4 percent the year before) and the public administration (-1.7 percent after +0.9 percent); economic output in the banking and insurance sector also dropped by almost 1 percent. The distribution sector saw its real value added stagnate under the impact of sluggish private consumption and dampened import and export activities. Added value growth in manufacturing continued to slow down in the course of the year, with fourth-quarter production already below the previous year's level. On an annualised basis, real value added grew by 1.5 percent owing to the

favourable development in the first half of the year. The only sector to report a substantial increase in value added was the hotel and restaurant industry, which benefited from the strong demand for tourist services.

Due to the downturn of economic activity, employment grew by only 0.4 percent compared with the previous year and even began to shrink toward the end of the year. Having declined continuously for a number of years in the past, the rate of unemployment increased again from 3.7 percent in 2000 to 3.9 percent in 2001 (from 5.8 percent to 6.1 percent according to the definition of the Austrian Labour Market Service). This was due, above all, to the steep rise in unemployment in the construction sector.

The Austrian rate of inflation, continuing on its upward trend, reached 2.7 percent in 2001. The situation in the first half of the year was affected by high energy prices as well as consumer price increases in the meat and dairy sectors in the wake of the BSE crisis and the outbreak of foot-and-mouth disease. Having reached its highest level of 3.4 percent in May, inflation declined continuously throughout the rest of the year, even though the downward trend was slowed down by substantial price increases for seasonal agricultural products. By the end of the year, the rise in inflation on a year-on-year basis was down to 1.9 percent, mainly as a result of sharp energy price drops. According to the EU harmonised consumer price index, the annualised rate of inflation in Austria stood at 2.3 percent. Thus, Austria is among the countries with the most stable prices in the euro zone.

With the public sector continuing its efforts aimed at budget consolidation, the country's budget deficit again declined by a considerable margin. While a budget deficit of 1.5 percent of the nominal GDP had still been reported for the year before, 2001 closed with a slight surplus of 0.1 percent, according to preliminary calculations. In view of the newly introduced duty to pay interest on tax arrears, many companies paid up their corporation and income tax debts not only for the previous year, but also for the current year, which generated a substantial increase in tax revenues. At the same time, however, the strong income-side focus of these measures intended to balance the public budget drove the tax and contribution ratio up to 45.5 percent in Austria (+1.6 percentage point compared with the year before).

MONOGRAPHIEN

2001 • 164 pages •
€ 36,34

Structural Change and Economic Growth

Michael Peneder (Coordinator), Karl Aiginger, Gernot Hutschenreiter, Markus Marterbauer

2001 • 160 Seiten •
€ 65,41

Energieszenarien bis 2020

Kurt Kratena, Stefan Schleicher

Conference Report
December 2001

52nd Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2001-2003

Summary Report € 750 • Country Reports € 750 • Länderbericht Österreich € 150

2002 • 274 Seiten •
€ 35,00

Systeme der Förderung des Universitätsstudiums im Ausland

Gudrun Biffel, Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Christian Ruhs (BMAA)

2002 • 255 bzw.
200 Seiten • Jeweils
€ 35,00 • Download
jeweils € 27,00

Analyse der Wiener Wirtschaftsaktivitäten: Teil I – Analyse, Teil II – Branchenprofile

Peter Huber et al.

Downloads: http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.search?p_typeid=100&p_language=1&p_type=0 • Bestellungen:
Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail
Christine.Kautz@wifo.ac.at

www.ueberreuter.com

- versand ■
- logistik ■
- offsetdruck ■
- abc-service ■
- digitaldruck ■
- druckberatung ■
- personalisieren ■
- fulfillment-service ■
- dto ■
- satz/repro ■
- grafik-beratung ■
- intranet/internet ■
- datenkonvertierung ■
- digitale fotografie ■
- datenbank-management ■
- cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@